

Erscheint täglich außer Montags, Abonnementspreis...

Inserions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile...

Kernsprecher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Donnerstag, den 26. November 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die Novelle

zum Unfallversicherungs-Gesetz.

Dem Reichstag ist soeben ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes...

So sagt sie schon in den ersten Zeilen, daß sich das Unfallversicherungs-Gesetz, sowohl nach seinen Grundlagen als auch in seinen einzelnen Bestimmungen im wesentlichen als zweckmäßig erwiesen habe.

Diese Zweckmäßigkeit aber zu beweisen, hütet sie sich; im Gegenteil: 14 Zeilen später giebt sie zu, daß die Grundlagen unzulänglich sind...

Und der Respekt oder wohl richtiger gesagt, die Unterwürfigkeit vor dieser Unternehmer-Organisation wird soweit getrieben, daß die Vorlage zwar einzelne von uns längst geforderte Verbesserungen bringt...

Das ist eine Verschlechterung des Gesetzes schlimmster Art zu Ungunsten der verunglückten Arbeiter und zu Gunsten der Unternehmer.

von diesen gewählt, die der Arbeiter von den Krankenkassen-Vorständen, bei deren Wahl die Arbeitgeber auch noch ein Drittel Stimrecht haben!

Aber das Reichs-Versicherungsdamit ist nun einmal in seiner bisherigen Wirksamkeit dem Unternehmertum ein Dorn im Auge, da es zahlreichen Arbeitern, die von den Schiedsgerichten um die ihnen zukommende Rente gebracht werden...

Unsere Fraktion wird selbstverständlich alles aufwenden, um diese Verschlechterung des Unfallversicherungs-Gesetzes zu hintertreiben; hoffentlich finden sich auch noch in der anderen Parteien Gegner dieser Weobis-Böttcher'schen Vorschläge...

Oder soll etwa das Unternehmerinteresse, das durch einzelne kleine Verbesserungen in der Vorlage gekränkt ist, dadurch wieder verlohnt werden, daß man ihm die fast unumschränkte Macht giebt, das Gesetz auszulegen...

Einige Verbesserungen bietet der Entwurf, wenn auch keineswegs die von uns wiederholt im Reichstage geforderten. Zunächst botten wir stets verlangt, daß die Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht nicht, wie es jetzt der Fall ist, durch die Vorstände der Krankenkassen stattfindet...

Gerne forderten wir, daß die Rente nicht nur von den Organen der Berufsgenossenschaft, die an der Festsetzung der Rente interessiert ist, sondern unter Hinzuziehung direkt gewählter Arbeitervertreter festgesetzt werde.

Von all dem ist im Entwurf nicht die Rede, im Gegenteil, das Recht der Arbeiter ist, wie wir zeigten, durch Befestigung der Berufung noch verkleinert worden.

Ebenso wenig ist unsere Forderung berücksichtigt, daß die Rente nicht nur zwei Drittel des Durchschnitts, sondern diesem gleich sei, und daß der 4 M. übersteigende Tageslohnverdienst voll, nicht nur zu ein Drittel angerechnet werde.

Gerne forderten wir, daß die Rente vom Tage des Unfalls an, nicht erst nach Ablauf von 13 Wochen gezahlt werde. Auch dies blieb unberücksichtigt...

Unsere Forderung, das Gesetz auf alle Arbeiter auszu dehnen, ist wiederum nicht erfüllt. Ausgedehnt wird die Unfallversicherung auf alle Bauarbeiter, nicht nur dann, wenn sie auf dem Bau, sondern auch, wenn sie in Werkstätten arbeiten...

Die von unserem Genossen Schwarz-Lübeck 1890 im Reichstage angeregte Ausdehnung der Seevericherung auf Befehlingen von Schiffen mit einem geringeren Bruttovermögen als 50 Kubikmeter ist in das See-Unfallversicherungs-Gesetz aufgenommen worden...

Dagegen bleiben nach wie vor von der Versicherung u. a. ausgeschlossen: Handwerk, Kleingewerbe und häusliche Dienstboten und zwar, wie die Begründung glauben machen will, aus der Besorgnis, daß dann eine große Anzahl kleiner Unternehmer zu Nachweisen über Lohn u. s. w. herangezogen und dadurch zu schriftlichen Arbeiten außerordentlich vermehrt würden...

128] Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Darauf kam ein Zug von Trompetern und Fahnen-trägern, und der Klang der Musik wurde jetzt überdönt durch ein Geschrei, welches die Siebenhügelstadt bis in ihre Grundfesten zu erschüttern schien.

Rienzi, ganz in Scharlach gekleidet, der im buchstäblichen Sinne des Wortes in Gold erglänzte, sein kühnes Haupt entblößt, der Sonne ausgesetzt, ritt langsam durch die Menge. In dem Hochgefühl, das seine Brust in jener Stunde erfüllte, waren auf seinem Antlitz die Zeichen von Krankheit und Sorgen nicht sichtbar.

Die Menge trennte sich wieder, der Senator ritt weiter; hinter ihm hätte die aufgeregte Einbildungskraft wahren können, die Göttin des alten Rom zu erblicken.

Auf einem Pferde, mit einer goldgestickten Dede besetzt, saß in schneeweißen Gewändern, die mit Edelsteinen besetzt waren, welche das Licht des Tages überglänzten, die schöne und königliche Nina. Die Erinnerung an ihren Stolz, an ihr hochfahrendes Wesen, an ihre Prunksucht, alles war

in diesem Augenblicke vergessen, sie wurde kaum weniger bewillkommt, kaum weniger angebetet, als ihr Gemahl. Und ihr freudeenthwendendes Lächeln, der begeisterte und gebietende Ausdruck ihrer Züge, wie schien sie mehr sowohl für die Liebe, als für die Herrschaft geboren zu sein.

Doch nicht auf jener stattlichen Gestalt verweilte der Blick Adrian's, bleich, athemlos, zitternd lehnte er sich an die Mauer, an der er stand. War es ein Traum? war die Todte wieder auferstanden? Oder war es seine eigene, seine lebende Irene, deren sanfte Schwermuth an der Seite der majestätischen Nina erschien, wie ein Stern neben dem Mond.

Außer Adrian blieb nur noch ein Mann in jener zahllosen Menge und in dem lebhaften Treiben bewegungslos auf seinem Platze. Es war Cecco del Vecchio.

„Er sah mich nicht,“ murmelte der Schmied bei sich selbst, „alle seine früheren Freunde sind jetzt vergessen. Gut, gut! Cecco del Vecchio haßt immer noch Tyrannen, sie mögen sich nennen wie sie wollen, und noch so gleichnerlich sich verstellen.“

Zweites Kapitel. Die Mäckerade.

Der scharfsinnige Leser hat bereits die Ereignisse in dem Leben Rienzi's seit seiner Freisprechung in Avignon bis zu seiner Rückkehr nach Rom errathen. Als der Eindruck, den das Benehmen Nina's auf das sanftere und bessere Ich des Kardinals anfangs machte, nach und nach schwächer wurde, betrachtete er natürlich seinen Gaste, wie die Politiker jener Zeit immer die Menschen im allgemeinen

betrachteten, als eine Figur auf dem großen Schachbrett, welche, wie es die Pläne des Spielers erforderten, bewegt, vorgeführt oder aufgeropfert werden konnten. Als der Kardinal seine Absicht erreicht hatte, das Gebiet des Papstes zurückzuerobern, den Johann di Bico zu unterwerfen und den Temagogen Baronecchi zu stürzen, hielt er es keineswegs für rathsam, den talentvollen und ehrgeizigen Rienzi in einer so hohen Stellung Rom zurückzugeben. Selbst sein großer Geist fürchtete den des kühnen Römers und er konnte durchaus die Politik nicht begreifen oder berechnen, welche der neue Senator annehmen würde, wenn er nochmals über Rom zu gebieten hätte. Ohne sich daher den Schein zu geben, als wolle er ihn zurückhalten, weigerte er sich, ihm zu seiner Wiedereinsetzung behilflich zu sein, und Rienzi besand sich nur einen kleinen Tagemarsh von Rom entfernt, ohne einen einzigen Krieger zu seiner Verfügung zu haben, der ihn gegen die Barone beschützen konnte. Aber der Himmel hatte beschlossen, daß sein einziger Mann, so mächtig oder einflußreich er sein möchte, lange dem Schicksal Rienzi's entgegenwirken sollte. Vielleicht entwickelte er in keiner andern, wenn auch glänzenderen Periode seines Lebens einen so gewandten Geist, als jetzt, indem er der List des Kardinals sich entzog. Nachdem er sich nach Perugia begeben hatte, war es ihm gelungen, wie wir bereits gehört haben, durch die Brüder Montreal's sich Bewaffnete und Geld für seine Rückkehr zu verschaffen. Der Johanniterritter irrte sich aber sehr, wenn er sich einbildete, daß Rienzi nicht vollkommen die gefährliche und mißliche Art der Hilfe, die er erlangt hatte, zu würdigen wisse. Sein scharfes Auge überfah auf einen Blick die Absichten und die Charaktere der Brüder Montreal und er mußte, daß, während sie sich das Ansehen gaben, als wollten sie ihm für seine Zwecke behilflich sein, sie nun ihn beaufichtigen würden, und daß, als Schuldner des habgierigen und ehrgeizigen Montreal und von den Truppen umgeben, die dessen Bruder herbeigeführt hatte, er sich in einem Reiz befände, welches, wenn er es nicht durchbreche, seinen Untergang herbeiführen werde. Den Hilsquellen und der Kraft

die Mehrheit bekamen, was den großen Unternehmern nicht in den Kram paßt. Und da die Arbeiter im Kleingewerbe und vor allem die Dienstboten nicht organisiert sind, bilden sie ja für das Unternehmertum wie für die Regierung eine nicht zu berücksichtigende „ungefährliche“ Masse.

Auch die Handlungsgesellschaften, soweit sie nicht bei Transport- und Lagerbetriebe beschäftigt sind, und die Gastwirtschaftsgesellschaften sind nach wie vor von der Versicherung ausgeschlossen, so notwendig sie auch für sie wäre.

Selbstverständlich wird sich unsere Fraktion dieser Stiefkinder der sozialen Fürsorge annehmen und beantragen, daß auch sie der Versicherung theilhaftig werden. Vortheile wendet der Entwurf den Arbeitern nur in geringem Maße zu. Zu den entschädigungsberechtigten Hinterbliebenen sollen auch nach dem Entwurf die erkrankten Enkel gezählt werden, das väterliche Kind erhält, wenn es mutterlos wird, 20 pCt. anstatt wie bisher 15, und auch für den Fall, daß die Mutter zwar lebt, aber erwerbsunfähig ist oder wird. Ferner bekommen auch Kinder einer alleinstehenden weiblichen Person die Rente zugesprochen, ebenso der Wittwer und die Kinder, denen durch den Unfall die Ernährerin geraubt wird, ein Zugeständnis an die sonst so oft bestrittene Umgestaltung der modernen Familie, in der die Frau die Ernährerin des Haushalts ist.

Auf verschiedene andere Einzelheiten des Entwurfs kommen wir noch eingehend zurück; im ganzen zeigt er, daß das alte Prinzip der jetzigen Versicherung, Verbesserungen zu Gunsten des Volkes nur dann zu gewähren, wenn gleichzeitig erhebliche Verschlechterungen der bestehenden Gesetz vorzunehmen werden, auch hier in Geltung treten soll. Ganz wie bei der Ehemacher Springprozedur: einen Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 25. November.

**Aus dem Reichstage.** Das Interesse der Abgeordneten an den Verhandlungen über die Justiznovelle vermindert sich von Tag zu Tag. Nur die Kommissionsmitglieder halten es noch für ihre Pflicht, den Debatten zu folgen und sie tragen auch die Kosten derselben. Heute wurde die Debatte bei § 244 aufgenommen, welcher von der Beweisaufnahme handelt und im Effekt auf eine Einschränkung der Rechte des Angeklagten hinausläuft. Nachdem sich die Juristen zwei Stunden über den Paragraphen unterhalten hatten, wurde derselbe angenommen. Die weiteren Paragraphen bis zu § 354 der Vorlage fanden hierauf ohne wesentliche Debatten ihre Erledigung. § 354 handelt von der Berufung, welche in Zukunft auch gegen die Urtheile der Strafkammern der Landgerichte zulässig sein soll. Nach der Vorlage der Regierung, welcher die Kommission beigetreten ist, soll dem Angeklagten, aber auch der Staatsanwaltschaft das Recht der Berufung zustehen. Von den Abgeordneten Beck und Mündel liegt nun ein Antrag vor, wonach „die zum Nachtheil des Angeklagten eingelegte Berufung nur auf Anführung neuer Thatsachen oder Beweismittel oder darauf gestützt werden kann, daß das Urtheil auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet ist.“

Zu diesem im Interesse des Angeklagten hochwichtigen Antrage, der zunächst von Mündel begründet wurde, sprachen außerdem Hausmann (Sp.), der Ober-Regierungsrath v. Lenthe gegen und Beck dafür. In der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt und dann beim § 364 die Verhandlung vertagt.

Morgen 1 Uhr Tagesordnung: Sozialdemokratische Interpellationen.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Mittwoch in die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Tilgung von Staatschulden und Bildung eines Ausgleichsfonds ein. Dieses sogenannte Automaten-gesetz, ein Lieblingsprojekt des Finanzministers, bestimmt, daß vom nächsten Staatjahre ab eine Tilgung von Staatschulden in Höhe von 1/2 pCt. der Staatskapitalschuld in den Etat einzustellen ist. Falls sich nach der Jahresrechnung ein Ueberschuss des Etats ergibt, so ist derselbe zunächst zur Bildung eines Ausgleichsfonds in Höhe von 80 Mill. M. zu verwenden. Der darüber hinausgehende Betrag des Ueberschusses wird zu einer weiteren Tilgung von Staatschulden bezw. Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet. Ergibt sich nach der Jahresrechnung ein Fehlbetrag, so ist derselbe aus dem Ausgleichsfonds bis zur jeweiligen Höhe des letzteren zu decken. Die Vorlage bedeutet also nicht mehr und nicht weniger als eine erhebliche Beschränkung des ohnehin schon kümmerlichen Budgetrechts des Landtags, von dessen Bewilligung das, was bisher schon jährlich in den Etat eingestellt wird, unabhängig gemacht wird. Es wird dem Abgeordnetenhaus nicht nur die Beschlussfassung über die Verwendung

seines eigenen Geldes vertraut, tröstete er sich jedoch mit der Hoffnung, daß er die zu seinen eigenen Werkzeugen machen werde, die dasselbe mit ihm beabsichtigten, und da ein so hohes Ziel ihm vor Augen schwebte, so kümmerte ihn wenig die Schlaueit der Gegner, die er zu übermächtigen hatte.

Da er mit seinen edlen Eigenschaften eine tiefe Verehrungsgabe verband, schien er seinen provencalischen Gefährten das vollkommenste Vertrauen zu gewähren und seine erste Handlung, als er nach dem Triumphzuge das Kapitol betrat, war, den Annibaldo und Brettone von Monreal mit den höchsten Würden, über die er verfügen konnte, zu belohnen.

In jener Nacht fanden glänzende Festlichkeiten in den Sälen des Kapitols statt, aber das Lächeln Nina's war Niemand von höherem Werth, als die glänzende Pracht, die ihn wieder umgab. Indem sie ihre feurigen und bewundernden Augen, mit Thränen des Entzückens gefüllt, auf seine geliebten Züge richtete, fühlte sie nun mit doppelter Wonne, daß sie wieder vereint seien.

Ganz anders waren die Gedanken Adrian Colonna's in dem einsamen Palast in jener, jetzt so verdödeten Gegend der Stadt, den einst sein mächtiges Geschlecht mit dem lebhaftesten Treiben erfüllte. Irene lebte also noch, er mußte sich getäuscht haben, sie war der furchtbaren Pest entgangen, und die stille Trauer in ihren Zügen selbst an jenem Tage des Triumphes sagte ihm, daß er noch nicht vergessen sei. Als sein Geist nach und nach von dem ersten berausenden Entzücken sich wieder erholt hatte, konnte er die Frage nicht zurückweisen, ob sie nicht noch ferner getrennt bleiben müßten. Stefanello Colonna, der Enkel des alten Stephan und durch den Tod seines Vaters und Wendens das jugendliche Haupt jenes mächtigen Hauses, hatte sich bereits gegen den Senator erklärt. In dem fast uneinnehmbaren Kastell von Palestrina hatte er alle Anhänger seiner Familie um sich versammelt, und seine zügellosen Soldaten verwüstheten schon die benachbarte Gegend.

(Fortsetzung folgt.)

von Ueberschüssen bis zu einer gewissen Höhe entzogen, sondern es wird noch weiter gesetzlich festgelegt, daß ein die Summe von 80 Millionen übersteigender Betrag des Ueberschusses nur zur Tilgung von Schulden verwendet werden darf.

In der einleitenden Rede bestritt der Finanzminister natürlich, daß durch die Vorlage das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses beschränkt würde; ein Ausgleichsfonds sei notwendig, um unsere Finanzpolitik von den schwankenden Eisenbahn-Einnahmen loszulösen. Zu seinem Unglück erinnerte Dr. Miquel an die Haltung der Fortschrittspartei zu dem Konsolidationsgesetz vom Jahre 1869; die Fortschrittspartei hatte sich damals belächelnd gegen das Gesetz ausgesprochen und dafür plädiert, eine bestimmte, von der jeweiligen Finanzlage unabhängige Tilgung einzuführen. Durch die Aufstufung dieser Erinnerung bot Dr. Miquel dem ersten Redner gegen die Vorlage, dem Abg. Richter, der ihm ohnehin in Finanzfragen mindestens ein ebenbürtiger Gegner ist, Gelegenheit, scharf mit dem Finanzminister ins Gericht zu gehen. Dr. Miquel hatte nämlich nur die damals von den Fortschrittspartei gehaltenen Reden zur Begründung seiner Vorlage verlesen, er vergaß aber, daß zu jener, was er selbst als Abgeordneter im Jahre 1869 gesagt hatte, und was mit seinen heutigen Ausführungen nicht im Einklang steht. Unter großer Heiterkeit des Hauses bemerkte Richter, daß Dr. Miquel 1869 der radikalste Gegner der Zwangsamortisation gewesen sei, und daß es den Anschein erwecke, als habe der Minister dem vortragenden Rath gesagt, er solle zur Begründung der Vorlage gerade das Gegenteil von dem schreiben, was er 1869 gesagt habe. Treffend wies Richter auch auf die großen Forderungen des Reichs für Flottenpläne hin, die einer subjektiven Liebhaberei entspringen. Die Entgegung des Finanzministers war recht schwach, offenbar kränkte ihn die Erinnerung an seine Vergangenheit. Für die Vorlage sprachen noch Dr. Sattler (natl.) und Graf Limburg-Stirum (konf.), der im Namen seiner Partei erklärte, daß sie das Budgetrecht nur als ein finanzielles, aber niemals als politisches Recht angesehen habe. Die Konservativen haben also gegen eine Einschränkung des Budgetrechts nichts einzuwenden. Gegen die Vorlage traten die Abg. Wotho (fr. Sp.) und Bachem (Z.) ein. Letzterer wandte sich bei dieser Gelegenheit auch gegen die Marineforderungen im Reich, aber wer weiß, ob die Standhaftigkeit des Zentrums bis zum entscheidenden Moment anhält? — Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

**Vereinsgesetzhilf.** Die Offiziösen sind sehr schnell in Bewegung gesetzt worden, um gegen die in unserem Leitartikel vom 21. d. M. gemachten Mittheilungen loszuziehen. So findet sich in zahlreichen Blättern die folgende Notiz: „Es dürfte als feststehend betrachtet werden, daß in dem neuen Gesetzesentwurf neben der Koalitionsfreiheit Bestimmungen enthalten sind, die die Machtbefugniß der Regierung gegenüber dem Mißbrauch des freien Vereins- und Versammlungsrechtes erheblich stärken, namentlich soweit die öffentliche Sicherheit und der öffentliche Friede in Frage kommen. Dagegen denke man gar nicht daran, was von sozialdemokratischer Seite bereits als beabsichtigt bezeichnet worden ist, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Vereinigungen, soweit sie berechtigte Ziele verfolgen, in ihrer Entwicklung und Thätigkeit zu beschränken.“

Was das heißen soll: „Die Machtbefugniß der Regierung gegenüber einem Mißbrauch des freien Vereins- und Versammlungsrechtes erheblich stärken“ — wird man sehen, wenn die Rage endlich aus dem Sack gelassen wird. Die Koalitionsfreiheit ist jetzt schon Reichsrecht; aber wie diese Koalitionsfreiheit aussieht, davon wissen die Arbeiter ein ganz besonderes Lied zu singen.

Die gewundene offiziöse Mittheilung, die aus der „N. Berl. Korz.“ stammt, und mit einigen unwesentlichen Aenderungen sich in vielen Zeitungen findet, sieht einer Bestätigung unserer Angaben sehr ähnlich.

Was gegen den angeblichen Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes gerichtet sein soll, richtet sich gegen die Sozialdemokratie, die Veröffentlichung des Entwurfs wird das zeigen. Lachen macht uns die verjüngte Ablehnung, daß man wirtschaftliche und gewerkschaftliche Vereinigungen in ihrer Entwicklung und Thätigkeit beschränken wolle. Dieser Ablehnung ist ein Appendix beigelegt, der uns den Pferdesuß verräth. Soweit sie „berechtigzte Ziele verfolgen“, sollen Gewerkschaften nicht beschränkt werden. Kostbar! Die Bestimmungen, die zur Wahrung des „öffentlichen Friedens“ ausgeklügelt wurden, werden dem „freien Ermessen“ — wie es den sächsischen Behörden bezüglich der Auslegung des Vereinsgesetzes vom Minister des Innern zugebilligt ist und in bekannter Weise geübt wird — einen solchen Spielraum lassen, daß ängstliche Naturen eine Störung des „öffentlichen Friedens“ in der Thätigkeit der Gewerkschaften erblicken und demnach eine Verletzung des Gesetzes daraus konstruieren können.

Wer nicht blind ist, der sieht, daß eine Beschränkung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen geplant ist, die zum theil die durchgefallene Umsatzvorlage ersetzen soll. Man sei also überall auf dem Posten und lasse sich durch offiziöse Schmierereien nicht in Sicherheit wiegen.

**Noch einmal Bräsewiz.** Woher die günstige Information des Kriegsministers über den Bräsewiz stammt, läßt sich aus folgendem schließen. In der Rang- und Quartierliste für das Jahr 1893 wurde Herr v. Bräsewiz als Adjutant bei dem III. Bataillon des Infanterie-Regiments Nr. 109 in Karlsruhe aufgeführt. Der Major jenes Bataillons war aber damals Herr v. Gohler, der Bruder des jetzigen Kriegsministers. Gegenwärtig ist der frühere Major v. Gohler Stabschef in Breslau. Vielleicht ist der Kriegsminister durch die Vertrauensstellung, die früher v. Bräsewiz als Adjutant bei seinem Bruder bekleidete, zu seinem günstigen Urtheil über den Karlsruher Todtschläger gekommen.

**Strengere Strafen für sogenannte Beleidigung** fordern einige Junker, um das Duell gegenstandslos zu machen. Mit Recht führt die „Vossische Zeitung“ aus, daß beide Dinge gar nichts mit einander zu thun haben. Die Duellfrage wollen den gerichtlichen Klageweg nicht beschreiten, und sie haben meist Grund, dem Richter, der die Vorgeschichte und Umstände der „Beleidigung“ zu untersuchen hat, aus dem Wege zu gehen. Man erinnert sich noch des Falls Koge-Schrader, wo ein Theil den gerichtlichen Weg beschreiten wollte, aber von seiner adeligen Sippe an den Haaren vor die Pistole geschleppt ward. Uebrigens sind auch unsere Beleidigungsstrafen so ausweisend hoch, daß eine Erhöhung geradezu monströs wäre.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.** Wegen Majestätsbeleidigung hatte in Kiel ein Arbeiter eine Gebrauchswandonsäcke denunziert. Der Ausdruck, den die Frau gebraucht, ist jedoch nach Ansicht des Kieler Gerichts überall beim Volke gebräuchlich und nicht beleidigender Natur. Es erfolgte deshalb kostenloser Freisprechung. Der Denunziant

jedoch wurde wegen dringenden Verdachts des Meineids sofort in Haft abgeführt. Die Öffentlichkeit war bei dieser Verhandlung ausgeschlossen.

## Deutsches Reich.

— Die Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik wird im Verlauf des Dezember wiederum zu Sitzungen einberufen werden.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bekräftigt unsere Meldung, daß der Prozeß Lühow-Larsen und Genossen nicht unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden wird.

— Der Hosprediger a. D. als Gegner des Staatskirchentums, das ist der höchste Refektor, der bisher erzielt wurde. Stöcker sagte:

Heute müßte mit allem Nachdruck für die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate eingetreten werden, da eine unabhängige Kirche die liberalen Geistlichen bald beseitigen würde. Der Staat hindere die Kirche in der Erfüllung ihrer Aufgaben und schaffe Zustände, die die Kirche spalteten. Hier könne nur eine neue Kirchenverfassung Wandel schaffen mit dem Landesbischof und der General Synode an der Spitze. Letzterer müsse die Machtvollkommenheit bezeugt werden, daß, sobald sie eine Gesetzesvorlage zum zweiten Male angenommen habe, der König zur Sanktionierung des Gesetzes gezwungen sei.

Hosprediger a. D. und Mitglied der konservativen Parteileitung a. D. gegen König und Summus episcopus auftretend, das ist ein böses Zeichen für die konservativen Mächte!

— Ueberschüsse der preussischen Staatsbahnen. Die Freude an der Hanseromanier Miquel's, der auf jeden Ueberschuss, der in irgend einem Ressort herauskommt, sofort seine gewichtige Hand legt, scheint dem preussischen Verkehrsminister endgiltig vergangen zu sein. Der „Hamb. Corr.“ bringt einen Artikel, in welchem festgestellt wird, daß für 1893/96 der Netto-Ueberschuss der Eisenbahnen, der zur Deckung allgemeiner Staatsausgaben verfügbar ist, mindestens 225 Millionen betragen wird. Der Artikel fährt dann fort: „Die Verkehrssteuer, als die in Wirklichkeit der für allgemeine Staatszwecke verfügbare Theil des Reinertrages der Staatsbahnen sich darstellt, dürfte im laufenden Jahre bereits 125 v. H. der gesamten direkten und indirekten Staatssteuern betragen; Die finanziellen und volkswirtschaftlichen Bedenken einer weiteren Steigerung liegen auf der Hand. Und ebenso klar ist auch die Berechtigung des Verlangens, daß die Ueberschüsse der Eisenbahnverwaltung nimmere in steigendem Maße auch der Förderung und Erleichterung des Verkehrs zu gute kommen. Es ist daher dringend zu wünschen, daß der preussische Verkehrsminister, dem Fiskalismus des Finanzministers gegenüber, mit allem Nachdruck nicht nur auf der notwendigen Vermehrung des Eisenbahnbetriebsmaterials besteht, sondern auch den aus dem Kreise der Verkehrstreibenden laut gewordenen Forderungen nach Tarifreformen, mehr als bisher geplant, Rechnung trägt.“

— Eine bittere Bille für die Agrarier. Die Erhebung, welche auch im laufenden Jahre das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe über die Wirkung der Handelsverträge veranlaßt hat, dürfte, den „Berl. Pol. Nachr.“ zufolge, von neuem in ihren Ergebnissen darthun, daß diese Wirkung noch immer eine günstige ist. Die von den wirtschaftlichen Vereinigungen abgefassten Berichte sprachen sich fast durchweg in einem solchen Sinne aus. Und wenn in diesem Jahre vielleicht weniger Gutachten auf die Aufforderung des Ministers für Handel und Gewerbe eingingen sollten, als sonst, so würde dies in gleichem Sinne ausfallen sein, weil in der Aufforderung bemerkt war, daß, wenn nichts berichtet würde, angenommen werden würde, es wären die früher bemerkten günstigen Wirkungen auch jetzt noch festzustellen gewesen.

— Konservativer Boykott. Ein Boykott der größeren Geschäfte von Brandenburg und Rathenow wird, wie unser Brandenburger Partei-Organ erfährt, gegenwärtig von der konservativen Partei herbeizuführen gesucht. Diefelbe läßt namentlich auf dem Lande geheime Zirkulare unterschreiben, in denen gesagt ist, daß die größeren Geschäfte meistens Freisinnigen und Juden gehörten, daß diesen die Wahl des Abgeordneten Peus zu verdanken sei und daß man daher bei diesen Geschäftsleuten nicht kaufen solle, daß die Unterzeichneten sich in diesem Sinne verpflichteten. Hätten die Freisinnigen in nennenswerther Zahl für Peus gestimmt, so hätten sie nur ehrlich und politisch reif gehandelt. So reißt in der Freisinn gar nicht. Wie dem aber auch sein möge, der Boykott des politischen Gegners, den die Sozialdemokraten stets mißbilligten, kommt der alten junkerlichen Begehrer gleich und zeigt wieder, daß die konservative Partei in der Wahl ihrer politischen Kampfmittel nicht nach dem Grundsatz: „Noblesse oblige“ (Adel verpflichtet) handelt.

— Die Eisenbahndirektion Rattow hat dem „Leipz. Tagebl.“ zufolge die Entlassung aller nicht deutsch sprechenden Hilfsbeamten angeordnet. — Aus Russland wurde und wird ab und zu ähnliches gemeldet. Nur verstanden die dort Entlassenen nur deutsch.

— Von einem „kleinen Mittel“ der Agrarier ging in der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Verbandes der rheinpreussischen landwirtschaftlichen Genossenschaften die Rede. Es wurde mitgeteilt, daß die Provinzialämter jetzt etwa 80 pCt. ihres Bedarfs unmittelbar beim Produzenten decken.

— Bräsewiz II. Das in Aachen erscheinende „Echo der Gegenwart“ berichtet unterm 24. November: „Ich bin Bräsewiz II., wer mich oder mein Monocle beleidigt, den schiesse ich nieder“ — mit diesen Worten betrat gestern Abend der hiesige Polizeikommissar G., dem sonst die sittenpolizeiliche Kontrolle obliegt, die Restauration von Bier in der Jakobstraße. Da derselbe verschiedenen Gästen das Bier antrank, Gläser zertrümmerte und sich thätlich an einigen der anwesenden Gäste vergriß, verbot der Wirth ihm wiederholt das Lokal, aber ohne Erfolg. G. sollte daraufhin durch einen Kellner vor die Thür gebracht werden. Dabei verfehlte er dem letzteren mehrere Fußtritte und zerschchnitt ihm mit einem Instrument die Oberlippe. Der Kommissar, der wiederholt während dieser Szenen betonte, daß er ehemaliger Offizier sei, war offenbar stark angetrunken. — Offenbar betranken? Soll das etwa eine Schuldfrage sein für einen Sittenkommissar?

— Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen wurde bis jetzt ein Sozialdemokrat (Tabakarbeiter Chr. Glome) gewählt. Die Wahlen finden erst am Freitag ihren Abschluß.

— Rudolfsbad, 25. November. („Frankf. Ztg.“) Der Landtag wählte heute den Rittergutsbesitzer Büttich zum Präsidenten, den Rechtsanwält Hertel zum Stellvertreter desselben. Bei der Wahlprüfung des mit sozialistischer Hilfe gewählten Abg. Wilhelm wurde vom Abg. Werner festgestellt, daß Wilhelm kein Sozialist ist. Wilhelm widersprach dem nicht. Abg. Apel (Soz.) erklärte hierauf, daß die sozialdemokratische Partei wie noch nie hintergangen worden sei.

— Der bayerische Militarismus wider Unbekannt. In dem bekannten Verfahren gegen die „Amberger Volksztg.“ wurde, wie ein Münchener Blatt schreibt, der Schriftsteller Dr. Kaufen, von dem bekannt ist, daß er u. a. auch für die „Amberger Volksztg.“ arbeitet, der aber mit dieser Sache nichts zu thun hat, bei der Kommandantur zeugenschaftlich vernommen. Die „Münchener Post“ bemerkt hierzu in einer „Seltam“ überschriebenen Notiz: „Hier muß man denn doch fragen, woher weiß die Kommandantur offiziell, daß R., der so wenig wie andere Journalisten seine Artikel unterschreibt, auch für die „Amberger Volksztg.“ arbeitet? Sollte diese

Kenntnis der Militärbehörde gar aus den Personalakten der Polizei geschöpft sein? In jedem Falle dürfte es im Interesse unserer kargen Pressefreiheit sein, daß der Fall weitere Aufklärung erfährt. Das verwerfliche System der Personalakten bei der Polizei könnte dabei einmal beleuchtet werden, und vielleicht erhielte man die nötige Unterlage, um im Landtage das System zeitlich von unzulässiger und vorwiegend spionierender, aber die Mitglieder der Presse stets belästigender Spionierarbeit zu entlasten.

Die „Amb. Volkzeitung“ berichtet ferner: Am 21. d. M. früh wurde in unseren Redaktionsräumen eine erfolgreiche polizeiliche Suche nach dem Manuskript des bekannten Artikels in Nr. 305 der „Amb. Volkstg.“ über die Kastration eines Ehrengerichtsbesprechers vorgenommen.

München, 23. Novbr. Im Habererggebiete wurden neuerdings mehrfache Verhaftungen vorgenommen. Zugleich wird bekannt, daß die Verwaltungsbehörden im ganzen Habererggebiete angewiesen sind, allwöchentlich an die Kreisregierung Mitteilung zu lassen, wie viele Verhaftungen vorgenommen wurden.

Offenbach, 24. November. (Sig. Ver.) Die für gestern angelegt gewesene Wahl eines Landtags-Abgeordneten für den Offenbacher Landkreis (Mühlheim-Lieber-Heusenstamm) konnte nicht vorgenommen werden, weil das gesetzlich vorgeschriebene Zwischmittel der Wahlmänner nicht erschienen war. Es fehlten fast sämtliche Wahlmänner der Zentrumspartei. Der nunmehr anzuberaumende zweite Wahlgang wird ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wahlmänner vorgenommen werden. Die Wahl unseres Genossen Rau von Mülheim ist sicher.

Österreich. Wien. Die die „Fr. Pr.“ mitteilt, findet am 28. November in Wien der Delegiertenkongress der österreichischen Priester statt. Den letzten Punkt der Beratungen wird die „Wahl eines permanenten Ausschusses für Cisleithanien“ bilden, dessen Hauptaufgabe in der Durchführung der politischen Organisation des Priesterstandes in Cisleithanien für die Reichsratswahlen liegen wird.

Ungarn. Das Abgeordnetenhause hielt heute seine Eröffnungssitzung ab. Der Vertreter der äußersten Linken, v. Konjathy erklärte, seine Partei könne bei der Eröffnungssitzung in der Ofener Königspforte nicht erscheinen, weil der König die Eröffnung im Reichstage vorzunehmen habe und weil die schwarz-gelbe Fahne vom Siegel der Hofburg wehe. Der Ministerpräsident erwidert, er erkenne die Berechtigung dieser Einwände nicht an. Das Gesetz schreibe das Erscheinen des Königs im Reichstage nicht vor; der König sei bei der Eröffnungssitzung von den ungarischen Staatswürdeträgern umgeben, und auf der Königspforte wehe sowohl die nationale als die kroatische dreifarbige Flagge, wie die Fahne des Herrscherhauses.

Frankreich. Paris, 25. November. Der Abgeordnete Guesde (Soz.) hält seine bei der Eröffnung der Tagung der Kammer um einen Monat vertagte Interpellation betreffend die Ausweisung der deutschen Sozialdemokraten Nebel und Wueb anrecht. Die Interpellation gelangt am Freitag zur Verhandlung.

Belgien. Brüssel, 25. November. In der Kammer wurde heute die Debatte über die Interpellation Lorand, betreffend den Rücktritt des Kriegsministers und betreffend das Heeresreform-Projekt, fortgesetzt. Vandervelde (Soz.) richtete eine energische Anklage gegen die Regierung und die katholische Mehrheit und erklärte, die Regierung gesehe, indem sie eine Armee der Reichen und der Armen organisiere. Wasser auf die Mühle der Sozialdemokraten. Die Armee der Reichen bleibe bei einem Feldzuge zu Hause, während die Armee der Armen ins Feuer müsse.

Holland. Amsterdam, 25. November. Dem „Handelsblad“ zufolge hat der Justizminister, Dr. van der Raag, erklärt, die Haftentlassung der Tynamitarden Haines und Kearney, welche zur Zeit der Jaren-Randreise in Rotterdam verhaftet worden waren, sei lediglich auf die Mitteilung des englischen Gesandten erfolgt, daß die englische Regierung die Absicht, die Auslieferung zu verlangen, aufgegeben habe. Die Nichtauslieferung sei also weder die Folge einer Übereinkunft in dem englisch-niederländischen Auslieferungsvertrage, noch die Folge eines Mangels im niederländischen Strafgesetzbuch. — Der beste Beweis, daß die ganze Attentatsverschwörung nur in den Polizeistellen spulte, in denen man so sehr um das Leben des Väterchens besorgt war.

England. — Dr. Jameson, dessen wilder Ritt nach Transvaal in einem Londoner Gefängnis endete, soll nicht unbedingt erkrankt sein. Fast die gesamte englische Presse fordert nun seine sofortige Freilassung und Beurlaubung und der Kabinettsrat beschloß seine Haftentlassung. Einige deutsche Blätter zweifeln die Krankheit des verunglückten Landdiebes an. Krank oder nicht, daß der „Held“ seine Strafe nicht vollständig abtun werde, war bei der Stimmung des englischen Volkes und den vielen Helfershelfern, die er in England bis weit nach oben, bis zum Schwiegerjohn der Königin besitzt, gar nicht zweifelhaft.

London, 25. November. Die „Ball Mail Gazette“ berichtet, die Regierung beabsichtige vom Parlament eine Erhöhung der Forderungen für das Heer und die Reserve um mehrere Millionen Pfund Sterling zu verlangen, um eine neue Artilleriebewaffnung durchzuführen, zahlreiche neue Linienbataillone zu errichten und das Transportwesen neu zu ordnen.

Affen. — Englands Stellung in Indien ist unterwühlt. Nicht bloß die drohende Hungersnot und die Intrigen Australands sind gefährliche Zeichen für den Weiterbestand der Herrschaft Englands in Indien. Auch auf seine Truppen kann es sich nicht vollständig verlassen. Wie dem „Neuter'schen Bureau“ aus Bombay gemeldet wird, ist nach einer unbefriedigten Drohmeldung in Rawalpindi eine ernsthafte Meuterei ausgebrochen, an welcher sich 200 Sepoys des 27. Punjab-Infanterie-Regiments beteiligten. Läden seien geplündert worden, ein Polizist sei getötet und mehrere Personen seien verwundet worden.

Aus Seoul, der Hauptstadt von Korea, wird telegraphiert: Eine Anzahl koreanischer Offiziere wurde verhaftet, weil sie sich verschworen haben sollen, sich des Königs zu bemächtigen und ihn zur Rückkehr in den Palast zu zwingen. Drei russische Offiziere mit achtzig Sektanten und einem Feldgeschütz rückten gestern in Seoul ein.

## Parlamentarisches.

Der Senatoren-Konvent beschloß heute: Die erste Lesung des Etats soll am Montag den 30. November beginnen; für die Verhandlungen sind vier bis sechs Tage in Aussicht genommen. Sodann wurde beschlossen, unter allen Umständen noch vor Beginn der Ferien die Gerichts-Novelle in dritter Lesung zu erledigen. Im übrigen wurde es dem Präsidenten überlassen, aus dem reichlich vorhandenen Material nach seinem Befinden Vorlagen auf die Tagesordnung zu setzen.

Die politische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat darauf verzichtet, wegen der Kenderung der Farben für die Provinz Posen und der Opalenia-Angelegenheit besondere Interpellationen einzubringen. Dagegen

sollen diese Dinge bei der Statberathung zur Sprache gebracht werden.

Der preussische Landtags-Abgeordnete Haake ist aus der nationalliberalen Partei ausgeschieden und der freikonservativen Fraktion als Hospitant beigetreten.

## Kongress der National-Sozialen.

Erfurt, 24. November 1896.

Um denen entgegenzukommen, welche das Christentum aus dem Programm heraus haben wollen, wird in der Nachmittags-Sitzung zunächst folgende Resolution angenommen:

Der Delegiertenkongress erklärt ausdrücklich, daß der § 7 der „Grundlinien“ nicht ein Gewissenszwang für die einzelnen Mitglieder sein soll. Jeder, der ehrlich an der Erreichung unserer sozialen und nationalen Ziele mitarbeiten will, ist uns zur Mitarbeit willkommen.

Sodann tritt man in die Erörterung der Frage, ob eine Partei oder ein Verein gegründet werden und welcher Name gewählt werden soll. Mehrere Redner, darunter H. v. Gerlach, sind unbedingt für Gründung einer Partei, damit man eventuell in einen Wahlkampf treten könne. Farrer Raumann erklärt, in der ihm ungewohnten Lage zu sein, an der Breme zu stehen. Die Stimmung für eine Partei sei vorhanden, aber damit sei es in der Politik nicht getan. Die Gedanken müssen erst ausgedacht werden. Die Antisemiten haben aus Stimmung heraus gehandelt; darum sind sie heute so gefährlich. Wir brauchen noch gründliche Erörterung unserer grundlegenden Ideen. Laßt uns keine große Firma machen, ehe wir nicht auch ein Baarenlager haben. Uns fehlen die Männer, wir haben kein Geld. Bei der nächsten Reichstagswahl wird man freilich in einzelnen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten auftreten. Aber wir sollten heute unsere Anhänger nicht zwingen, aus ihrem bisherigen Parteiverband auszutreten. Gerade weil wir eine große Zukunft haben wollen, müssen wir uns heute mahigen. — Raumann (Leipzig) erklärt, nicht ohne „Partei“ zu seinen Austragern zurückkehren zu dürfen. — Oberwinder ist für die Bildung einer „Vereinigung“. — Lorenz aus Leipzig polemisiert gegen Raumann. Weisen wir das Kind nur ins Wasser, dann wird es auch schwimmen lernen. Der Ober-Kirchenrath werde auch schon dafür sorgen, daß man „Veruspolitiker“ bekomme. Die Partei ist weiblich, das weibliche Geschlecht wird aber früher reif. Gründen wir also eine Partei! Auch Pastor Schreie wendet sich gegen eine Partei, er empfiehlt einen „Nationalen Sozialisten“. Die Debatte habe gezeigt, daß Viele erst noch lernen müssen, sich politisch zu bewegen, auch die Führung des Vorhanges durch den Stadtpfarrer Traub sei oft nicht geschäftsmäßig.

Zum Schluß wird auf Antrag Raumann's beschlossen: „Wir gründen heute einen politischen Verein als Vorbereitung zu einer Partei.“ Nach längerer Debatte wird der Verein sodann getauft auf den Namen:

### National-Sozialer Verein.

Nunmehr fährt man fort, das gelaufte Kind zu entbinden, indem man die Spezialberathung des Raumann'schen Programms weitersührt. — Einige Professoren halten Schöpfensreden über das „herrliche Reichsheer“; andere Redner, darunter auch Max Lorenz, bekämpfen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts für die Stadtverordneten-Versammlungen, weil in vielen Städten die Sozialdemokraten mit einem Schloge alle Sitze einnehmen würden, in manchen Gegenden auch die Ultramontanen. H. v. Gerlach erklärt, daß hierin gar nichts zu finden sei, sofern man überhaupt die Ausdehnung von Freiheitsrechten wolle. — Auch Schreie ist gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu Landtagen und Kommunal-Ver tretungen, — weil sie als beste Form noch nicht erwiesen sei. Einige Württemberger machen darauf aufmerksam, daß sie dieses allgemeine Wahlrecht bereits haben, daß hier bekämpft wird. Raumann empfiehlt, nicht realitätsnähere Einrichtungen zu fordern, als sie bereits in mehreren deutschen Staaten bestehen; auch wendet er sich gegen die mehrfach gefaßenen antisemitischen Aeußerungen. In namentlicher Abstimmung wird sodann mit 54 gegen 41 Stimmen ein Antrag abgelehnt, der die Programmforderung des allgemeinen Wahlrechts abschwächen wollte. — Lorenz aus Leipzig redet eine große Rede über die Sozialdemokraten, die theils revolutionäre Utopisten, theils marxistische Dogmatiker seien. — Raumann stellt eine Erläuterung der „Grundlinien“ in Aussicht, die bald veröffentlicht werden soll. Der Antrag Lorenz, seine Beibehaltungsworte „dogmatisch“ und „marxistisch“ ins Programm zu bringen, wird angenommen. Ebenso eine Resolution, die sich gegen die geistliche Schulaufsicht ausspricht.

Der § 6 (Frauenfrage) wird auf Antrag des Bräulein Dyckens und nach Begründung durch Frau Guand folgendermaßen gefaßt:

„Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne einer größeren Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frauen und ihre Zulassung zu solchen Berufen und öffentlich-rechtlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erzielende Thätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten können.“

Darauf wird der ganze Raumann'sche Programmentwurf unter dem Namen Grundlinien und mit den im Laufe des Tages angenommenen nur unwesentlichen Abänderungen mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Um 10 Uhr abends werden die Beratungen auf Mittwoch früh 8 Uhr vertagt. Es soll dann die Organisation des National-Sozialen Vereins geschaffen werden.

Die endgültige Fassung der Grundlinien lautet somit:

§ 1. Wir stehen auf nationalem Boden, indem wir die wirtschaftliche und politische Machtentfaltung der deutschen Nation nach außen für die Voraussetzung aller größeren sozialen Reformen im Innern halten, zugleich aber der Ueberzeugung sind, daß die äußere Macht auf die Dauer ohne Nationalität einer politisch interessierten Volksmasse nicht erhalten werden kann. Wir wünschen darum eine Politik der Macht nach außen und der Reform nach innen.

§ 2. Wir wünschen eine feste und stetige auswärtige Politik, die der Ausdehnung deutscher Wirtschaftskraft und deutschen Geistes dient. Um sie zu ermöglichen, treten wir für die ungeschmälerte Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, für eine angemessene Vermehrung der deutschen Kriegsmarine, sowie für Erhaltung und Ausbau unserer Kolonien ein. Im Interesse der vaterländischen Macht und Ehre werden wir Mißstände in unseren militärischen und kolonialen Einrichtungen stets offen bekämpfen.

§ 3. Wir stehen fest auf dem Boden der deutschen Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir sind für Unantastbarkeit des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage und für Ausdehnung desselben auf Landtage und Kommunalvertretungen. Wir fordern Verwirklichung der politischen und wirtschaftlichen Vereinsfreiheit und ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerlichen Rechte aller Staatsbürger.

§ 4. Wir wollen eine Vergrößerung des Antheils, den die Arbeit in ihren verschiedenen Arten und Formen in Stadt und Land unter Männern und Frauen an dem Gesamtvertrage der deutschen Volkswirtschaft hat, und erwarten dieselbe nicht von den Utopien und Dogmen eines revolutionären marxistischen Kommunismus, sondern von fortgesetzter politischer, gewerkschaftlicher und genossenschaftlicher Arbeit auf Grund der vorhandenen Verhältnisse, deren geschichtliche Umgestaltung wir zu Gunsten der Arbeit beeinflussen wollen.

§ 5. Wir erwarten, daß die Vertreter deutscher Bildung im Dienste des Gemeinwohls den politischen Kampf der deutschen Arbeit gegen die Uebermacht vorhandener Besitzrechte unterstützen werden, wie wir andererseits erwarten, daß die Vertreter der

deutschen Arbeit sich zur Förderung vaterländischer Erziehung, Bildung und Kunst bereit finden werden.

§ 6. Wir sind für Regelung der Frauenfrage im Sinne einer größeren Sicherung der persönlichen und wirtschaftlichen Stellung der Frau und ihre Zulassung zu solchen Berufen und öffentlich-rechtlichen Stellungen, in denen sie die fürsorgende und erzielende Thätigkeit für ihr eigenes Geschlecht wirksam entfalten kann.

§ 7. Im Mittelpunkt des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes steht uns das Christentum, das nicht zur Parteiliche gemacht werden darf, sich aber auch im öffentlichen Leben als Macht des Friedens und der Gemeinschaftlichkeit bewähren soll.

Erfurt, 25. November 1896.

Die Protestkundgebung gegen die Maßregelung des Pfarrers Werner ist recht zahlreich ausgefallen. Zu Anfang der heutigen Sitzung wurde folgende farblose Resolution angenommen:

„Wir fordern kräftigen und wirksamen Schutz für alle Männer im Dienste des Staates, der Kirche und der Schule, welche gewissenhaft und treu die Pflichten ihres Berufes erfüllen, und gehen deshalb rücksichtslos alle ungesunden und unbilligen, humanitätswidrigen, fortschritt- und freiheitsfeindlichen Maßregeln staatlicher oder kirchlicher Behörden vor den Richterstuhl der öffentlichen Kritik und des öffentlichen Bewusstseins.“ Das ist alles!

Ueber die zu schaffende Organisation referirt sodann Redakteur Oberwinder. Er will vor allem den Individualismus aufheben, der die anderen Parteien beherrscht. Wenn wir die Sozialdemokratie ablösen wollen, dann müssen wir beweisen, daß wir vom wahren sozialistischen Geist besetzt sind. Wir brauchen für unsere Organisation bei den Mitgliedern freiwillige Disziplin und für den Vorstand starke Autorität. — Der zweite Referent, Pastor Schreie, macht auf die Klippen des Vereinsgesetzes aufmerksam. Das vorgeschlagene Organisationsstatut ist im wesentlichen dem sozialdemokratischen nachgebildet. Frauen können nicht Mitglieder unseres Vereins sein. Wir erwarten, daß jeder, der es kann, möglichst hohe Beiträge zahlt; für das nächste Jahr brauchen wir mindestens 8 bis 10 000 Mark. — Der Vorsitzende soll von der Versammlung gewählt, ein besoldeter Sekretär dagegen vom Vorstand gewählt und angestellt werden. Die Organisation im Reiche muß auf dem Vertrauensmänner-System beruhen; um der Polizei keine Handhabe zur Aufzählung zu bieten. Auf den jährlich abzuhaltenden Delegierten-Versammlungen sollen auch die Redakteure der Vereinspresse ohne weiteres stimmberechtigte Mitglieder sein. Vereinsorgane sind die „Zeit“ und die „Hilfe“. Die „General-Anzeiger“ in den größeren Städten vertreten heute schon vielfach unsere Ideen. Doch müssen wir verhindern, daß dies nur aus geschäftlichen Rücksichten geschieht. — Es spricht dann noch Wertmeister Wärrn, der das Vereinsgesetz und die Arbeit in der Agitation und Organisation näher erläutert.

Darauf wird als Sitz des Vorstandes Leipzig bestimmt. Pfarrer Raumann wird per Akklamation einstimmig und unter lauten Beifall zum Vorsitzenden gewählt. Er wird jedoch in Frankfurt a. M. wohnen bleiben. Er macht aufmerksam, daß er mit dem Amt nicht ein erbliches Hausmeierthum übernehmen wolle, daß der Verein demokratische Gesichtspunkte vertreten müsse und nicht auf einzelne Personen, auch nicht auf die seine, zugeschnitten werden dürfe. Die freisinnige Partei und die antisemitische leiden darunter, daß sie zu sehr auf Eugen Richter und Stöcker berechnet sind.

Der Verleger der „Zeit“, Herr Bouhet, bittet um Unterstützung der „Zeit“ als Mitarbeiter. Soweit wie möglich sollen alle Artikel unterzeichnet sein. Wer etwas zu sagen hat, muß auch den Muth haben, dafür einzutreten. Alle Vorkommnisse im Reich müssen der „Zeit“ gemeldet werden; heute sind vielfach gegnerische Zeitungen über unsere Bewegung besser orientirt, als wir. Die „Zeit“ soll eine große Tageszeitung, die „Hilfe“ ein populäres, billiges Volksorgan sein. Bezüglich der Annoncen können wir nicht allzu wählerisch sein, wir sind auf die Einnahmen angewiesen. Ferner soll für die Ausbreitung der „Zeit“ agitiert werden.

Zu Vorstandsmitgliedern werden sodann neben Raumann gewählt: die Professoren Sobm und Gregori, Pastor Schreie, Maurerpolier Raumann und Graveur Kreuziger, sämtlich in Leipzig ansässig. — Das Organisationsstatut wird angenommen. In eine Beschwerde- und Kontrollkommission werden gewählt: Redakteur De m a m a t e (Kiel), Repetent Traub (Tübingen), Professor Re i n (Jena), Graveur S c h a l (Berlin) und Graveur H a a g (Frankfurt a. M.).

Die nächste Delegiertenversammlung soll in der ersten Oktoberwoche 1897 abgehalten und dann ein Spezialprogramm beraten werden. — Nach einem warmen Schlusswort Raumann's, in dem er den Theilnehmern, der Presse u. für ihre Arbeiten dankt und die Mitglieder zur begeisterten Weiterarbeit auffordert, — und nachdem noch einmal darauf hingewiesen worden ist, daß man sich nicht mit dem Verein begnügt, sondern eine große national-soziale Partei gründen will, wird die Versammlung mit einem Hoch auf die neue Bewegung geschlossen.

Die national-soziale Organisation ist damit geschaffen, die aus Sozialdemokraten das Lebenslicht ausblößen soll. An dem Besseren dieser irdischen Absicht zweifeln wohl nicht nur unsere Genossen und die übrigen Menschenkinder, sondern auch diejenigen Mitglieder des National-Sozialen Vereins, die auch nur einigermaßen die wirklichen Strömungen im Volke kennen.

## Der Streik der Schauerleute Hamburgs

wird sich, wenn die Stauer und Abeder nicht nachgeben, voraussichtlich zum Generalstreik sämtlicher Hafenarbeiterkategorien und auch der Seeleute der Hafenstadt ausdehnen, in weiterer Folge zu einem Streik der Hafenarbeiter der übrigen deutschen und der ausländischen Seestädte.

In Hamburg beschloß der Seemannsverein, die Schauerleute in jeder Beziehung zu unterstützen, sowie die Situation auszunutzen und gleichfalls Forderungen an die Abeder zu stellen. Verlangt wird: 1. Feuer für Matrosen 70 M.; für Heizer 85 M.; für Zimmer und Stewards 75 M.; 2. Preis für Ueberstunden 50 Pf.; 3. auf See Wache um Wache; außerdem gilt jede Arbeit auf See außerhalb der Wachezeit als Ueberstunden; 4. Befreiung der Heuer-Waase und Abschaffung der Advance-Roten; 5. Gründung eines eigenen Heuerbureaus. Die Lohnkommission der Gewerkschaft stellt folgende Forderungen auf: Die Arbeitzeit dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends; der Tagelohn beträgt 4,50 M.; die Mittagspause dauert 1 1/2 Stunden; für Durcharbeiten der Mittagspause 1 M.; Ueberstunden à Stunde 50 Pf. Nachtarbeit: eine ganze Nacht von abends 6 Uhr bis morgens 4 Uhr 5 M.; halbe Nachtarbeit bis 12 Uhr 2,50 M.; wird die Abendpause durchgearbeitet, so gilt die halbe Nacht bis 10 Uhr; nach 12 Uhr gilt die Nacht für voll; Frühstunden à Stunde 50 Pf.; Verlegen von Schuten 1,50 M.; dauert dies länger als 3 Stunden, so wird stundenweise bezahlt (es gilt die Zeit, bis das Fahrzeug geborgen, resp. bis die Leute an's Land treten, rechts der Elbe, als maßgebend für die Nachtarbeit); Sonntagarbeit, halber Tag bis 9 1/2, Uhr 3 M.; ganzer Tag bis 4 Uhr 6 M.; dauert die Arbeit nach 4 Uhr, die Stunde 50 Pf.; für Durcharbeiten der Kirchezeit die Stunde 60 Pf. Berechtigte Auslagen, wie Frärgeld, sowie Auslagen im Interesse des Betriebes sind zu vergüten, dies gilt auch für die Mittags- sowie Abendpausen.

Der „Frankf. Ztg.“ wird telegraphirt: Der Beschluß der Abeder und Stauer, nach dem Mittwoch keine Streikenden wieder

einzufließen, verfehlte seine Wirkung. Die Zahl der Streikenden nimmt vielmehr zu. Auch die Werftarbeiter beabsichtigen eine Solidaritäts-Erklärung. Im Seemannshaus fanden keine Anmutterungen statt, weil Mannschaften fehlten. Verschiedene abgehende Dampfer ließen einen Teil der Ladung zurück.

Nach dem Bericht der Streikkommission feierten am Mittwoch insgesamt 8000 Mann, nachdem am Morgen eine Anzahl Arbeiter am Staatslat, 900 Kesselreiniger und die „schwarzen Schauerleute“ der Kohlen-Epportfirma F. W. Heilmann in Altona ebenfalls die Arbeit eingestellt hatten. Es arbeiten noch etwa 100 Mann als Schauerleute. Eine Anzahl Arbeiter, die aus dem Inlande durch allerbund Versprechungen hergelodet waren, sind im Laufe des Morgens wieder abgereist. Die Hamburger Polizei verhält sich objektiv. Dagegen sind in Altona Zeilvertreiber mehrfach schikaniert worden. Die nicht zahlreichen Streikbrecher werden von jeder Berührung mit der Außenwelt ferngehalten. Sie arbeiten umgeben von starkem polizeilichen Aufgelo, dürfen keine Wirtschaften besuchen, sie müssen auf den im Hafen liegenden Schiffen essen und schlafen. Die Entscheidung, ob die Seeleute, Erwerführer, Maschinisten, Kranführer und Donkeyleute dem Streik beitreten, fällt Donnerstag Abend. Das Hamburger Gewerkschaftskartell fordert zu Gesamtsammlungen für die Streikenden auf. Die hiesige bürgerliche Presse beschwört in allen Tonarten die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit. Der Geist der Streikenden ist gut.

Die Streikenden halten jeden Morgen im großen Saale des Lützow'schen Establishments eine Versammlung ab. In der am Mittwoch wurde eine Zuschrift von Mann's verlesen, worin die Ordre gegeben ist, sämtlichen Befehlen, die sich auf Schiffsarbeit beziehen, Folge zu leisten, dagegen alle Arbeit bei der Ladung zu verweigern; die internationale Vereinigung wurde Hilfe leisten. Wilson, der Leiter der englischen Seemannsvereinigung in London, forderte die englischen Seeleute im Hamburger Hafen telegraphisch auf, jede Arbeit bei der Ladung zu verweigern.

Auf die Nachricht, die englische Gewerkschaft der Vereinigten Seeleute habe beschlossen, die von Hamburg kommenden Schiffe nicht zu löschen, hat die Direktion des englischen Schifferverbandes erklärt, dieser Beschluß dürfe keine Besorgnis erregen, weil der Rhedereiverein sogleich Schritte thun werde, um die Arbeiter, die sich weigern, Hamburger Schiffe zu löschen, durch andere zu ersetzen.

Weiter wird gemeldet, Wilson habe nach seiner Rückkehr von Rotterdam in London erklärt, nächsten Dienstag werde entschieden werden, ob ein allgemeiner Ausstand der Dockarbeiter ins Werk gesetzt werden wird. Das Ergebnis der Abstimmung bis letzten Freitag sei durchaus zu gunsten des Ausstandes. Besonders in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen werde mit allen Kräften dahin gestrebt, zu verhindern, daß löschende Schiffe in Hamburg von Nicht-Unionisten geladen würden. Infolge der Ausstände auf dem Festlande ist die Lage in den Häfen am Ouse (Yorkshire) in England ziemlich ernst.

Man schreibt uns hierzu: Wie die Belgier und Holländer sich anschließen, so ist der Hamburger Streik auch gewonnen, da — nachdem Bremen sich angeschlossen — die Hamburger Rheder in keinem Hafen löschen lassen können. Der Widerstand der Hamburger Rheder ist um so weniger zu rechtfertigen, als sie seit längerer Zeit ein vorzügliches Geschäft machen.

In Harburg hat — wie schon gestern kurz gemeldet — eine Versammlung der Schauerleute beschlossen, wenn der Ruf von Hamburg erschallen sollte, sofort die Arbeit niederzuliegen, um den Forderungen der Hamburger Hafenarbeiter Geltung zu verschaffen. Im dortigen Amtsblatt suchen die Hamburger Rheder und Stauer 1000 Arbeiter. Dazu bemerkt unser dortiges Rhederorgan: Sie können in Harburg lange suchen, und wenn sie eine Patrone anzünden, hier werden sie niemand finden.

In Bremen stellten die Hafenarbeiter der Lagerhaus-Gesellschaft, wie wir bereits mitteilten, ebenfalls Forderungen, wobei sie verlangten, das binnen 8 Stunden mit ihrer Lohnkommission Vereinbarungen darüber getroffen werden sollten. Der Vorstand der Gesellschaft lehnte das wegen der kurzen Frist als unthunlich ab, erklärte sich aber bereit, binnen drei Tagen eine bündige Antwort zu geben. Weiter theilte er mit, er betrachte die Erklärung der Arbeiter, soweit sie von ständigen Arbeitern unterzeichnet sei, als Kündigung und werde weitere Kündigungen durch Vermittelung der Ruffeher entgegennehmen; wenn ständige Arbeiter die Arbeit rechtswidrig verlassen würden, so werde er die ihm gesetzlich zustehenden Entschädigungsansprüche geltend machen.

Auf diese sicherlich nicht weniger als Frieden athmende Antwort haben die Hafenarbeiter der Lagerhaus-Gesellschaft am Dienstag Abend in einer von 3-400 Personen besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, von Mittwoch früh an die Arbeit ruhen zu lassen. Dieser Beschluß ist ausgeführt worden.

Die übrigen Nordseehäfen — Bremerhafen, Geestemünde etc. — werden sich wahrscheinlich der Bewegung ebenfalls bald anschließen.

Die Kohlarbeiter Lübeck's sind, wie dem „Hamb. Echo“ telegraphirt wurde, dem Beispiel der Hamburger gefolgt und haben ebenfalls die Arbeit eingestellt.

Ein exemplarisches Beispiel umsichtiger Solidarität haben die organisierten Arbeiter der mecklenburgischen Hafenstadt Wismar gegeben. Dort hat ein Hamburger Agent ein Werbebureau für Streikbrecher eingerichtet. Am Sonnabend, wo in Wismar über den Stand der Sachen in Hamburg noch nichts Genaueres bekannt war, hatte der Agent bereits ca. ein halbes Hundert Erfahrungsleute angeworben, wobei er es am Spendieren von Bier und Schnaps nicht fehlen ließ. Noch Sonnabend Abend erhielten nun die organisierten Arbeiter ein Telegramm des Hamburger Gewerkschaftskartells, daß die Nachricht vom Ausbruch des Streiks der Schauerleute enthielt. Sofort eilten unsere braven Parteigenossen in Wismar von Wirtschaft zu Wirtschaft, von Straße zu Straße und gaben dort überall die Nachricht mit dem Hinweisigen bekannt, daß es Pflicht jedes Arbeiters sei, nicht nach Hamburg zu gehen. Die Folge war, daß von dem halben Hundert, das der Agent angeworben hatte, nur ein ganz windiger Bruchteil nach Hamburg reiste.

Mögen sich die organisierten Arbeiter aller deutschen Oete die Wismarer zum Muster nehmen, indem sie sorgfältig auf die eifrigste dahin wirken, daß niemand nach Hamburg und den übrigen deutschen Seestädten geht. Es handelt sich bei der Bewegung der Hafenarbeiter um den ersten Versuch, einer Arbeiterkategorie international zu helfen und damit der internationalen Ausbeutung einen Damm entgegenzusetzen, unter der diese Arbeiterkategorie besonders leidet. Handeln die deutschen Arbeiter sammt und sonders solidarisch, so wird die Hafenarbeiter-Bewegung zu dem erstrebten guten Ende führen und dadurch auf neue der große soziale Werth des Marx'schen Wortes praktisch dargehalten werden: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Ueber die etymologische Bedeutung des Wortes Schauerleute wird uns geschrieben: Das Wort „Schauerleute“ ist in weiteren Kreisen mißverstanden worden. In einigen Gegenden Deutschlands heißt schauern soviel wie im gewöhnlichen Hochdeutsch: schauern, regnen. Wo der Ausdruck nicht bekannt ist, stellt man sich unter einem Schauerleute einen Mann vor, der die Schiffe reinigt. Thatsächlich hat Schauer in dieser Zusammensetzung gar nichts mit Schauern zu thun. Es ist gleichen Ursprungs wie das englische shore (sprich schor), die Rüste, und Schauerleute heißt dasselbe

wie das englische Shoreman — Rüstemann, d. h. ein Mann, der die Waaren von der Rüste (dem Land) auf das Schiff und vom Schiff an die Rüste (auf Land) bringt, also Hafenarbeiter, der das Aus- und Einladen der Waaren besorgt. Erwähnt sei noch, daß das Wort auch noch anders abgeleitet wird, nämlich von dem niederdeutschen Ausdruck Schauer für hochdeutsch Scheuer oder Schobet — ein bedeckter Ort zur Vergang von Heu, Getreide und anderen Wertgegenständen. Da die Schiffsladung vor der Ein- und nach der Ausladung meist in solchen Räumen untergebracht wird, so würde Schauerleute auch nach dieser Ableitung bedeuten: Aus- und Einlader.

## Partei-Nachrichten.

**Aus Elsfah-Lothringen.** Der Mülhauser Gemeinderath hatte sich dieser Tage mit dem von unseren Genossen Bueb und Hinkel gestellten Antrag zum Schutz der Bauhandwerker (siehe Nr. 252 des „Vorwärts“) zu beschäftigen. Wenn auch nur ungenügend, so mußte doch allerseits die Nothwendigkeit des Antrages und damit auch die Verpflichtung der Stadtverwaltung zur Ergründung von Maßregeln, die eine Besserung herbeizuführen geeignet sind, anerkannt werden. Als eine solche Maßregel wurde die von unseren Genossen vorgeschlagene Uebertragung der Revisionspflicht auf das städtische Bauamt angenommen. Bei diesem ist eventuell ein spezieller Beamter hierfür einzustellen. Das Vorgehen und der Erfolg unserer Genossen ist in den Kreisen der Bauhandwerker freudig begrüßt worden. Inzwischen haben Bueb und Hinkel einen neuen Antrag eingebracht, der in Rücksicht auf die in letzter Zeit erfolgte Steigerung des Brotpreises als theilweise Kompensation die Befreiung des Ostrold aus Fleisch und andere nothwendige Bedarfsartikel des Volkes verlangt. Einen weiteren Erfolg haben unsere Genossen in der Frage des Strahlenbahn-Vertriebes zu verzeichnen, indem auf ihren Antrag das Gesuch einer Privatgesellschaft auf Ueberlassung der Konzeption zu einer solchen Bahn an eine Kommission verwiesen wurde, um dort erit einen prinzipiellen Entscheid darüber zu treffen, ob dieser Betrieb nicht von der Stadtverwaltung selber übernommen werden soll. Letzteres wird natürlicherweise seitens unserer Genossen beantragt werden. — Eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung, wo Reichstags-Abgeordneter F. Bueb über den Parteitag zu Siebelen referirte, erklärte sich in einer einstimmig angenommenen Resolution mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden. Es war dies seit Menschengedenken die erste politische Versammlung, die die reichsständische Behörde unseren Mülhauser Genossen gestattete. Wie lange dieser „neueste Kurs“ wohl anhält?

### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Aus Danzig wird uns mitgeteilt: Hier wurde am 19. November Genosse Stolpe wegen Veranlassung eines öffentlichen Aufzuges und wegen Störung der Sonntagsruhe zu 14 Tagen Gefängnis und 10 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Uebertretungen sollen anlässlich eines Aufzuges begangen worden sein. Berufung ist eingelegt. — Am 21. November standen vier Genossen vor der Strafkammer, um sich wegen Beleidigung, Widerstandes, Anstalts etc. zu verantworten. Am 17. Mai beschwerte sich in einer Partei-Versammlung Genosse Berger unter anderem darüber, daß, als er sich auf dem Hofe befand, ein Beamter dasselbe revuirte. Durch die Art und Weise seiner Kritik soll Berger eine Beamtensbeleidigung begangen haben. Diefelbe Versammlung wurde aufgelöst. Genosse Grundmann soll um der Aufforderung des überwachenden Beamten, sich zu entfernen, nicht Folge geleistet, denselben im Gegentheil belästigt und die Anwesenden zum Dableiben aufgefordert haben. Genosse Kapitzki soll dann von der Straße aus nach dem Lokal, wo sich noch der überwachende Beamte befand einige Worte hinein gerufen haben, durch welche der Beamte sich beleidigt fühlte. Die beiden letzteren sowie der vierte Angeklagte Genosse Kliech sollen sich außerdem des Aufzuges schuldig gemacht haben. Die Verhandlung, zu der 17 Zeugen geladen waren, dauerte 7 Stunden und endete mit der Verurtheilung Bergers wegen Beamtensbeleidigung zu einem Monat Gefängnis, Grundmann wegen Beleidigung gegen § 15 des Strafgesetzbuches und § 110 des Strafgesetzbuchs, sowie wegen Aufzuges zu 2 Monaten und 14 Tagen, und Kapitzki wegen Vergehens gegen § 111 des Strafgesetzbuchs, Beamtensbeleidigung und Aufzuges zu 2 Monaten und 1 Woche Gefängnis. Kliech wurde freigesprochen.

## Gewerkschaftliches.

**Der Kartonzabrikant Otto Vieckel** in Berlin, Endauerstraße, hat insofern die Forderung seines Personals anerkannt und mit der kommenden Woche die neunstündige Arbeitszeit und den Akkordarbeiterinnen 10 pCt. Lohnzuschlag gewährt. Obwohl noch besonders traffe Uebelstände dringend der Abhilfe bedürfen, wie zum Beispiel, daß die Arbeiterinnen bei 1000 Kartons immer noch über 100 Stück gratis fertigtellen müssen, so hat man von der Abschaffung dieses Ausbeutungssystems einwilligen Abstand genommen.

In der Kartonzabrik von Kustein u. Ko. haben die Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit auch durchgeführt. — Die nunmehr noch fehlenden kleinen und weniger ins Gewicht fallenden Fabriken werden in nächster Zeit auch in etwas energischer Weise an die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit und Erhöhung der miserablen Akkordlöhne der Arbeiterinnen erinnert werden. Die dort Arbeitenden werden dafür Sorge tragen.

Am Dienstag, den 1. Dezember cr., findet im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kartonzabrache statt, in der über den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit referirt und über den Stand der Bewegung Bericht erstattet wird. Handzettel können heute Abend bei Peter, Holzmarktstr. 8, in Empfang genommen werden.

J. A.: G. Greifenberg, Brunnenstr. 96.

**Achtung, Bifekure!** Der Streik bei der Firma Gladenbeck, Alltiegelschiffahrt in Friedrichshagen, dauert unverändert fort. Weiter für Bons sind abzuliefern an den Kollegen G. Seltenhorn, Gräfestr. 5, v. II bei Lierich.

**Achtung, Holzarbeiter Charlottenburgs!** In der Werkhof von Ebert, Pfalzstr. 69, sind Differenzen ausgebrochen. Zugug fernhalten! Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

In Lübeck dauert der Streik auf dem „Emaillirwerk“ von Thiel u. Schöne fort. Es wird uns dazu mitgeteilt, daß der Vorsitzende des dortigen Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter, ein Herr Fleischmann, sich seit einigen Tagen in Berlin befindet, um Streikbrecher anzuwerben, worauf wir die Arbeiter besonders aufmerksam machen.

**Aus Stendal.** Der Streik der Tabalarbeiter bei der Firma Bock dauert unverändert fort. Die Lohnkommission theilt mit, daß 80 Arbeiter, darunter 16 verheirathete mit 28 Kindern, an dem Ausstand theilhaftig sind. Eine am 14. November gepflogene Unterhandlung mit der Firma verlief resultatlos, indem alle gestellten Forderungen rundweg abgelehnt wurden. Der Streik ist durch eine geringfügige Forderung der Wickelmacher entstanden, die bei dem sehr schlechten Material pro 1000 Widel 50 Pf. mehr verlangten. Die Zigarrenmacher sowie Sortirer erklärten sich mit den Wickelmachern solidarisch, als sie sahen, daß die berechnigte Forderung von der Firma abgelehnt wurde. Zugug ist streng fern zu halten.

**Aus Wegefac.** Seit 17. November befinden sich hier annähernd 100 Maurer im Ausstand. Derselbe ist von dem

vereinigten Innungs-Unternehmerrath dadurch provokirt worden, daß alle diejenigen entlassen wurden, die an dem im Frühjahr dieses Jahres zwischen ihnen und den Gesellen vereinbarten Arbeitsvertrag festzuhalten erklärten. Nach diesem Tarif wird vom 15. November bis Ende Januar von morgens 8 bis nachmittags 4 1/2 Uhr gearbeitet, ausschließlich einer halbtägigen Frühstückspause. Die Frühstückspause ist freigegeben und einständigen Mittagspause. Die Frühstückspause paßt den Herren aber nicht und sie decretiren einfach: „Geschrückt wird nicht!“ Wenn die Unternehmer glauben, daß der bevorstehende Winter die Einigkeit der Gesellen zerstören und sie zum Nachgeben bereit zeigen werde, so haben sie sich gewaltig geirrt. Wir sind fest entschlossen, den uns aufgedrungenen Kampf energisch durchzuführen, und erwarten die Unterstützung der gesammten Arbeiterchaft, die nur darin zu bestehen braucht, daß der Zugug von Maurern nach hier ferngehalten wird. Die Streikkommission. J. A.: O. Risse, Maurer, Wegefac, Hasenstraße 56 bei Brauns.

**In Halle a. S.** stellten in der Maschinenfabrik von Gustav Krebs sämtliche Dreher, alle Schlosser bis auf zwei, ferner alle Schmiede und Zuschläger, sowie die Fräser, Hobler und Bohrer, insgesamt 48 Mann, die Arbeit ein. Nur acht Mann einschließlich der Lehrlinge arbeiten weiter. Der Grund zur Arbeitseinstellung liegt in unwürdiger Behandlung der Arbeiter durch die zwei neuangestellten Meister namens Degenkolbe und Febrhof. Außerdem wurden der Hälfte sämtlicher Arbeiter am Freitag bei der Lohnzahlung Strafzuzüge in der Höhe von 25 Pf. bis 8 M. gemacht. Zugug ist streng fernzuhalten.

**Die Lederarbeiter Brüssels** stehen seit sechs Wochen im Kampfe um die Wahrung des Koalitionsrechts. Sie hoffen, den Sieg zu erlangen, wenn ihnen die ausländischen Fachgenossen sowohl durch strenge Vermeidung des Zugugs wie durch Geldsendungen hilfreich zur Seite stehen. Die Sendungen sind zu adressiren an Gustave Vandaveerbeke, Gérant de la Maison du Peuple, Chaussée de Gand 69, Molendael-Brugelles (Belge).

**Die Schriftgießer in Mailand und Florenz** stellen sämtlich, in Genua theilweise die Arbeit ein. Die Schriftgießer in Turin und Bologna werden folgen, falls die Prinzipale die geforderte Lohnhöhung ablehnen.

## Soziales.

**Der Verein selbständiger Leipziger Kaufleute und Fabrikanten** wollte die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe insofern verflummert wissen, als er vom Rath der Stadt Leipzig die Freigabe von 5-6 Sonntagen im Jahr zur Arbeit forderte. Die dortige Freie Vereinigung der Kaufleute sprach sich gegen dieses Verlangen aus, worauf der Rath dem ersuchten Verein erklärte, daß für alle Ladeninhaber eine Freigabe nicht erfolgen könne, wohl aber für einzelne Branchen. Der Verein nimmt nun Erhebungen vor, um festzustellen, für welche Branchen er die Freigabe der Sonntagsarbeit verlangen soll.

**Das gewerbemäßige Musikmachen** hat die königliche Eisenbahndirektion in Hannover den ihr unterstellten Beamten grundsätzlich untersagt. Zuwiderhandlungen sollen nachsichtlich disziplinarisch bestraft werden.

Wenn der neue Kriegsminister, Herr v. Gölter, den Militärkapellen den gleichen Befehl geben wollte, würde ihm das beim Zivil mehr Sympathien erwerben, als es durch sein Auftreten im Halle Bräsewich geschah.

**Ein Gewerbegericht** wird nun auch Arnstadt in Thüringen erhalten. Der Gemeinderath, der das Gericht noch vor zwei Jahren für überflüssig hielt, hat jetzt die Errichtung mit 10 gegen 8 Stimmen beschlossen. Das Hauptverdienst gebührt aber nicht ihm, sondern der zähen Beharrlichkeit der Arbeiter und der wohlwollenden Befürwortung ihres Antrages durch den Magistrat.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Södingen, 25. November.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden 8 Kandidaten der vereinigten reaktionären Parteien gewählt. Genosse Kerschbaum, der Vorsitzende des Messerschleifer-Vereins, kommt mit dem Kandidaten der vereinigten Gegner in Stichwahl. Der Wirthverein gab zu Gunsten der Milchmaschlandkandidaten den Ausschlag. Wegen grober Verhöfe gegen das Wahlgeseh wird Protest eingelegt werden.

**Einshorn, 25. November.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heute stattgefundenen Stadtverordneten-Wahlen siegten die Sozialdemokraten mit 378 und 335 Stimmen.

**Hamburg, 25. Nov. (B. S.)** Heute nahmen auch die Kesselreiniger den Streik auf, während die Erwerführer voranschreitlich noch heute Abend die Arbeit wiederlegen werden. Auf den großen Amerika-Dampfern sind Wohnungen für italienische Hülfsarbeiter eingerichtet worden. Es arbeiten 35 Schiffe mit 112 nichtstreikenden Schauerleuten und 150 auswärtigen Arbeitern. Bis jetzt streiken 6800 Mann.

**Hamburg, 25. Nov. (B. S.)** Nachdem heute früh diejenigen Arbeiter, welche gehern und vorgelesen gearbeitet hatten, sich wieder zur Arbeit eingestellt hatten, meldeten sich etwa weitere 250 Leute, so daß der Betrieb in vergrößertem Umfang aufgenommen werden konnte. Mit Ausnahme einiger Dampfer, deren Ladung aus Getreide besteht, ruht auf keinem Schiffe die Arbeit. Mehrere Coaksvorbereitungs haben in andrertheil des Umstandes, daß infolge des Streiks nicht genügend Weichschiffung vorhanden ist, Leute entlassen. Die Arbeiter der Kohlenfirma F. W. Heilmann, welche mit ihrem Arbeitgeber einen 14tägigen Kontrakt geschlossen haben, mühten heute Morgen, wie sie behaupteten, gegenwärtigenmaßen die Arbeit niederlegen. Sie erklärten, daß sie nur zwei Tage feiern wollten. Da die Arbeitgeber hierauf nicht eingingen, so haben die Leute, die im Falle eines Kontraktbruchs ihre Sparselagen bei Heilmann verlieren, bereits am Nachmittag ihre Thätigkeit wieder aufgenommen. Auch aus anderen Werken werden ähnliche Fälle gemeldet.

18 englische Arbeiter sind heute an Bord des von Grimby gelommenen Dampfers „Lutterworth“ hier eingetroffen, um Arbeit anzunehmen. Mit dem nächsten Dampfer kommt noch mehr Hülfspersonal aus England nach der Uere. Die Erwerführer haben ihren Waaren gestern ihre Forderungen gestellt, welche eine Erhöhung von 60 pCt. der bisher gezahlten Löhne betragen sollen. Da die Waare die Forderungen abgelehnt haben, dürfen auch die Erwerführer morgen sich dem Streik anschließen. (S. Privatdepesche aus Hamburg.)

**Hamburg, 25. November.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute Abend traten 3000 Erwerführer dem Streik bei.

**Paris, 25. November.** (B. S.) Der „Temps“ bespricht in einem Londoner Bericht den Streik in Hamburg und versichert, daß die englischen Schiffbesitzer dahinter stecken, (17) welche bereits früher Agitatoren nach Antwerpen gesandt. Die Belgier hätten die Ziele der Engländer richtig durchschaut und rasch und entschlossen darnach gehandelt. Alsbald hätten sich die Agitatoren nach Hamburg gewandt und dort erreicht, was sie gewollt.

**Paris, 25. Nov. (B. S.)** Die Zollkommission der Deputirtenkammer gub heute der Zuckerneuer-Gesellschaft einen Entwurf zu. Der Entwurf sieht eine Fabriksteuer für Rohzucker und raffinirten Zucker vor, die die nöthigen Mittel für die Gewährung von Ausfuhrprämien liefern soll.

## Reichstag.

182. Sitzung vom 25. November 1896. 1 Uhr.  
Am Tische des Bundesraths: Kommissarien.  
Die zweite Lesung der Novelle zur Strafprozessordnung wird fortgesetzt.

Nach § 244 des geltenden Gesetzes ist die Beweisaufnahme auf die sämtlichen vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen, sowie auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken. Von der Erhebung einzelner Beweise kann jedoch abgesehen werden, wenn die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte damit einverstanden sind.

Nach der Vorlage bestimmt das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein; die Vorschrift des geltenden Rechts soll nur noch auf die Hauptverhandlung vor dem Reichsgericht und vor den Schwurgerichten Anwendung finden. Die Kommission hat die allgemeine Vorschrift der geltenden Strafprozessordnung beibehalten, will indessen folgende Ausnahmen gestatten:

In der Hauptverhandlung vor der Strafkammer in erster Instanz kann das Gericht die Erhebung eines einzelnen Beweises ablehnen, falls es die Thatsache, welche dadurch bewiesen werden soll, einflusslos für unerheblich erachtet. Die Gründe, aus welchen die Thatsache für unerheblich erachtet wird, sind in dem Beschlusse anzugeben.

In den Verhandlungen vor den Schöffengerichten und vor den Landgerichten in der Berufungsinstanz, sofern die Verhandlung vor letzteren eine Uebertretung betrifft und auf erhobene Privatklage erfolgt, bestimmt das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein.

Abg. v. Mantuffel (L.) beantragt, den Eingang des ersten Zusatzes der Kommission wie folgt zu fassen:

„In der Hauptverhandlung vor den Landgerichten und Oberlandesgerichten.“

Abg. v. Strombeck (Z.) will die Ablehnung der Beweiserhebung auch zulassen, wenn das Gericht die Thatsache zu gunsten des Angeklagten für erwiesen erachtet.

Abg. Munkel (rs. Sp.) will den auf die Hauptverhandlung vor der Strafkammer in erster Instanz bezüglichen Kommissionsbeschluss ganz beseitigen.

Nachdem Abg. v. Strombeck (Z.) seinen Antrag kurz empfohlen hat, tritt

Abg. v. Buchta (L.) für den Antrag v. Mantuffel ein. Für den Fall, dass dieser Antrag angenommen werde, sei er auch bereit, für den Antrag v. Strombeck zu stimmen, sonst nicht. Redner bittet, doch nicht die Aussichten auf das Zustandekommen des Gesetzes ganz zu zerstören durch die Annahme von Anträgen, welche für die Regierung unannehmbar sind.

Abg. Stadthagen (Soz.): Es handelt sich hier um einen verhängnisvollen Schritt, den die Regierung vorschlägt und den selbst ein soweit rechtsstehender Mann wie der Reichsgerichtsrath Stenglein mit aller Energie bekämpft hat. Man will hier den einzigen Schutz, der den Angeklagten in der gerichtlichen Prozedur durch das Gesetz gegeben ist, die unbeschränkte Beweisaufnahme, kurzhand beseitigen, und auch die Kommissionsbeschlüsse würden, wenn sie Gerechtigkeit erlangen, für einen großen Theil der Angeklagten diese letzte Schutzwehr wegräumen. Die Ablehnung von Beweisanträgen gereicht schon heute dem Angeklagten zu immensen Schäden; lasse man die Ablehnung einzelner Beweise zu, wenn das Richterkollegium darüber einstimmig ist, so werde auch der auf unzulässige Zurückweisung von Beweisanträgen gestützte Revisionsgrund gleichfalls aus der Welt geschafft. Auch die Rechtsprechung des Reichsgerichts habe schon ihrerseits den Rechten des Angeklagten auf diesem Gebiete erheblichen Abbruch gethan. In keinem Kulturland habe man die Abschneidung des Rechts so nach als Zweck und Ziel hingestellt, als es hier in § 244 versucht sei, und das alles bloß, um den Gerichten einige Minuten Zeit zu sparen. Das Gericht könne ja eine falsche Rechtsanschauung haben und aus dieser heraus die Thatsachen, welche der Angeklagte unter Beweis stellt, für unerheblich halten; dann sei es mit dem Erfolg der Revision beim Reichsgericht sehr schlimm bestellt. Man belasse es also bei dem bestehenden Gesetz.

Abg. Schmidt-Warburg (Z.) versichert, dass ihm die Tendenz fern liegt, den Angeklagten irgendwie in der Vertretung zu beschränken. Die Gründe des Vorredners seien jedoch durchschlagend nur gegen den Antrag der Konservativen, gegen die

Kommissionsbeschlüsse aber nicht, weil die Hauptverhandlung vor der Strafkammer ja nicht vom Reichsgericht, sondern von der Berufungsinstanz nachgeprüft wird. In diesem Sinne sei auf den von der Kommission vorgeschlagenen neuen Absatz überhaupt kein besonderer Werth zu legen.

Abg. Munkel (rs. Sp.) erklärt sich gegen die Anträge Strombeck und Mantuffel. Es handle sich in diesem Paragraphen nur um das im Termin parate Beweismaterial; etwas ganz anderes sei es, wenn die Beweismittel erst herbeigeschafft werden sollen. Es sei ohnehin für den Angeklagten und den Verteidiger sehr schwer, die Ladung von Zeugen vom Gerichte zu erwirken, da sie bezüglich der genauen Bezeichnung des Beweismittels dem Staatsanwalt und den von ihm geladenen Zeugen gegenüber im Nachtheil sind. Diese Schwierigkeit für den Angeklagten noch zu vergrößern würde ein großes Unrecht sein. Mit dem Hinweis auf die Berufung sei die Sache nicht erledigt. Die Befürchtung, dass das Verfahren dazu genötigt werden könnte, Zeugen an den Pranger zu stellen, könne nicht durchschlagend sein.

Geb. Rath Lukas: Der Staatssekretär des Reichs-Justizamts ist durch eine Bundesrathssitzung verhindert, augenblicklich an der Verhandlung theilzunehmen. Ich habe Sie dringend zu bitten, die Vorlage oder doch wenigstens die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Letztere haben quantitativ und qualitativ die Vorlage erheblich abgeschwächt; ob der Bundesrath sich mit diesem Minimum begnügen wird, weiß ich nicht, halte es aber nicht für ausgeschlossen. Dagegen ist der § 244 in der Gestalt, wie er sie nach dem Antrage Munkel erhalten würde, auf keinen Fall für den Bundesrath annehmbar. Ich bitte dringend, nicht durch fortgesetzte Ablehnung der Regierungsvorläge die Klüft zwischen diesen und den Beschlüssen des Hauses so zu erweitern, dass ihre Ueberbrückung in der dritten Lesung selbst beim besten Willen nicht mehr möglich ist.

Abg. v. Buchta bleibt dabei, dass das Reichsgericht schon jetzt dazu gelangt ist, dass die Beweisaufnahme selbst in bezug auf das herbeigeschaffte Material abgelehnt werden kann, wenn die Richter über die Unerheblichkeit der behaupteten Thatsache einer Meinung sind. Dem Angeklagten sollte möglichst Spielraum gegeben werden für die Verteidigung; aber das Gericht müsse vom überflüssigen Ballast und von mißbräuchlichen Anwendungen der bestehenden Vorschriften befreit werden.

Abg. Munkel (rs. Sp.): Die Annahme der Kommissionsbeschlüsse involvirt doch mindestens die Möglichkeit einer oberflächlichen Beweisaufnahme.

Geb. Rath v. Lenthe: In einer ganzen Reihe von Prozessen ist der Versuch gemacht worden, unendliches Beweismaterial herbeizuschaffen zu keinem anderen Zweck, als die neu herbeigeschafften Personen bloßzustellen. Diesem Mißbrauch muß ein Ende gemacht werden.

Abg. Stadthagen (Soz.): Dieser letzte Grund scheint mir am wenigsten durchschlagend. Es muß doch auch mit dem Bildungsgrade der Angeklagten und auch damit gerechnet werden, dass der Angeklagte mißverstanden worden ist. In jedem Falle würde der Kommissionsbeschluss eine außerordentliche Verschärfung der Vertretungsmöglichkeit für den Angeklagten bedeuten. Es handelt sich auch nicht bloß um Kleinigkeiten, sondern um Fälle, wo Untersuchungsbehörden verhängt ist. Auch die ungerechte Untersuchungsbehörden verlängert werden können, wenn der Kommissionsvorschlag Gesetz wird.

Nach einer kurzen Erwiderung des Abg. v. Strombeck wird der Antrag v. Mantuffel gegen die Stimmen der Rechten und des Abg. v. Strombeck abgelehnt, der Antrag v. Strombeck und mit diesem entgegen dem Antrag Munkel die Kommissionsfassung angenommen.

Nach § 245 Abs 1 des bestehenden und von der Kommission nicht abgeänderten Gesetzes darf eine Beweiserhebung nicht deshalb abgelehnt werden, weil das Beweismittel oder die zu beweisende Thatsache zu spät vorgebracht seien. Die Kommission hat dem ersten Absatz eine klarere Fassung und ferner den Zusatz gegeben, d. h. dies abgelehnt werden kann, wenn nach einstimmiger Ansicht des Gerichts bloß eine Verschleppung damit beabsichtigt wird. Der 2. Absatz besagt, dass, wenn ein Zeuge oder Sachverständiger den Gegner des Antragstellers so spät namhaft gemacht oder eine zu beweisende Thatsache so spät vorgebracht worden ist, dass der Gegner zur Ermittlung keine Zeit gehabt hat, dieser bis zum Schlusse der Beweisaufnahme die Aufhebung der Hauptverhandlung beantragen kann.

Abg. Veich (rs. Sp.) befürwortet einen Antrag, im Absatz 2 den Zeugen, Sachverständigen und zu beweisenden Thatsachen die als Beweismittel zu benutzenden Urkunden hinzuzufügen.

Abg. Schmidt-Warburg tritt für die unveränderte Annahme des § 245 des bestehenden Gesetzes ein.

Ohne weitere Debatte wird dem Antrage Schmidt entsprechend beschlossen, in Absatz 1 das bestehende Gesetz in Geltung zu belassen; in Absatz 2 wird der Antrag Veich angenommen.

Nach § 248 hat die Kommission einen Zusatz beschlossen, wonach in der Hauptverhandlung bloße Mittheilungen über den Inhalt von Schriftstücken zum Zwecke der Beweisaufnahme unzulässig sind.

Entgegen dem Antrage v. Mantuffel auf Streichung wird der Zusatz von der Mehrheit aufrecht erhalten.

Die Debatte über § 268 (Ausfertigung der Urteilsgründe) wird angezettelt.

Nach § 270 des Gesetzes (Beschluss des Gerichts, sich für unzuständig zu erklären) hat dieser Beschluss die Wirkung eines das Hauptverfahren eröffnenden Beschlusses. Die Kommission will diese Vorschrift dadurch einschränken, dass der betreffende Beschluss von der Strafkammer des Landgerichts oder dem Strafamt des Ober-Landesgerichts ergangen sein muß oder ein Schöffengericht die Zuständigkeit des Landgerichts für vorläufig erachtet. Für den Fall, dass das Schöffengericht die Zuständigkeit des Schwurgerichts für begründet erachtet, hat die Kommission vorgeschlagen, dass das Schöffengericht die Akten an das Landgericht zur weiteren Beschlussfassung abzugeben und die Sache zur Aburtheilung wieder zu übernehmen hat, wenn das Landgericht dieselbe ihm zurückgibt.

Die Fassung der Kommission wird von dem Geheimrath v. Lenthe bekämpft, von dem Referenten Abg. Leuzmann verteidigt und von der Mehrheit angenommen.

In § 275 hat der Abg. v. Strombeck beantragt, dass das Urtheil mit den Gründen baldmöglichst zu den Akten zu bringen ist. (Im Gesetze heißt es jetzt: „Binnen 3 Tagen.“)

Abg. Schmidt-Warburg will die Frist auf vier Tage verlängern.

Abg. v. Buchta spricht sich für den Antrag v. Strombeck aus. § 275 wird unverändert angenommen.

Nach § 298 muß die den Geschworenen vorzulegende Hauptfrage die dem Angeklagten zur Last gelegte That nach ihren wesentlichen Merkmalen und unter Hervorhebung der zu ihrer Unterscheidung erforderlichen Umstände bezeichnen. Die Kommission hat eine veränderte Fassung vorgeschlagen, wonach die Hauptfrage alle Thatsachen enthalten muß, welche die wesentlichen Merkmale der dem Angeklagten zur Last gelegten strafbaren Handlung bilden. Bei Bezeichnung der wesentlichen Merkmale sind Rechtsbegriffe, welche nicht eine allgemeine bekannte und unbestrittene Bedeutung haben, möglichst durch sonst gleichbedeutende Ausdrücke zu ersetzen, zu deren Verständnis Rechtskenntnisse nicht erforderlich sind.

Abg. v. Buchta befürwortet einen Antrag, welcher es bei der bestehenden Vorschrift belassen will. Er bekämpft sich als Gegner der Schwurgerichte, nicht aus Prinzip, sondern aus praktischen Gründen.

Geb. Rath Lukas: Die Regierung hält es für zweckmäßig, es bei dem bestehenden Gesetz zu belassen.

Abg. Munkel tritt der Auffassung entgegen, dass er als Freund der Geschworenengerichte deshalb die Schöffengerichte als Substitution irgendwie geringer erachte.

Unter Ablehnung des Kommissionsantrages wird das bestehende Gesetz aufrecht erhalten.

Nach § 344 Abs 1 kann die Zurücknahme des Rechtsmittels sowie der Verzicht auf die Einlegung eines Rechtsmittels auch vor Ablauf der Frist zur Einlegung desselben wirksam erfolgen.

Abg. Stephan-Beuthen (Z.) befürwortet die Annahme eines Zusatzes, wonach der Verzicht bis zum Ablauf der Frist wirksam sein soll, und führt dafür eine Anzahl einzelner Fälle an, in welchen mangels dieser Einschränkung die Verurtheilten schwer benachtheiligt worden sind.

Geb. Rath v. Lenthe hält die angeführten Fälle für kaum geeignet, die beantragte Ausnahme zu rechtfertigen.

Abg. Hanhmann (Sp.) sieht dagegen an der Hand einer ganzen Reihe von ihm bekannter Fälle die vorgeschlagene Verminderung als sehr zweckmäßig an. Namentlich sei es mehrfach vorgekommen, dass sich später die Schuldlosigkeit des betreffenden Verurtheilten ergeben habe, nachdem von ihm Verzicht geleistet war auf die Einlegung des Rechtsmittels.

Abg. Günther (natl.) spricht sich gegen den Antrag aus, der nur dann dienlich wäre, wenn er sich auf die Fälle der Verurtheilung zu höheren Gefängnisstrafen beschränkte.

Abg. Stephan (Beuthen): Mein Antrag hat keineswegs die Unwirksamkeit des Verzichts zur Folge. In dieser Beziehung soll es bei dem Bestehenden bleiben.

## Kunst und Wissenschaft.

„Ueber den Van des Weltsystems“ — lautete das Thema, welches am Dienstag ein nur wenig zahlreiches Publikum nach der Urania in der Invalidenstraße geführt hatte. Während die Vorträge, welche dort über Elektrotechnik gehalten werden, stets ein volles Haus finden, so daß ihre Wiederholung sich als notwendig erwiesen hat, hatte das genannte Thema nur eine geringe Anziehungskraft ausgeübt, obwohl hier zum ersten Male einem größeren Publikum an der Hand von Experimenten die hauptsächlichsten Gründe für die Annahmen über den Weltbau und Zusammenhang vorgeführt werden sollten, welche gegenwärtig in der Wissenschaft in Geltung sind.

Der Vortrag selbst stand keineswegs auf der Höhe, jedoch die Zuhörer zum Theil schon nach dem ersten Abschnitt das Theater verlassen. Es wurden eine Reihe von Experimenten vorgeführt, die in sehr geringem inneren Zusammenhang standen und an denen verschiedene nur wenig zusammenhängende Erscheinungen der Planetenwelt veranschaulicht werden sollten. Die gewöhnlichen Beziehungen der Himmelskörper zu einander glückte dem Vortragenden, dem Astronomen Herrn Witt keineswegs immer in wünschenswerther Weise. So wies ich stark daran, ob es ihm gelungen ist, das Wesen des Foucault'schen Pendelversuches der Mehrzahl des Publikums deutlich zu machen; der Versuch selbst war ebenfalls durchaus nicht zwingend. Da Herr Witt behändig die Hand an den kleinen Klappen hatte, welche das Pendel umwerfen sollte, und diese dem Pendel immer näher rückte, so war die Drehung der Schwingungsebene nur mit einigem Wohlwollen wahrzunehmen. Ich würde es für besser halten, wenn er den ersten Versuch, in welchem das Pendel einen Lichtkegel verschiebt, fortsetzte, und bei dem zweiten Versuch die umwerfende Klappe so weit von dem Pendel entfernt aufstellte, daß ein Zweifel an der Drehung der Schwingungsebene gänzlich unmöglich ist. Freilich würde dann eine längere Zeit vergehen, bis das Umwerfen erfolgt; aber diese Zeit kann recht gut durch den Vortrag ausgefüllt werden, was jedenfalls besser ist, als daß man einige Minuten auf das Umwerfen wartet, wobei die Klappe kaum einen Augenblick in Ruhe gelassen wird.

Auch das darf nicht vorkommen, daß ein Versuch zehn bis zwanzig Mal wiederholt wird, ehe er in wünschenswerther Weise gelingt, wie es bei dem Umkreisen einer kleinen Kugel um einen Magneten der Fall war, wobei sie durch einen zweiten Magneten abgelenkt werden sollte. Die richtigen Entfernungen

und die richtige Geschwindigkeit der kleinen Kugel müssen vorher besser bestimmt sein; wenn das nicht angeht, so muß der Versuch unterbleiben, da man dem Publikum nicht zumuthen darf, auf das schließliche Gelingen desselben zu warten.

Den Gedanken, durch experimentelle Vorträge das Verständniß für die modernen Auffassungsweisen von dem Weltzusammenhang zu wecken und zu vertiefen, halten wir für einen sehr anerkenntenswerthen; hoffentlich wird auch seine Ausführung mit der Zeit eine bessere werden.

Residenztheater. Wenn auf dem Theaterzettel der Name Alexander Bisson prangt, so läuft den Stammgästen des Residenztheaters das Wasser im lächerlichen Mund zusammen. Sie erwarten eine höchst feine, aber prädelnd vorgetragen Geschichte. Der neueste Pariser Schwan „Verschwunden“, der gestern im Residenztheater zum ersten Male aufgeführt wurde, ist von Bisson und André Elyone geschrieben und brachte den Liebhabern dieses Genres eine Enttäuschung. Man vermißt darum, daß der eigentliche Verfasser der Komödie Herr Elyone sei und daß Bisson nach alten Mustern nur seinen Namen hergeliehen habe. Das ist zwar nicht schön, aber es bringt Profit.

Ein Einfall, der an sich eine hübsche Satire hätte werden können, artet in läppische und langweilige Späßmacherei aus. Ein habgieriger alter Mann nimmt vor der Zeit das Vermögen eines jüngeren Betters als Erbteil in Anspruch. Dieser Beter war auf mehrere Monate nach Tonin verreiselt und galt als verschwunden. Zwei junge Frauen, eine davon ist die Gattin des Erbverleugers, jammern um den Verschollenen, weil beide glauben, er sei ibretwegen in den Tod gegangen; um beider Gunst hatte er sich beworben. Diese Szene, die beste der Komödie, ist leicht satirisch angehaucht; roch aber wird der Spott fallen gelassen, um der plumpen Parabelnade Platz zu machen, die der plötzlich heimgekehrte Beter alle Nachse für den erbgerigen Alten angestiftet. Dieser alte wurde von einem Komiker aus Leipzig, Herrn Matbaes sehr unsein gegeben, wodurch eine wenig appetitliche Entleerungsszene, ohne die man auf den niederen Theater von Paris zur Zeit nicht auskommen kann, noch unappetitlicher. Weit diskreter und doch lebhafter dabei war Herr Lorno als junger Lebemann.

Die Wittve Bogumil Dawison ist dem „B.Z.“ zufolge vorgestern hochbetagt in Dresden gestorben. Ihr Gatte, der berühmte Hofschauspieler, ist ihr bekanntlich schon im Jahre 1872 vorangegangen. Nach seinem Tode hat die Wittve in tiefer

Zurückgezogenheit gelebt. Eine geborene Jacobi, war sie des Künstlers zweite Gattin, als Schülerin Schumann's und Mendelssohn's selbst ausübende Künstlerin und von starkem Einfluß auf den Gatten.

Melchior Lechter ist der Name eines jungen, dreißigjährigen Künstlers, der zur Zeit ungewöhnliches Aufsehen macht. Zum selbst, so scheint es, ist es weniger um Kunst als um Ruhm, als einigen Kunstschriftstellern, die es lieben, die Gentes der Zukunft aus der Taufe zu heben.

Die Werke Melchior Lechter's sind in Gurlik's Kunstkäfen ausgeföhrt. Für den Kunstfreund pflegt sonst in Berlin die Zeit vor Weihnächten herzlich wenig erheilig zu sein. Was zur Schau kommt, ist der weitaus überwiegenden Mehrheit nach leichtverfügbare Waare. Es sind Arbeiten, die den feinsten Geschmack feiner Käufer schmeicheln. Wie man von einer Weib'acht- und Geschickliteratur spricht, könnte man von einer weihnächtlichen Kunst sprechen.

Von dieser Art hebt sich nun Melchior Lechter's Werk bedeutend ab. Das allein kann indessen das ausgelegte Interesse für seine Kunst nicht erklären. Die Weise Lechter's trifft vielmehr mit einer Empfindung zusammen, die in unserer jüngsten Kunstbewegung besonders lebhaft betont wird. Wie die Idee zu einer Ausföhlung moderner Christusgemälde reifen konnte; wie Märchensymbolik, schwermüthige Träumereien den Rückschlag auf den gährenden Naturalismus bildeten; so ist es mit der weltkräftigen, zarten, ja überzärtlichen, sehnüchterfüllen Romantik Lechter's auch. Lechter stammt aus der Münsterländer Gegend. Neben dem Ausdruck derber Kraft findet man bei den Westfalen nicht selten die Neigung zu geheimnißvoller Phantasie, zum Bismären. Fermpaignische Grundton bildet die wesentliche Eigenartlichkeit von Lechter's Kunstwerken, gleichgiltig ob er in einem Glasgemälde seine materiellen Empfindungen über das Leidens- und Sehnsuchtsmotiv aus Richard Wagner's „Tristan und Isolde“ niedersetzt, oder ob er die blaue Blume Einsamkeit sucht. Es ist kein Zufall, daß Lechter und die Künstler seines Schlags zugleich zu mittelalterlichen Kunstformen zu neigen lieben. Gewiß, sie füllen diese Formen in gewissen Sinne mit modernem Lebensinhalt aus, und zu seinem „Garten der Ehe“ wählt Lechter sogar einen Ausspruch Nietzsche's als Motto oder er ringt nach einem verwandten, gemüthlichen Ausdruck für eine schwerwichtige mystische Stimmung Egoista's. Aber unausgesprochene häufige Resignation spricht aus den Werken dieser Empfindsam. Den Sturm, die Kraft der Gegenwart, was den bedeutsamsten Titel

## Kommunales.

**Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberatung der vom Magistrat beantragten Vermietung des in Treptow belegenen, als Vergnügungspark während der Gewerbe-Ausstellung benutzten Geländes hat Dienstag unter Vorsitz des Stadtverordneten Raterne und in Anwesenheit des Stadtraths Ratsmann beschlossen, die Versammlung zu empfehlen, den Antrag des Magistrats, daß das Gelände an die Radeberger Exportbierbrauerei auf die Zeit vom 1. Januar 1897 bis 1. Januar 1900 für eine jährliche Miete von 5400 M. zum Betrieb als Sportplatz vermietet werde, mit der Maßgabe zu genehmigen, daß die jährliche Miete nicht 5400 M. betragen soll, sondern auf 6000 M. erhöht werde, und mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß höchstens zwei Ausschankstätten für Spirituosen anzulegen seien.**

In der gestrigen unter Vorsitz des Stadtynbikus Weise stattgehabten Sitzung der Hochbau-Deputation wurde einstimmig beschlossen, den Gemeindebehörden zu empfehlen, die bisher im Rathhause eingerichteten Bau-Inspektionen in ihre Bezirke zu verlegen, und die von ihnen innegehabten Räume für die Bearbeitung der Hochbau-Entwürfe zu benutzen, anserdem einen Betrag von 7500 M. zur Anschaffung von architektonischen Werken in den Etat pro 1897/98 aufzunehmen und den Betrag für die Vorarbeiten der Entwürfe zu erhöhen. Durch diese Maßnahme soll eine möglichst sorgfältige Bearbeitung der Bau-Entwürfe erzielt werden.

Die städtische Schuldeputation, welche heute unter Vorsitz des Bürgermeisters Kirchner eine Sitzung abhielt, hat beschlossen, der Gemeindebehörde zu empfehlen, das Schulgeld für auswärtige Schüler in den Realschulen von gegenwärtig 80 Mark vom 1. Oktober 1897 ab auf 130 Mark jährlich zu erhöhen.

Die Armen-Zweckungs-Anstalten beginnen mit der unentgeltlichen Suppenverteilung am 1. Dezember dieses Jahres.

## lokales.

**Zunungsschmerzen.** Die Berliner Gastwirths-Zunft hat dieser Tage eine Petition an den Minister des Innern abgegeben, in der sie verlangt, daß in Zukunft Waffenselbstbesitzer zum Betriebe von Schankwirthschaften, wie sie von vielen Brauereien und z. B. auch von Herrn Aschinger ausgeübt werden, nicht mehr ertheilt werden sollen. Die Zünftler sind schlau genug, einzusehen, daß die Erfüllung ihres Herzenswunsches dem klaren Wortlaut der §§ 8a und 45 der Gewerbeordnung widersprechen würde; aber sie sind noch schlauer, sie haben eine „Kabinettsordre“ vom 7. Februar 1885 ausgegraben, nach der die Behörden sich auch von der Nützlichkeit eines zu errichtenden Schankbetriebes überzeugen sollen, und darauf stützen sie nun ihre Forderung.

Was aber gerade jetzt, wo man mit der Absicht umgeht, den Herren Zünftlern noch größere Befugnisse über ihre Begehungen einzuräumen, die Petition noch ganz besonders interessant macht, das ist folgender Satz: „Ganz abgesehen davon, daß es schon die Natur der Sache mit sich bringt, daß der Lehrling regelmäßig von Lehrherrn selbst zu erziehen und anzulernen ist, würde von einer Erziehung schon nach dem Gesetze um deswillen nicht die Rede sein können, als der § 127 dem Vertreter (Aussichtsperson, Werkführer) das Zuchtigungsrecht ab spricht.“

Die Zunungsmänner gehen also von dem allerdings richtigen Standpunkt aus, daß es einem Unternehmer, der, wie z. B. Herr Aschinger, viele Filialen hat, nicht gut möglich ist, allen seinen Lehrlingen jeden Tag höchstpersönlich die gehörige Tracht Prügel zu verabfolgen.

Wahrlich, wenn dieser durchschlagende Grund den Minister nicht überzeugt, dann ist ihm gewiß nicht zu helfen.

**Ueber „unserer Großstadt-Jugend und der freiwillige Erziehungsbeirath für schulleisende Waisen“** sprach am Dienstag Lehrer Pagel, 1. Stellvert. Vorsitzender des Erziehungsbeiraths, in einer für diesen Verein veranstalteten öffentlichen Versammlung, welche nur mäßig und fast nur von solchen Personen besucht war, die dem Verein bereits nahe stehen. Um die Erstgenennung des „Erziehungsbeiraths“ zu beweisen, schilderte P., anknüpfend an den Nord in der Mohrenstraße, der die Bevölkerung wieder einmal aufgerüttelt und eine ernste Diskussion der Frage der Jugend-erziehung hervorgerufen habe, die Verwilderung der Großstadt-Jugend, von der er jedoch zugab, daß sie keineswegs eine allgemeine sei. Damit man „dem Uebel die Wurzeln abgraben“ könne, müsse man nach den Ursachen forschen. Als solche bezeichnete P.: Das frühe Verdingen in Laufburschenstellungen, die daraus sich ergebende frühe wirthschaftliche Selbstständigkeit gegenüber den Eltern und das Schwanden der elterlichen Autorität, das Fehlen eines Anschlusses des Lehrlings an die Familie des Meisters, die durch immer weitere Arbeitstheilung in Gewerbe und Industrie hervorgerufene Verschlechterung der Lehrlingsausbildung, die Schwierigkeit, mit einseitiger Ausbildung andere Arbeit zu finden, ferner die Wohnungsverhältnisse, das Schlafstellenwesen, die Hintertreppensysteme, den massenhaften Jugak. Als „Heilmittel“ empfahl P.: die „Gesellschaft“ solle häufiger treffen, daß die Knaben und Mädchen einen ihren Fähigkeiten entsprechenden Beruf ergreifen können und die Lehrlingsausbildung verbessert wird, daß die heranwachsende Jugend eine menschenwürdige Wohn- und Schlafgelegenheit erhält, vor Verführung gesichert und zu zweckentsprechendem Genuß ihrer Ruhestunden angeleitet wird. Diese Ermahnungen hätten zur Begründung des Erziehungsbeiraths geführt, der Besserung schaffen könne, wenn er bei der Bevölkerung Unterstützung finde. Aus P.'s Ausführungen über Organisation und bisherige Leistungen des Vereins (worüber wir bereits früher wiederholt berichtet haben) ging trotz aller Lobeserhebungen deutlich hervor, daß auch der Erziehungsbeirath gegenüber den sozialen Schäden, die zur Verwahrlosung der Jugend führen, nicht mehr als ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten kann. Manche dem Erziehungsbeirath überwiesene Waisen, erzählte P., sind körperlich und geistig so weit zurück, daß sie entweder überhaupt keine Stellung finden oder doch bald wieder entlassen werden. Ein 19-jähriges Mädchen z. B. gleich einem 13-jährigen, ein 14-jähriger Junge einem 9-jährigen, — die Aerzte sagten: in Folge mangelhafter Ernährung! Wie der Erziehungsbeirath solche Zustände, in denen die wahre Wurzel des Übels zu Tage tritt, durch „freie Liebesthätigkeit“ — denn der „Gesellschaft“ diese Aufgabe im Ernst zumuthen, fällt diesen Leuten natürlich nicht ein — beseitigen will, das möchten wir wohl wissen. In der spärlichen Diskussion betonte Landgerichtsrath Felsch (Vorsitzender des Vereins) zum so und so vielen Male, man wolle „die sozialen Gegensätze immer mehr überbrücken“ und „den unteren Klassen beibringen, daß die oberen gern etwas für sie thun“. Das wird für viele Freunde und Gönner des Erziehungsbeiraths wohl der wichtigste, wenn nicht einzige Grund der Theilnahme sein.

**Der Arbeitsausfluß der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896** versendet an die Garantiefondszeichner ein Rundschreiben, wodurch sie zur Zahlung von zunächst 30 pCt. der gezeichneten Beträge aufgefordert werden. In dem betreffenden Schreiben heißt es: „Nachdem das Werk, dessen Grundlagern Sie in scendiger Opferwilligkeit mit gewährt haben, seine Endschicht erreicht, sind wir zu unserem aufrichtigen Bedauern genöthigt, auf brieflichem Wege zu wiederholen, was wir bereits anlässlich der Schlussfeier der Ausstellung ausgesprochen mußten, daß die finanziellen Ergebnisse den sonstigen großen Erfolgen unseres Werkes nachstehen und daß der Garantiefonds nicht un-

beansprucht bleibt. Der geschäftsführende Ausschuss hat demgemäß in seiner Sitzung vom 10. d. M. beschlossen, zur nähernden Begleichung des Fehlbetrages eine Quote von 30 pCt. von den Herren Garantiefondszeichnern einzuziehen.“ Sobald die Schlussrechnung feststeht, wird sie den Garantiefondszeichnern zu gehen. Dieses dürfte erst in gemäßer Zeit erfolgen, da sich die Höhe der Kosten der sehr beträchtlichen Abbrucharbeiten der Bauten und der Wiederherstellung des Parks zur Zeit noch nicht genügend übersehen läßt.

An den Wassern Babels sizen jetzt die Gewerbe-Ausstellungs-Interessenten und klagen über die Summen, die ihnen bei den Bauten im Treptower Park „verloren“ gegangen sind. So wird vom Theater Alt-Berlin patriotisch-blumenreichen Angedenkens berichtet, daß es 240 000 Mark gelostet habe und für 8800 Mark auf Abbruch verkauft worden sei. Die Bauarbeiten für die Sonderausstellung Alt-Berlin erforderten, wie berichtet wird, 260 000 Mark, verkauft wurden die sämtlichen Gebäude dieser Ausstellung für 11 000 Mark. Der Pavillon der Zwölf-Apostel-Uhr, welcher für 1000 Mark verkauft worden ist, brachte dem Besitzer einen „Verlust“ von 5000 M. Das riesige Zeltgebäude, das Theater „Neu-Berlin“, welches 60 000 M. Kostenaufwand erforderte, wurde für 14 000 M. nach Holland verkauft. Von zwölf Gebäuden, die unverkauft bereits niedergegriffen wurden und deren Aufbau zusammen 410 000 M. verursachte, konnten nur Balken und Bretterlagen Verwendung finden, die, soweit bisher überflüssig, eine Gesamteinnahme von ca. 10 000 M. ergeben. Weitere dreißig Gebäude, welche noch als veräußlich auf dem Ausstellungs-Gelände stehen und abgerissen werden müssen, repräsentiren ein Aufwandskapital von über eine halbe Million Mark. Bei dieser Berechnung sind die großen Baulichkeiten, wie das Hauptrestaurant u. s. w. ausgeschlossen, die an und für sich einen Kostenaufwand von 100 000 bis 300 000 M. erforderten.

Wenn die von einem Berichterstatter mitgetheilten Zahlen stimmen, so liegt vielfach gar kein besonderer Grund zu Klagen vor; von einigen Baulichkeiten läßt sich sogar sagen, daß sie relativ recht gut an den Mann gebracht worden sind. Man hat doch aus den Gebäuden Pachtsummen herausgeschlagen, die zum Theil eine geradezu unmensliche Höhe erreicht haben, ganz abgesehen von den Hunderttausenden, welche Leute, wie Wilson und Dressel als „Restaurationspacht“ eingehemst haben.

**Tiefe Verkümmung über die Geschäftspraxis der Packerfahrt-Gesellschaft** herrscht unter den Inhabern aller ihrer Annahmestellen. Vor einiger Zeit hatte die Direktion den Annahmestellen ein Rundschreiben zugehen lassen, welches besagte, daß die Gesellschaft beabsichtige, ihren Filialinhabern einen größeren materiellen Nutzen als bisher zukommen zu lassen, und ihnen daher die Briefmarken mit 50 pCt. Provision anbiete, während sie bisher nur 10 pCt. bezogen. Bedingung war sofortige Baarzahlung und Entnahme von Briefmarken im Mindestbetrage von 100 Mark, wofür 50 Mark zu entrichten waren. Die Inhaber der Annahmestellen machten nun sehr große Bestellungen, erhielten jedoch die Marken erst nach geraumer Zeit und müssen nun einsehen, daß sie ein schlechtes Geschäft gemacht haben, denn die in dem Rundschreiben empfohlene Propaganda bei Bekannten und in der Nähe wohnenden Geschäftsleuten stellt sich als völlig ergebnislos heraus, weil die Gesellschaft selbst schon an alle Geschäftsleute herantreten war und ihnen Marken zu einem Preise verkauft hat, mit dem die Annahmestellen nicht konkurriren können, ohne den Gewinn, den sie durch die neue Einrichtung erhofften, wieder einzubüßen. Sie haben also lediglich dazu gedient, der Gesellschaft große Summen baaren Geldes zuzuführen, das ihnen selbst in ihrem Geschäftsbetrieb fehlen kann, zumal da unter den obwaltenden Verhältnissen und durch die Konkurrenz der verschiedenen Privatposten der Markenverkauf eher erschwert als erleichtert worden ist. — So schreiben entrüstet einige Berliner Blätter. Als die Direktion der Packerfahrt-Gesellschaft im Juni dieses Jahres frivol ihr Ehrenwort gebrochen und dem feierlich vor dem Gewerbegericht abgegebenen Versprechen zum Troh eine große Anzahl ihrer Annahmestellen gemahregelt hatte, fanden dieselben Blätter solche schamliche That des modernen deutschen Geschäftsgeistes vollkommen in der Ordnung.

**Schufs Stellungnahme zum Lehrer-Besoldungsgesetze** tritt am nächsten Sonnabend Nachmittag im hiesigen Rathhause der Vorstand des Allgemeinen Preussischen Städtetages unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Jelle zusammen. Es handelt sich dabei um eine Beratung und Abänderung der bezüglichen Petition, welche dem preussischen Städtetage schon bei seiner ersten Tagung vorlag. Den abgeänderten Entwurf wird Oberbürgermeister Beder-Köln, welcher auch das Referat in dieser Angelegenheit übernommen hat, dem Vorstande zur Genehmigung unterbreiten.

**Ueber die Zustände auf der Packer-Annahme des Postamtes 25**, über welche wir erst vor einigen Tagen berichteten, ist bei dem Postvorsteher eine Beschwerde eingelaufen. Die Postbehörde geht jetzt gegen die Hausdiener mit großer Schärfe vor. Dienstag Abend wurde einer derselben, der es versuchte, das Herablassen der Postkassette zu verhindern, festgenommen; beduht Anzeige wegen Hausfriedensbruchs ließ man seine Personalien feststellen.

**Uns wird geschrieben:** Die von der Firma Siemens u. Halske betriebene elektrische Straßenbahn Behrenstraße-Treptow hat trotz der lebhaftesten Klagen von Seiten des fahrenden Publikums immer noch keine Verbesserungen getroffen, die das Publikum wenigstens einigermaßen gegen Kälte und Zug schügen. Es wäre doch, wenn etwas guter Wille vorhanden, sehr leicht möglich, die kalten Bänke der Wagen mit Sippolster zu versehen, wie dies die Große Berliner Pferdebahn bereits schon seit Anfang dieses Monats gethan hat, damit die Fahrgäste in der jetzigen kalten Jahreszeit doch nicht allzu leicht Erfältungen ausgeht sind.

**Auf der Flucht** ist gestern der 12-jährige Sohn des in der Höchststraße wohnenden Arbeiters P. schwer verunglückt. Der Knabe hatte mit zwei Altersgenossen in der Höchststraße gespielt und die drei bemerkten dortselbst eine Droschke, welche unbeaufsichtigt war und stahlen von derselben die Peitsche. In diesem Augenblick kam der Droschkenkutscher hinzu und nahm die Verfolgung der jugendlichen Räuber auf. Im Knaben flüchteten nach dem Boden des Hauses Höchststraße 18, wo der Kutscher den einen, den Sohn des Kaufmanns K., festhielt und festhielt; der zweite Knabe, der erwähnte P., kletterte auf das Dach und setzte die Flucht über die Dächer der Nachbarhäuser der Höchststraße fort bis in die Wälschingsstraße hinein. Nachdem er hier nicht mehr weiter konnte, ver suchte der Kleine, sich an der Regenrinne auf die Straße hinabzulassen; in der Höhe der dritten Etage verließen ihn jedoch die Kräfte, und der unbesonnene Flüchtlings stürzte in die Tiefe. Am Hause stand ein Waschloß, den ein junges Mädchen für ionige Augenblicke abgeseht hatte, und in diesen fiel der kleine Bürsche hinein, wodurch die Wucht des Falles wesentlich gemildert wurde. Trotzdem aber erlitt der Knabe erhebliche, stark blutende Verletzungen im Gesicht, konnte sich jedoch noch alle nach der elterlichen Wohnung begeben. Dem Kutscher ist die Peitsche, welche die Knaben zerschritten, um sie als Spielzeug zu benutzen, von den Eltern des K. ericht worden, in Folge dessen er von einer Anzeige bei der Polizei Abstand genommen hat.

**Rache muß sein.** Die Bäckermeister wollen aus Kerger über die sie betreffende Bundesrathsverordnung ihren Kunden die übliche Weihnachtsbesende vorenthalten. Wenigstens berichten einige Blätter so.

**Der Heiligthum.** Herr Hermann Wiesner, Wriezenerstr. 4, theilt uns zu dem Selbstmordfall der Wittwe Stenholz mit, daß

Preussischer Justizminister Schönstedt: Es ist doch ein Widerspruch in sich selbst, wenn in einem Urtheil erklärt wird, der Verzicht kann wirksam erklärt werden, aber die Erklärung kann widerrufen werden. Die Gerichte kommen dadurch in der That in Verlegenheit. Ich würde es für richtiger halten, daß die Unteruchungsbefugnisse, welche nach Erlass des Urtheils noch verblüht sind, in diesen Fällen auf die Strafe angerechnet wird.

**Abg. Stadthagen** wird trotz dieser Ausführungen dem Antrag Stephan zustimmen. Schon jetzt könne der gesetzliche Vertreter Rechtsmittel einlegen, mag der Verzicht ausgesprochen sein oder nicht; auch sei in diesen Fällen die Strafvollstreckung völlig ordnungsmäßig geregelt. Ob es nicht überhaupt gerechtfertigt sei, unter allen Umständen die Untersuchungsfrist anzurechnen, schon um die Revision zu beschleunigen, sei später zu erörtern.

**Abg. Leuzmann** empfiehlt den Antrag Stephan als außerordentlich zweckmäßig. Es stehe fest, daß den Verurtheilten die Reue, Rechtsmittel einzulegen, auf alle Weise leid gemacht würde, da man in den Kreisen der Richter die Verurteilung nicht wünsche.

**Abg. Schmidt-Barburg:** Für den Antrag stimme ich auch, aber darauf allein können wir uns nicht beschränken; die Sache liegt voller Kontroverse und wird bis zur dritten Lesung reichlich überlegt werden müssen.

Der Antrag Stephan wird angenommen und § 344 dementsprechend geändert.

Zu § 352 beantragt **Abg. v. Strombeck** folgende Fassung des Absatzes 1: Beschlüsse, welche von den Landgerichten in der Besondereinstanz erlassen sind, können, insofern sie Verhaftung oder die Unterbringung in einer öffentlichen Irrenanstalt betreffen, durch weitere Beschwerde angefochten werden. (Die gesperrten Worte sind ein Zusatz zu dem bisherigen Wortlaut.)

Ohne Debatte wird dieser Antrag und mit ihm § 352 angenommen.

In § 354 wird die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern dem bestehenden Gesetze eingefügt. Dem § 354 will ein Antrag **Beck-Munkel** folgenden weiteren Zusatz geben:

„Die zum Nachtheil des Angeklagten eingelegte Berufung gegen ein Urtheil der Strafkammer kann nur auf Aufhebung neuer Thatfachen oder darauf gestützt werden, daß das Urtheil auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Das Gesetz ist verlegt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet ist.“

Eventuell will **Abg. Beck** dem § 354 hinzufügen: „Jedoch mit Ausnahme des Falles, wenn ein Angeklagter einstimmig freigesprochen worden ist.“

**Abg. Daubmann:** Gegen den Antrag Beck-Munkel hat Redner hinsichtlich seiner Zweckmäßigkeit Bedenken, wenn er ihn auch als logisch begründet anerkennen muß.

**Abg. Munkel** bittet um Annahme seines Antrages.

**Geb. Rath v. Lenthe:** Die Staatsanwaltschaft darf in der Verfolgung dieses Rechtsmittels in keiner Weise beschränkt werden, denn die Rechtsmittel stehen nach der geltenden Strafprozess-Ordnung ohne Ausnahme beiden Theilen gleichmäßig zu.

**Abg. Beck:** Der sächsische General-Staatsanwalt Schwarze hat seiner Zeit auf dem Juristentage von 1887 den Antrag unterstügt, daß der Staatsanwaltschaft das Recht der Berufung gegen die Urtheile der Kollegialgerichte nicht gestattet sein solle, und zwar zu einer Zeit, als die Berufung noch zu Recht bestand. Mit gewissen Einschränkungen ist der Antrag damals vom Juristentage angenommen worden. Dieser Antrag bewegt sich auf derselben Linie.

**Geb. Rath Lukas:** Das Rechtsmittel der Berufung muß dem ganzen Strafprozeß gleichgeartet sein; der Antrag würde aber zwei Arten von Berufung schaffen, eine gegen die Urtheile der Schöffengerichte, eine andere gegen die Urtheile der Strafkammern.

Beide Anträge werden abgelehnt, § 354 in der Kommissionsfassung angenommen, desgleichen der vorher zurückgestellte, hiermit im Zusammenhang stehende § 268, ebenso die Paragraphen bis 363 inklusive.

Darauf vertagt sich das Haus. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Unterplationen Auer, Justizgesetznovelle.)

unserer Epoche ausmachen wird, wehren sie ängstlich vor sich ab. Selbst wennlechter landschaftliche Frühlings-eindrücke malt und nicht Traumgebilde, Märchenhaute oder ein mysteriöses Adagio darstellt, so schwebt über ihnen zittige Melancholie. Nirgend ein zukunftsreiches Bekenntnis, kein Aufschauen und kein jomiger Ausschrei; überall ungefüllte Sehnsucht, Trostbedürfnis und Grabelei über das Wort, daß der Kreaturen Wollust mit Bitterkeit gemengt sei.

So werthvolle Anregungen diese sensible Kunst giebt, sie ist in all' ihrer Sensibilität doch mehr ein Merkmal für überreiztes Gemüthsleben, als eine Bürgschaft für zukünftige Größe und Genialität. Wie sie aus Bänglichkeit und Schwachemomenten, die der Ueberspannung folgen, hervorgegangen ist, so wird sie schwerlich eine weitere Welt sich erobern und ein dauerndes Denkmal unserer Kultur-Epoche werden. Man hat in einzelnen Bildern Lechters' verwandte Anklänge an Böcklin studen wollen. Man sollte doch den farbenfrohen, großen Heiden nicht zu einem Vergleich heranziehen, der zu nichts führen kann. Gewiß, auch weilsichtige Stimmungen können zu künstlerischer Erhabenheit führen. Schwerlich wird ihren Hauch verspüren, wer an die mystischen Kunststücke der Neuesten herangeht, ohne zuvor sich selbst überreizt zu haben.

„**Kaiser und Gallier**“ von J. H. S. in einer fünf-aktigen Bearbeitung von Leopold Adler am 5. Dezember am Leipziger Stadttheater in Szene gehen.

**Geurik Jbsen's neues Drama** heißt „John Gabriel Borkman“ und wird, wie man der „Zeit“ aus Dänemark berichtet, in der ersten Hälfte des Dezembers bei Gyldenral in Kopenhagen erscheinen. Gleichzeitig mit der Original-Ausgabe, die in einer Auflage von 12 000 Exemplaren gedruckt wird, erscheinen deutsche, englische, französische und russische Uebersetzungen.

Das moderne Verfrömmungsbestreben erhält eine drastische Beleuchtung durch das für den Vastag erfolgte Verbot der Aufführung von Lessing's „Nathan“, das der weimarische Kultusminister für das Theater in Weimar ausgesprochen hat.

Die zweite japanische Universität soll bestimmt am 1. April des nächsten Jahres in der alten Landeshauptstadt Kyoto eröffnet werden. Sie wird anfänglich nach einander die drei Fakultäten Ko-Ka (für Technik), Ho-Ka (für Jura) und I-Ka (für Medizin), später nach und nach die drei anderen Fakultäten Mi-Ka (für Naturwissenschaften), No-Ka (für Land- und Forstwirtschaft) und Bun-Ka (für Literatur) erhalten. Der neue Unterrichtsminister Marquis Schigeaki Matsushita wird vom japanischen Parlament die nöthigen Mittel für das erste Lehrjahr fordern.

Zu Schiller-Theater ist für nächsten Sonntag, den 29. d. M., Nachmittags 1 Uhr „Götter und Geistesgenossen“, abends 8 Uhr das „Wunder der Welt“, ein Scherz vom Wege“ angelegt. Geizt findet eine Wiederholung von „Demetrius“ statt.

Im Friedrich-Wilhelms-Bühnen-Theater ist das Wahspiel der kaiserlichen Operngesellschaft auf den 26. November verschoben worden.

Im Alexanderplatz-Theater muß das Stück „Kantens' Reife nach dem Nordpol“ wegen Erkrankung des Herrn Epstein vom Repertoir abgesetzt werden. Es gelangt daher „Ohne Mittelmännchen Galt“, Szenenbild aus dem Berliner Hof in 4 Akten von Wilhelm Friedebach, zur Aufführung. Die Bänke zu Kantens' Reife nach dem Nordpol“ behaltten auch zu „Ohne Mittelmännchen Galt“ ihre Gültigkeit.

Das Volks-Theater in der Reichensbergerstraße bleibt am Freitag wegen der Vorbereitungen zu den Weihnachtsmärchen, die am Sonnabend zurest aufgeführt werden, geschlossen.

er infolge ungenauer Meldung nicht am Thatoort zur Hilfeleistung erschienen sei; hätte er in der Nacht, als der traurige Vorfall geschah, eine Ahnung von der Furchtbarkeit der That gehabt, so wäre er auch am Plage gewesen.

**Geltungsdauer der Rückfahrkarten**, anlässlich des Weihnachtsestes. Beschuss Erleichterung des Verkehrs wird im Verkehr der preussischen Staatsbahnen und im direkten Verkehr mit anderen die gleiche Bestimmung aufnehmenden Bahnen die Geltungsdauer der am 22. Dezember d. J. und den folgenden Tagen gelassenen gewöhnlichen Rückfahrkarten von sonst kürzerer Geltungsdauer bis zum 6. Januar 1897 einschließlich verlängert. Die Rückfahrt muss zur Wahrung der Frist nach der allgemeinen Vorschrift der Staatsbahnen am 6. Januar 1897 angetreten sein. Die Eisenbahndirektions-Präsidenten sind in ihrer Eigenschaft als königliche Eisenbahnkommissare von dem Minister der öffentlichen Arbeiten ermächtigt worden, den Verwaltungen der ihnen unterstellten Privatbahnen die Einführung der gleichen Verkehrsvereinfachung zu gewähren.

**An der Petrikirche** sind jetzt Kohlegeier mit der Begung eines neuen Wasserrohrs beschäftigt. Bei der Ausschachtung sind sie dem eisernen Gitter, das die Kirche umgibt, zu nahe gekommen und an der Scharnstraße ist das Gitter wegen ungenügender Absteifung in ziemlicher Ausdehnung plötzlich zusammengebrochen. Zum Glück ist niemand bei dem Unfall zu Schaden gekommen.

**Ein neuer Unglücksfall in der Maschinenfabrik „Cyllo“.** Vorgehen berichtet über ein betrübendes Ereignis, von dem der Arbeiter Rudolf Ebert am 21. November in dieser Fabrik betroffen wurde. Gestern früh 9 Uhr ereignete sich abermals ein recht schwerer Unglücksfall dadurch, dass der 62 Jahre alte Hobler August Seelenbrand mit dem rechten Arm in die Maschine geriet. Der Verunglückte wurde in die Klinik des Herrn Dr. Wolf, Am Circus 9, geschafft, wo ihm der Arm sofort amputiert werden musste. Seelenbrand, der bereits 24 Jahre in der Fabrik beschäftigt ist, hatte schon vor einigen Tagen das Malheur, mit einer Leiter zusammenzubrechen, als er an der Transmission beschäftigt war; er kam aber ohne Schaden zu nehmen davon. Die Leiter ist jetzt selbstverständlich durch eine neue ersetzt worden. — Werden die Arbeiter aus den entsetzlichen Vorfällen der letzten Tage endlich eine Lehre ziehen?

**Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt** worden ist die Leiche des 66 Jahre alten Obsthändlers Ludwig Herms aus der Lindenstr. 24. Herms, der einen Straßenhandel betrieb und in der letzten Zeit wegen Verstoßes gegen die handelspolizeilichen Bestimmungen mit ungefähr zwanzig Strafen belegt worden war, wurde von der Polizei jeden Tag gesucht, aber wiederholt schon morgens früh nicht mehr zu Hause angetroffen. Als man auch gestern, Mittwoch, Morgen wieder kam, um ihn zur Verbüßung der Strafen abzuholen, fand man die Thür des Zimmerchens, das er vom Wirth gemietet, abermals verschlossen. Da man Herms seit einigen Tagen nicht mehr gesehen hatte, ließ man die Thür vom Wirth öffnen und fand den Alten neben einem Eimer als Leiche im Zimmer liegen. Ob er einem Herzschlage erlegen ist oder sich selbst getödtet hat, konnte der zugezogene Arzt nicht feststellen. Die Leiche wurde um 12 Uhr mittags nach dem Schauhaufe abgeholt.

**Verstorbene** ist seit Sonntag Abend die 16jährige Tochter Ida des Gastwirths Köppe aus der Markgrafenstr. 4. Das Mädchen hat abends heimlich die elterliche Wohnung verlassen und über seinen Verbleib nichts mitgetheilt.

**Durch sechs Messerstücke** hat sich gestern auf dem Flur eines Hauses in der Markgrafenstr. der 38 Jahre alte Schraubendreher Karl Fiedler, nachdem er seine in demselben Hause in einer Fabrik beschäftigte, von ihm getrennt lebende Ehefrau aufgesucht hatte, in der Trunkenheit so schwer verletzt, daß er bald darauf in der Unfallstation VIII starb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

**Aus dem Polizeibericht vom 23. November.** Dienstag Nachmittag geriet an der Ecke der Friedrichs- und Leipzigerstraße die 64 Jahre alte Wittwe P. unter die Räder eines Postwagens und erlitt einen Bruch des rechten Unterschenkels. Sie wurde in ihre Wohnung in der Claudiusstraße gebracht. — Beim Spielen des nachmittags der siebenjährigen Sohn des Postamentiers Dackstein in der Hochmeisterstraße gegen einen Omnibus der Linie Danzigerstraße — Anhalter Bahnhof, geriet unter die Räder und trug schwere innere Verletzungen davon. — Abends wurde der 11 jährige Sohn des Mariusstr. 26 wohnhaften Stickers Otto Schulz auf der Treppe des Hauses Alexanderstraße 86 a blutüberströmt und bewußtlos aufgefunden und in einer Drochke nach der Unfallstation X gebracht, wo der Arzt einen schweren Schädelbruch feststellte und die Ueberführung des Knaben nach dem Krankenhanse am Friedrichehan anordnete. Der Knabe, welcher einem in dem Hause wohnhaften Blinden bei seinen Ausgängen als Führer diene, hatte die Gewohnheit, auf dem Heimwege auf dem Treppengeländer hinabzugleiten, und ist dabei vermuthlich abgestürzt.

### Aus den Nachbarorten.

**Aus Spandau** berichtet der „N. f. d. S.“: Von zwei Kartoffeldieben wurde gestern auf dem freien Felde bei den Weinbergen der Feldhüter Brandel angegriffen und von dem einen mit einem Spaten zu Boden geschlagen. Der Feldhüter blieb schwer verletzt liegen und die beiden Diebe setzten ihren Weg nach Spandau fort. Gleich darauf kam der Wiesenmeister Hofe mit seinem Wagen hinzu und verfolgte die Diebe, die nunmehr eilig davonlaufen versuchten; auch polizeiliche Hilfe war inzwischen geholt worden. Der eine der beiden Diebe, namens Böhmle, wurde verhaftet, der andere, Strupacz, der vorher den Feldhüter niedergeschlagen hatte, zog sein Messer und schlug damit wild um sich, so daß ihm niemand nahe zu kommen vermochte. Es gelang ihm, sich nach der Stadt zu flüchten, wo er später ebenfalls festgenommen wurde.

### Gerihts-Beitung.

„Lieber den Tod als das Zuchthaus!“ hat gestern flehentlich der Arbeiter Lohsig, der vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Wegen einer Reihe im wiederholten Mafstahl verübter Einbruchsdiebstähle war Lustig seinerzeit zur höchsten zulässigen Strafe von 15 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Nachträglich war noch ein weiterer Einbruchsdiebstahl zur Kenntniss der Anklagebehörde gelangt. Der Staatsanwalt beantragte wegen dieses Falles noch 3 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte dahin, daß der Angeklagte nicht mehr höher bestraft werden könne, da er bereits das Höchstmafs erreicht habe. Der Verurtheilte stellte nunmehr allen Ernstes den Antrag, daß die Zuchthausstrafe in Todesstrafe umgewandelt werden möchte; sollte das nicht geschehen, so möchte er sich selbst das Leben nehmen, denn die über ihn verhängte Strafe könne er doch nicht aushalten.“ Der Gerichtshof übergab diesen Wunsch des Angeklagten mit Stillschweigen.

**Justiz-Kanzlist contra Justiz-Fiskus.** Von einem Justiz-Kanzlisten ist gegen den preussischen Justiz-Fiskus ein Proceß angestrengt worden, in welchem am 13. Januar n. J. Verhandlungstermin vor dem Igl. Landgericht I ansteht und dessen Ausgang in betheiligten Kreisen mit Spannung erwartet wird.

Die Klage gründet sich auf die Kabinetts-Ordre vom 8. Dezember 1893, welche das zu liefernde Tagespensum auf 32 Seiten festsetzt und die über dies Pensum gelieferte Schreibarbeit besonders zu entschädigen anordnet. Die bis zum 1. April 1895 in kraft gewesenen Kanzlistreglements forderten auch nur ein wöchentlich zu lieferndes Arbeitspensum von 32 Seiten, während die neue Kanzlist-Ordnung vom

1. April 1895 ab das zu liefernde Arbeitspensum um 4 Seiten pro Tag erhöht und bei Formulararbeit am Monatschluß einen Abzug von einem Viertel vorschreibt. Hierdurch sind nun die Kanzlistbeamten, welche vorwiegend mit Formulararbeit beschäftigt werden, verpflichtet, wöchentlich 48 Seiten Schreibarbeit zu liefern, um am Monatschluß das Gesamtpensum von 32 Seiten pro Tag zu haben und um nicht zur Bezahlung von 8 Pf. pro Seite für das daran Fehlende herangezogen zu werden, wie dies bereits mehrfach vorgekommen ist.

Der Kläger fordert nun Bezahlung des über 32 Seiten pro Tag gelieferten Schreibwerks und des im Jahre 1895/96 gebachten Abzuges von einem Viertel, zusammen in Höhe von 452 M.

Der Polizeiwachmeister Wilhelm Hartke wurde am 29. Juli 1896 von Landgericht Berlin I wegen Unterschlagung im Amte zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt, auch wurde seine Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes für die Dauer von zwei Jahren ausgesprochen. Der Strafreiniger Wilhelm Dvnde übergab dem Angeklagten eines Tages 40 M., den Rest von 67 M., die ihm sein Bruder Hermann Dvnde seinerzeit zur Aufbewahrung übergeben hatte, da das Geld vermuthlich von dem Diebstahle herrühre, wegen dessen letzterer verhaftet sei. Dies Geld unterschlug der Angeklagte. Seine Revision ist am Dienstag vom Reichsgericht verworfen worden.

**Noch einmal der Kottbuser Streik vor Gericht.** Aus Kottbus wird uns vom 24. November berichtet: Als der Tuchmacherstreik sein Ende erreichte, wurden in den Kreisen der Textilarbeiter Stimmen laut, welche den Leitern des Streiks aus der hiesigen Filiale des Verbandes der Textilarbeiter Vorwürfe bewegen machten, weil aus dem anfänglich partiellen Streik sich ein allgemeiner gestaltet hatte. Ferner wurden die Führer wegen ihres Verhaltens während der Bewegung verächtigt. Diesen Angriffen trat ein Flugblatt entgegen, das der Vorsteher der hiesigen Filiale des Verbandes der Textilarbeiter, Ulrich, verfaßt hatte. In dem Flugblatt war folgender Passus enthalten:

Wir kommen jetzt zum schwersten Vorwurf, den wir der Kottbuser Textilarbeiterschaft nicht vorenthalten können und wollen; nämlich den, daß sie sich nicht überlegt hat, daß so ein Kampf einem Jeden schwere Opfer auferlegt, und daß die Unterstüßung weit hinter dem gewöhnlichen Wochenlohn zurückbleiben mußte, außer dem der Härtere- und sonstigen Stundenarbeiter. Jetzt hört man vielfach von unüberlegten und unverständigen Kollegen und Kolleginnen die Redensart, man hätte sie nicht aus den Fabriken herausholen sollen. Ja, waren es denn nicht in der Hauptsache die Fabrikanten und in allererster Linie die im Fabrikantenring dominirenden Großfabrikanten selbst, welche den Streik wollten, um verschiedenen kleinen Fabrikanten das Lebenslicht auszublafen? Nun, einige sind über'n Stod gesprungen, andere werden folgen.

Jetzt heißt es: Alle müssen in den Verband eintreten, daß wir der festgesetzten Fabrikanten-Organisation eine noch stärkere und festere Arbeiter-Organisation entgegenstellen können, und vor allen Dingen, rüftet Euch zu späteren Kämpfen und schafft einen Streikfonds.

Der Sach von den Fabrikanten und den in dem Fabrikantenring dominirenden Großfabrikanten gestiel letzten nicht und 37 an der Zahl, jüdisch und christlich geriebt wohl in christlicher Nächstenliebe, stellten gegen Ulrich den Strafantrag, welcher zur Folge hatte, daß derselbe, obwohl noch niemals bestraft, wegen Verleumdung der Großfabrikanten zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt wurde. Das Schöffengericht, das den Angeklagten verurtheilt hat, nahm an, die Verleumdung läge darin, daß den Fabrikanten der Vorwurf gemacht wurde, durch unehrenhafte Mittel eine Bereicherung angestrebt zu haben, und demnach die Strafe deswegen so hoch, weil durch den Vorwurf das Ansehen der Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber schwer verletzt worden sei.

Gegen das Urtheil legte Rechtsanwalt Freudenthal, Berlin in Berufung ein und die Sache kam vor die Strafkammer zur Verhandlung. Der Angeklagte gab zu, der Verfasser des Flugblatts zu sein, er habe dasselbe in Burgstädt drucken lassen, nach Einreichung des Pflichtexemplars habe ihn der Polizeiuspекtor rufen lassen und ihm eröffnet, das Flugblatt nicht zu verbreiten, da dasselbe beleidigenden Inhalts sei. Das Flugblatt sei jedoch ohne seinen Willen zur Verbreitung gekommen. Rechtsanwalt Freudenthal führte aus: Was der Angeklagte vorgebracht, sei zunächst für die Entscheidung bedeutungslos, denn mit der Kenntnissnahme des Flugblatts durch den Polizeiuspекtor sei die Verleumdung vollendet gewesen; wenn dasselbe ohne den Willen des Angeklagten weiter verbreitet sei, so könne dieses höchstens auf die Höhe der Strafe wirken. Aber zu der Frage des Ausmaßes der Strafe brauche man keine Stellung zu nehmen, denn vor einer Verurtheilung sei der Angeklagte durch § 168 des Strafgesetzbuchs geschützt, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Er habe sich und seine Genossen gegen ungebührliche Angriffe schützen wollen; wenn er zur Durchführung dieses seines Interesses eine beleidigende Thatsache behauptet hat, so ist dieses straflos. Der Fall, daß eine Absicht zu beleidigen, aus der Form oder den Umständen, unter welchen die Verleumdung geschah, hergeleitet werden könne und daß deswegen dann Strafe eintrete, liege nicht vor, denn die vom Angeklagten gemachten Versicherungen seien in ihrer individuellen Gestaltung vollständig belanglos; die Form enthalte nicht die geringste Anstöße, um eine beleidigende Absicht anzunehmen, und begleitende Umstände, welche für dieses Absicht sprechen, läge gar nicht vor. Der Gerichtshof schloß sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Freudenthal an und sprach Ulrich frei.

**Abermals ist ein königlicher Schuhmann wegen Ueber-schreitung seiner Amtsbefugnisse resp. Körperverletzung verurtheilt** worden. In Danzig hat der Schuhmann Ferdinand Pöschmann einen dortigen Einwohner namens Riß auf der Straße und im Nachhause brutal mißhandelt. Bei dieser Gelegenheit hat der Angeklagte, wie sich in der am 20. November stattgehabten Gerichtsverhandlung bekundet wurde, einem Destillateur zugerufen: „Sie kenne ich, Sie sind Gastwirth, Ihnen werden wir schon zeigen, auf Sie werden wir in Zukunft ein doppeltes Auge haben.“ Der geprügelte Junge Riß bekundete unter seinem Eide, daß man ihn auf der Woche in unerhörter Weise chikanirt habe. Der Schuhmann Pöschmann habe ihm wiederholt zugerufen, er solle sein Maul halten, sonst werde er ihm den Schädel spalten. — Schließlich mußte er immer um Erlaubnis bitten, wenn er sprechen wollte. Obwohl er seit 10 Jahren ein und dieselbe Wohnung inne hat und erst wenige Tage vorher seinen Namen im Adresskalender gelesen habe, hätte der Beamte erklärt, er könne denselben nicht finden und deshalb sei er schließlich nach dem Unterschmittelskum gebracht worden. Der Schuhmann Bajort habe die Ueberführung besorgt. Im Abgehen habe Pöschmann dem Kameraden zugerufen: „Wenn er unterwegs noch einmal spricht, spalte ich ihm den Schädel entzwei.“ — Fort habe er bis zum anderen Tage 11 Uhr vormittags sitzen müssen. — Die Beweisaufnahme schließt mit der Vernehmung des Sachverständigen Dr. med. Schulz. Derselbe erklärt, daß der geprügelte Junge Riß eine erhebliche Beschädigung des Trommelfells erlitten habe, die noch nicht ganz gehoben sei. Der Staatsanwalt Meier plaidirte für den Angeklagten sehr wohlwollend und bittet um mildernde Umstände. Er beantragt 100 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof war jedoch nicht der Ansicht, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen seien, um so weniger, als die Verletzung des Riß eine so erhebliche gewesen ist, daß die Folgen noch nicht ganz beseitigt sind.

In Rücksicht darauf, daß P. noch nicht vorbestraft ist, wird auf das geringste Strafmafs erkannt, nämlich auf drei Monate Gefängnis.

**Eine osteleische Bravourthat.** Aus Konig in Westpreußen wird der „Volkst.“ geschrieben: Folgendes Bravourstück vollbrachte der Gutsbesitzer Witt in dem benachbarten Dunterzhagen an einem schönen Sommertage. In seinen Landereien liegt ein Wassertümpel, welcher von der königlichen Jugend als bequeme Badegelegenheit benutzt wird. Durch das Zerbrechen des Getreides und des Wiesengrases wurde dem Besitzer einiger Schaden zugefügt, und er gab sich Mühe, die dabei lustigen Kinder abzufassen, um ihre Bestrafung herbeizuführen. Da ihm dies nicht gelingen wollte, beauftragte er eines Tages, als wieder einige Mädchen badeten, zwei seiner Knechte, sich an den Tümpel zu schleichen, die Kleider der Mädchen fortzunehmen und auf das Gehöft zu bringen. Mit festem Diensteser führte die Knechte diesen Befehl aus, und die Mädchen, zwölf bis vierzehnjährige Töchter angesehenen königlicher Bürger, waren genöthigt, splitterfaden-nackt, wie sie aus dem Wasser kamen, auf den Gutsbof zu gehen, um ihre Kleider in Empfang zu nehmen. Der Gutsbesitzer drohte noch, die nackten Mädchen mit der Peitsche durchzuprügeln und ließ erst auf die Bitten seiner Frau von diesem Vorhaben ab. Die Väter der also behandelten Mädchen erstatteten Anzeige und der schneidige Gutbesitzer hatte sich nicht seinen beiden Helfern wegen Nöthigung und Beleidigung vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte gegen W. eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Der Gerichtshof glaubte indessen, es sei einer Geldstrafe von 150 M. belassen zu sollen. Die Knechte wurden zu je 25 M. verurtheilt.

**Das Ober-Landesgericht in Köln** hat die Beschwerde des verurtheilten Bombopaths Dr. Boldeding gegen die sofortige Inhaftnahme verworfen.

**Noch einmal die „kränkende Jungfrau“** Im Wieder-aufnahmeverfahren vor der Strafkammer in Ulm wurde der Mediziner Barthelmeß von dem „Ulmer Tageblatt“ wegen des Ausdrucks „kränkende Jungfrau“, den er in einer Konzertbesprechung auf eine Sängerin angewandt hatte, wieder zu 30 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten sämtlicher Instanzen verurtheilt. — Ob dieses Mädchen nun endlich zufrieden ist?

### Verfammlungen.

**Vier öffentliche Maurer-Verfammlungen** waren am Dienstag von der Lohnkommission nach den verschiedenen Stadttheilen einberufen. Auf der Tagesordnung stand: „Die sichern wir unsere diesjährigen Errungenschaften am besten den Maßnahmen der Unternehmer gegenüber?“ — In allen Verfammlungen wurde das Resultat der zu verschiedenen Zeiten vorgenommenen Baukontrollen bekannt gegeben, das sich wie folgt gestaltet hat. Die erste Baukontrolle vom 18. bis 19. April 1896 ergab, daß über 1000 Maurer auf über 100 Baustellen 9 Stunden und ca. 6000 Maurer auf etwa 600 Baustellen 10 Stunden arbeiteten. Nach der Baukontrolle vom 2. Juni und der vom 11. Juni stellte sich das Verhältnis folgendermaßen: 440 Baustellen mit 5448 Maurern neunstündige, 240 Baustellen mit 2521 Maurern zehnstündige Arbeitszeit. Am 5. August waren insgesammt auf 641 Bauten 6922 Maurer beschäftigt. Die Arbeitszeit betrug auf 496 Baustellen mit 5703 Mann neun Stunden, auf 145 Baustellen mit 1219 Mann zehn Stunden. Die letzte Baukontrolle, die am 29. Oktober vorgenommen wurde, hatte folgendes Ergebnis: Baustellen waren im ganzen vorhanden 690 mit 6795 Maurern. Die Arbeitszeit dauerte auf 518 Bauten mit 5161 Maurern 9 Stunden, auf 117 Bauten mit 1634 Maurern 10 Stunden. Während der Lohnbewegung sind bis jetzt durch Warten und freiwillige Beiträge 93 614,85 M., durch Zellerfammlungen 1886,17 M., insgesammt 71 002,82 M. eingegangen. Ausgegeben wurden 45 125,74 M., bleibt mithin ein Ueberschuß von 25 877,08 M. Seitens der Lohnkommission wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Bekanntmachung des Zentralvorstandes im „Grundstein“, wonach die Sammlungen für den Streikfonds des Verbandes bis auf weiteres ruhen, für die Berliner Kollegen, die ihren eigenen Streikfonds verwalten, keine Geltung hat. Die Sammlungen sollen vielmehr in der bisherigen Weise und nach den gefassten Beschlüssen fortgesetzt werden, um für alle Eventualitäten gerüstet zu sein. — Weiter wurde von der Lohnkommission angeregt, die Arbeitsarten, die den neunstündigen Maurern als Legitimation dienen, aufzuheben und an deren Stelle eine andere Einrichtung zu schaffen, welche die Karten nicht nur ersetzt, sondern noch eine bessere Kontrolle ermöglicht. Die Anwesenden wurden ersucht, diese Angelegenheit auf den Bauten zu besprechen, damit die Baudeputierten eine Deklaration haben, um in der Baudeputierten-Sitzung, die am Freitag bei Cohn, Beuthstraße, stattfindet, geeignete Vorschläge machen zu können. — Den Verfammlungen wurde ferner folgende Resolution zur Annahme empfohlen:

„Die heute in Berlin verammelten Maurer nehmen Kenntniss von den Bestrebungen der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, die darauf hinausgehen, im nächsten Frühjahr den 9-Stundentag im Gewerbe der Maurer wieder zu beseitigen; die Verfammlungen erklären: Da in unserem Gewerbe die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Maurers von Jahr zu Jahr größer werden, wird die Arbeitskraft des einzelnen in wenigen Jahren verbraucht. So kommt es nicht selten vor, daß Maurer, die sich im besten Mannesalter befinden, keine Beschäftigung mehr erhalten, da sie zu alt sind. 2. Durch die Intensivität der Arbeit, sowie die ungesunden Zustände auf der Arbeitsstätte u. s. w. ist unser Gewerbe eine der Gesundheit schädlichsten geworden. Beweis: Die hohe Sterblichkeitsziffer und die sich jährlich steigenden Bau-Unfälle. 3. Die gesteigerten Arbeitsleistungen haben die Arbeitslosigkeit vieler Berufscollegen zur Folge. — Aus allen diesen Gründen fordern die Maurer die Verkürzung der Arbeitszeit, als ein Gebot der Menschlichkeit und der dringenden Nothwendigkeit; und sind sie fest entschlossen, falls von Seiten der Unternehmer dieser Forderung der Humanität entgegengetreten wird, und der bereits bestehende 9-Stundentag wieder beseitigt werden sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den 9-Stundentag zu vertheidigen. Ferner dafür zu sorgen, daß im nächsten Jahre auf allen Bauten eine gleichmäßige neunstündige Arbeitszeit eingehalten wird.“

In der Verfammlungen für den Westen, Süden und Schneberg, die in der Hochdraerei, Tempelhofer Berg, tagte und sich eines sehr guten Besuchs erfreute, referirte Silber Schmidt, der zunächst den Verlauf der verfloffenen Lohnbewegung schilderte und das Verhalten der Unternehmer gegen herben Kritik unterzog. Das unerwartete geschlossene Vorgehen der Berliner Maurer, durch welches die Unternehmer, die bis dahin alle Forderungen der Arbeiter ignorirt hatten, überrascht wurden, war von einem glänzenden Erfolg begleitet. Alle Versuche seitens der Unternehmer, durch Hinterhären die alten Arbeitsverhältnisse wieder einzuführen, scheiterten an der festen Position, die die Arbeiter bereits bezüglich des neunstündigen Tages angenommen hatten. Ungewöhnlich, meint der Redner, steht für jeden aufmerksamen Beobachter fest, daß die Unternehmer sich auch jetzt mit den Umständen noch nicht zufrieden geben und bestrebt sind, unter allen Umständen eine Aenderung zu ungunsten der Arbeiter herbeizuführen. Die Umfrage, die der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister am 2. Oktober er. vorgenommen hat, angeblich um den Anzutraglichkeiten zu steuern, die durch die verschiedenartigen Arbeitszeiten entstanden sind, beweist zur Genüge die Absicht der Unternehmer. Man will nicht eine Regelung der Verhältnisse — es wurde auf ungefähr vier Fünftel der Bauten 9 Stunden gearbeitet — sondern man sprach die Hoffnung aus, daß sich jeder Meister für eine 10stündige Arbeitszeit erklären

möge, die dann den Berliner Maurern im kommenden Frühjahr ausgetrieben werden soll. Um diesem Vorhaben Nachdruck zu verleihen, scheute man sich nicht, wie dies durch eine Notiz vom 7. Oktober in der „Baugewerks-Zeitung“ geschehen ist, mit Unwahrheiten zu operieren und die Lohnkommission zu verdächtigen. Der Redner führt in längeren Ausführungen nochmals die Gründe an, die die Bewegung veranlassen, und auch für die Zukunft maßgebend sein werden, das Ertrugene festzuhalten. Unter anderem weist er darauf hin, daß an Arbeitsleistungen immer mehr verlangt wird. Bei der ungeheuren hohen Sterblichkeitsziffer im Baugewerbe sind 75 pSt. aller Sterbefälle auf die Proletarierkrankheit, die Schwindfieber zurückzuführen. Nach der Unfallstatistik ist nachgewiesen, daß sich seit dem Jahre 1881 die Unglücksfälle von 12 000 auf 27 000 im Jahre 1895 vermehrt haben, wodurch tausende von Familien der Noth und dem Elend preisgegeben wurden. Die Mehrzahl dieser Fälle ist ohne Zweifel auf die schlechte Beschaffenheit der Maschinen und die Ueberlast bei der Arbeit zurückzuführen. Nachdem der Redner noch im weiteren die Nothwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit zur Verringerung der Arbeitslosigkeit begründet hatte, forderte er die Anwesenden auf, mit allen Mitteln den Bestrebungen der Unternehmer, den Arbeitern die mit so großen moralischen und materiellen Opfern erzielten Erfolge illusorisch zu machen, entgegen zu wirken. Mit der Aufforderung, die Resolution nicht nur anzunehmen, sondern auch danach zu handeln, schloß der Redner seine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich Barusch und Frenzel im Sinne des Referats beteiligten, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Für die Abschaffung der Arbeitskarten sprachen Fritzsche und

Wagang, dagegen Hoffmann und Behrend. Bemängelt wurde von einem Redner das unsolidarische Verhalten eines Theils der Kollegen auf dem Bau von Kriepel, die im Afford arbeiten.

Die Versammlung für Noabit war gleichfalls sehr stark besucht. Das Referat des Maurers Kater wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, worauf die Resolution einstimmig Annahme fand. Ein Antrag, den Streikfonds betreffend, wurde bis zu der demnächst stattfindenden Versammlung zurückgestellt. Nach einigen Bekanntmachungen des Vorsitzenden über die Tagesordnung der nächsten Deputirten-Sitzungen erfolgte der Schluß der Versammlung.

Im Lokal Königsbau für den Süden und Südosten referirte das Mitglied der Lohnkommission A. Richter, der das Vorgehen der Lohnkommission treffend kritisirte. Im weiteren behandelte der Redner die verschiedenen Mängel auf den Bauten und verurtheilte das unkollegiale Verhalten einzelner Maurer. An der hierauf folgenden Diskussion beteiligten sich Gubke, Gröppler, Knippen und Haensch. Bekanntgegeben wurde und von den einzelnen Rednern entschieden verurtheilt, daß auf dem Bau am Leipziger Platz acht Maurer Afford wählten den Meter für 1,20 M., wovon sie noch die Steinträger, Wasser- und Zementträger bezahlen müssen. Ein Antrag, die Lohnkommission zu beauftragen, umgehend eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der beschlossen werden soll, das Sammelwesen für den Streikfonds vom 1. Dezember 1896 bis 1. März 1897 einzustellen und das Abstempeln der Arbeitsberechtigungskarten fallen zu lassen, wurde der Lohnkommission überwiesen. Die Resolution gelangte einstimmig zur Annahme. Die Versammlung für den Norden tagte im Schweinmüder

Gesellschaftshaus und erfreute sich eines sehr guten Besuchs. Das Referat hatte Meyer übernommen. Redner führte der Versammlung eingehend die diesjährige Lohnbewegung vor Augen und kritisirte unter Zustimmung der Versammelten die Maßnahmen der Unternehmer. Redner erwartete von den Anwesenden für die Zukunft ein entschiedeneres Eintreten für den Neunstundentag. Die Resolution wurde auch hier einstimmig angenommen. Ein Antrag, die Sammlungen aufzuheben und die Abstempelung der Arbeitskarten einzustellen, wurde der Lohnkommission überwiesen.

### Vermischtes.

Aus Brüg wird vom Mittwoch berichtet: Heute Vormittag brach im Arbeitshause des hiesigen Kreisgerichts-Gefängnisses Feuer aus, das infolge der in dem Gebäude angehäuften Wollwaren rasch um sich griff. Sechs Sträflinge wurden verletzt. Die Ursache des Brandes ist wahrscheinlich auf heimliches Tabakrauchen zurückzuführen.

Infolge eines Brückeneinsturzes verunglückte, wie aus Warschau berichtet wird, auf der Tereopol Eisenbahn ein Güterzug. Zwei Lokomotiven und sieben Waggons wurden zertrümmert. Auch Menschenleben sind zu beklagen, indem ein Maschinist und ein Bahngeliefer getödtet wurden.

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 26. November 1896. Zeitweise aufklärend, vorwiegend neblig bei mäßigen östlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; keine wesentlichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

## Achtung! 6. Wahlkreis.

(Schönhauser Vorstadt.)

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7.:

## Grosse Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herm. Förster über: „Die politische Lage“. 2. Diskussion. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vertrauensmann.

## Metallarbeiter.

Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Saale der Kronenbrauerei, Alt-Noabit 47-49:

## Große öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

Der Streik in der Eisengießerei und Maschinenfabrik vorm. Hartung; das Vorgehen der Metallindustriellen und welche Aufgaben erwachsen hieraus den Metallarbeitern.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen folgender Firmen eingeladen: Siemens & Halske; Siemens & Co.; Prond; Frank; Ubrig; Gebauer; David Grove; Asphaltische Maschinenfabrik; Ludwig Löwe & Co. Die Kollegen aller Branchen, besonders aber die Former und Eisereiarbeiter werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter.

117/8 Otto Näther, N., Kankamerstr. 44.

## Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Am Sonntag, den 29. November, vormittags 10 1/2 Uhr, findet in Cohn's Festsaal, Benthstraße 20-21, eine

## Versammlung

sämmtlicher Mitglieder der Filialen Berlins u. Umgegend der Allgemeinen Kranken- und Sterbe-Kasse der Metallarbeiter statt.

Mitgliedsbuch legitimirt. Mitgliedsbuch legitimirt.

Tages-Ordnung:

Wie verhalten sich die Mitglieder gegenüber den Ausführungen der Beschlüsse der letzten Generalversammlung seitens des Hauptvorstandes? Mitglieder! Wenn Ihr nicht gewillt seid, daß die Beschlüsse der Generalversammlungen von Seiten des Hauptvorstandes herabgewürdigt werden sollen, so ist es Eure Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen und gegen die Handlungsweise des Vorstandes Protest zu erheben!

Die Ortsbeamten Berlins. J. A.: H. Stavemann, Gräffstr. 6.

## Klempner.

Am Donnerstag, den 26. November, abends 8 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Alte Jakobstr. 37:

## Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Klees-Magdeburg über: „Die Handwerkerfrage im Reichstage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Aus folgenden Werkstätten sind die Kollegen dazu eingeladen: Koch & Bein, Ritterstr. 43; Fiedler, Neue Grünstraße; Vogler, Prinzessinnenstraße; Danneberg & Quandt, Große Frankfurterstraße; Puppel & Schulz, Münzstr. 3. Der Inhaber Puppel, Münzstr. 3, ist hierzu schriftlich eingeladen.

Die Kollegen werden ersucht, sich pünktlich und zahlreich einzufinden, da sehr wichtige Sachen vorliegen. Auch werden die Vertrauensleute sämtlicher Werkstätten ersucht, mit mir abzurechnen und neues Material zu entnehmen.

F. Zimmermann, Vertrauensmann.

## Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 29. November, vormittags 10 Uhr: Sonder-Vorstellung in der „Urania“, Invalidenstrasse.

## Genossenschaftsleben

im Thier- und Pflanzenreich

(mit Experimenten).

Vortragender: Professor Dr. Müller.

Billets à 50 Pfg. sind zu haben bei Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Gleinert, Müllerstr. 7a; Schlegel, Köpnickstr. 39a; Drescher, Veteranenstrasse 25; H. Königs, Dieffenbachstr. 30; in der Mädchenschule, Waldemarstrasse 14; in der Nordschule, Brunnenstr. 25; in Köpenick bei Richter, Böttcherstr. 45; in Tempelhof bei Thiel, Friedrich-Wilhelmstr. 17, sowie am Eingang der „Urania“.

Mitglieder anderer Vereine können hieran teilnehmen und bitten um zahlreichen Besuch

Der Vorstand.

Zahnärztl. Klinik Wedding, Müllerstrasse 1. Vorzügl. künstl. Zahnersatz 2 Mark pro Zahn.

Lungenleiden a. sog. unheilbare beh. u. besond. bewährt. Methode u. vorzügl. Erfolge Dr. Thamm, Brandstr. 31.

## Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin.

Freitag, den 27. Novbr., abends 6 Uhr, ordentliche General-Versammlung der Mitglieder (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Delegirten (18 Arbeitgeber, 22 Arbeitnehmer.) § 47 des Statuts.
2. Anträge zur General-Versammlung.
3. Verschiedene Kassen-Angelegenheiten.

Freitag, den 27. Novbr., abends 8 Uhr, ordentliche General-Versammlung der Delegirten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:

1. Neu- bzw. Ersatzwahl des Vorstandes (4 Arbeitgeber, 6 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung pro 1896.
3. Beschlußfassung über den Vertrag mit dem Verein der freigestellten Kassen-Kerze pro 1897.
4. Beschlußfassung über Abänderung der §§ 17 letzter Absatz und § 48 des Statuts.
5. Festsetzung der Beamtenegehälter.
6. Bericht über den derzeitigen Stand der Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins und der Vororte.
7. Anträge von Mitgliedern.

Der Vorstand.

## Verband aller in der Metallindustrie besch. Arbeiter Berlins und Umgegend.

### Todes-Anzeige.

Am 23. November starb unser Mitglied, der Former

## Robert Noack.

Seine feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Charitee aus, nach dem Charitee-Friedhof in der Seestraße statt. Um rege Theilnahme ersucht

Der Vorstand.

## Todes-Anzeige. Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der deutschen Wagenbauer.

Am Montag, den 23. November, verstarb plötzlich das Mitglied, der Schlosser

## Hermann Hoherz,

im Alter von 42 Jahren.

Seine feinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, vom Traruperhause, Panitzstr. 21a, statt.

Die Ortsverwaltung Berlins III.

253/1 J. A.: M. Arndt.

## Dankagung.

Allen Freunden und Bekannten, sowie den Vereinen der Hausdiener, Pader und Berufsgenossen, Angelverein „Delphin“, dem Deutschen Raucherbund, als auch dem Angler-Rauch-Club sage für die überaus rege Theilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Restaurateurs

Hermann Bernicke, meinen herzlichsten Dank. 1506b Berlin, den 25. November 1896.

Helene Bernicke, Blumenstr. 29.

## Für 36 M.

seiner Winter-Paletot nach Maß; für 30 M. ff. Anzug nach Maß; für 8 M. seine Hose nach Maß; Beste z. groß. Knaben-Anzüge 2-3 M. Kranienstr. 14, 1 Tr. Laden.

## Rixdorf! VI. Stiftungsfest Rixdorf!

des Sozialdemokratischen Vereins Vorwärts am Sonnabend, den 28. November 1896, in den Viktoria-Sälen, Hermannstr. 48/49.

## Instrumental-Konzert

ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivilberufsmusiker unter Leitung des Herrn Heine.

## Vokal-Konzert

unter Mitwirkung des Mundharmonika-Vereins Vorwärts (Berlin) und der Theater-Gesellschaft Strzelewicz.

Festrede, gehalten vom Genossen W. Liebknecht. Nach dem Konzert: BALL. Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach Anfang 8 Uhr. Programme à 20 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben. 282,4

## Achtung! Maurer! Achtung!

Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn M. Cohn, Benthstraße Nr. 20: Öffentl. Baudeputirten-Sitzung.

Tages-Ordnung:

1. Vorschläge der Lohnkommission über Einführung eines neuen Kontrollsystems
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.

NB. Kollegen, die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß sämtliche Bauten durch einen Deputirten vertreten sind; also, wo bis jetzt noch kein Deputirter gewählt war, ist die Wahl sofort zu vollziehen.

152/6 Die Lohnkommission der Berliner Maurer.

## Künstl. Bühne.

H. Steffens, Rosenbalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

## Ein jeder soll es erfahren!

Durch Ankauf auf Auktionen und von Konkursmassen bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:

Hochelegante Winter-Paletots von 6,75 M. an

Hohenzollern- und Pellerinen-Mäntel von 12,50 M. an

Kaiser-Mäntel u. Joppen 7,50 „ „

Hohefeine Rock- u. Jacketts 12,50 „ „

Herren-Hosen 2,75 „ „

Kellner-Hosen u. Jacketts 4,50 „ „

Geder- u. Arbeits-Hosen zu 2 M. 35 Pf.

Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jacketts, Westen u. Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Leuchts, Harmonikas, Orgeln, Trommeln, Uhren, Ketten, Ringe, passende Weihnachts-Geschenke u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 450/2

## Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Ein grosser Posten Steppdecken

echt Wollatlas (reine Wolle) Grösse 150 x 200, Stck. 7,50 M. ca. 1000 Stück schwere buntfarbige

Normal-Schlafdecken in reizenden Jacquard-Mustern. Grösse 150 x 200 cm. 4,50 M. per Stück

Meine illustrierte Preisliste über hochfeine Stepp- und Schlafdecken gratis und franko.

Steppdecken-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Uhren-, Goldwaaren-Verband. Haar-Verkauf u. Theilzahlung. Beneidg. briefl. Vogdt, Auguststr. 92.

Winterpaletots, Anzüge, Hosen, Goldw., Goldw. (spottbillig) Neanderstr. 6, Pfandleihe.

Betten, Regulat., Remontoir-Uhren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Strickwoll-Heiter, Zephr, Rodwolle zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12 Tr.

Pianino verkauft billig Schulz, Prenzlauerstr. 9, Hof 1. part. 15976

## Schirm-Fabrik F. Guttman Königs-Kolonaden

am Bahnhof Alexanderplatz. Herren- u. Damen-Schirme v. 2,50 an. Eleg. Gloria-Schirme 3,50, 4,-, 5,-. Seid. Herren- u. Damen-Schirme 7,50. Kinder Schirme von 1,50 an. (4172)

Eigenes Fabrikat. Reparaturen und Bezüge schnellstens.

## Rohtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise! Sämmtliche Utensilien zur Cigarren-Fabrikation. Billiger wie jede Konkurrenz. (Neue Formen à Mark 1,40.) Man verlange Preis-Verzeichniß.

## Heinrich Franck, Nr. 145, Brunnenstraße Nr. 145.

Beautenswerth für Schneider! Sonnabend: Resterverkauf.

## Brenner & Co. Alte Jakobstrasse 57/59.

Glühwein-Grat, ganz vorzüglich, à Liter Markt 1,20, 5 Liter Markt 5,50.

Von G. Gratz, Groß-Gratz à Liter Markt 1,50, 5 Liter Markt 7,-.

Ananas u. Burgunder-Wein à Liter 2,50.

Eugen Neumann & Co., SW. 61. Berlin-Königsplatz 6a. West-Preussischer 81, Cramerstr. 190, Gröbnerstr. 29, Arkur Weg 24, Charlottenburg, Rother Brühlstr. 45.

## Angewandte Paletotstoffe.

Regulat., Remontoir-Uhren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Strickwoll-Heiter, Zephr, Rodwolle zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12 Tr.

Pianino verkauft billig Schulz, Prenzlauerstr. 9, Hof 1. part. 15976

Regulat., Remontoir-Uhren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Strickwoll-Heiter, Zephr, Rodwolle zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12 Tr.

Pianino verkauft billig Schulz, Prenzlauerstr. 9, Hof 1. part. 15976

Regulat., Remontoir-Uhren, spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Strickwoll-Heiter, Zephr, Rodwolle zu Partierpreis. Holzmarktstr. 60, S. 1. 12 Tr.

Pianino verkauft billig Schulz, Prenzlauerstr. 9, Hof 1. part. 15976



## Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 25. November 1896, 11 Uhr.

Am Ministerische Dr. Miquel und Kommissarien.  
Erste Beratung der Vorlage betreffend Tilgung von Staatsschulden und Bildung eines Ausgleichsfonds.

Finanzminister Dr. Miquel: Die Vorlage ist in der Presse vielfach falsch beurteilt worden; man hat darin eine verfassungswidrige Gestaltung unseres Finanzwesens finden wollen. Das ist ganz falsch. Die Vorlage ist ein bescheidener Anfang, gewisse hervorgeratene Mängel zu beseitigen; aber sie ist nicht einmal eine Nothwendigkeit, um den bisherigen guten Zustand unserer Finanzen zu erhalten. Wir wünschen in dem ersten Theile der Vorlage eine geregelte Schuldentilgung; diese ist um so nöthiger, als über 40 pCt. der gesamten Staatsschuld nicht unter das Gesetz über die Konsolidierung der Staatsschuld fallen und dieses Gesetz hat auch keineswegs das Prinzip eingeführt, die Schuldentilgung nur aus den Ueberschüssen zu bewirken. — Der Minister verliest die hierauf bezüglichen Reden des früheren Ministers Camphausen und verweist auf die hiermit übereinstimmenden damals geäußerten Ansichten des Abg. Virchow; auch Richter verhielt sich ablehnend, wenn auch aus anderen Gründen als sein Freund Virchow; dieser erklärte damals schon, wenn Schulden nur aus Ueberschüssen getilgt werden sollen, so werde man bald gar keine Schulden mehr tilgen. Das Wort hat sich schnell bewährt. Es entstand das Schlagwort, man solle keine Schulden tilgen. So lange man neue Schulden machen müsse. Das Schlagwort hat lange vorgehalten, fast noch länger als das von dem Steuer-Automaten. (Weiterkeit.) Man sieht, wie recht Palmerston hatte, als er sagte, daß es in der Politik wichtig sei, für jedes Ding ein gutes Schlagwort zu finden. Der dem Gesetze zu Grunde liegende Gedanke findet heute überall Billigung, man will nur das Gesetz nicht, das die freisinnige Presse einen Automaten nennt. Aber alle Staaten, die eine Schuldentilgung haben, bewirken sie auf Grund eines Gesetzes; Griechenland ausgenommen, das überhaupt keine Schulden bezahlt. (Weiterkeit.) Wir brauchen das Gesetz, mit dem guten Willen der Schuldentilgung ist es nicht gethan. Der Abg. Virchow sagte bei einer früheren Besprechung dieser Materie sehr zutreffend: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Wir brauchen eine fortlaufende Schuldentilgung ohne Rücksicht auf gute oder schlechte Zeiten. Wir verweisen oft auf das in unseren Eisenbahnen liegende Vermögen. Aber wir dürfen nicht übersehen, daß Tarifreformen diese Einnahmequelle verringern können. Hier gilt das Wort: Vaux vor! Denn sind diese Verringerungen einmal da, dann wird es schwer sein, ein Schuldentilgungsgesetz durchzuführen. Die Vorlage ist in ihren Forderungen sehr bescheiden; 1/2 pCt. Schuldentilgung ist sehr wenig. Perioden von Einnahmeüberschüssen und Defizits wird es immer geben; sie sind unvermeidlich und nicht einmal immer abhängig von wirtschaftlichen Krisen. Jeder neue Finanzminister wird sich dabei immer zu dem Schritte gedrängt sehen, der hier gethan werden soll. Von großer Bedeutung ist es, einen Fonds hinter sich zu haben, auf den man zur Durchführung solcher Gesetze nöthigenfalls zurückgreifen kann. Von einer Verminderung des Staatsrechts kann dabei keine Rede sein; man bewegt sich finanziell freier, wenn man solchen Fonds hinter sich hat. Ich brauche das Geld nicht, das doch kein Dispositionsfonds für den Finanzminister ist. Viel bedenklicher für mich sind augenblickliche hohe Ueberschüsse, die Stürme von Forderungen auslösen, welche dauernde Ausgaben bedingen. Ein Finanzminister, der sich weigert, die Forderungen zu erfüllen, wird dann fast wie ein Verbrecher dargestellt. Auch für die Eisenbahn-Verwaltung ist die Vorlage von Wichtigkeit, denn sie verhindert, daß die finanzielle Bedeutung der Staatsbahnen zu sehr in den Hintergrund gedrängt werde. Unter diesen Gesichtspunkten empfehle ich die Vorlage.

Abg. Richter (fr. Sp.): Das Schlagwort vom „Automaten“ ist national-liberalen Ursprungs und jedenfalls viel richtiger und zutreffender als manches andere Wort aus dieser Quelle (Weiterkeit). Der Minister hat Virchow und mich zitiert; und sich selbst hat er vergessen. (Weiterkeit.) Das werde ich nachholen. (Weiterkeit.) Ich könnte mit allen Ausführungen des Ministers einverstanden sein und doch die Vorlage bekämpfen. Das Staatsrecht wird durch die Vorlage zweifellos eingeschränkt. Wenn auch augenblicklich diese Absicht nicht vorhanden sein mag, so drängt doch die Vorlage für später leicht zu neuen Steuererhöhungen. Wenn wirklich für die Schuldentilgung bisher nicht genug gechehen ist, so hat sich dafür doch das vorhandene Vermögen des Staates ganz bedeutend erhöht. Als Virchow die Schuldentilgung empfahl, bekämpfte sie der damalige Abg. Miquel. Während man hier kolossale Summen festlegt und für große Platten-Pläne, die subjektiver Marine-Liebhabelei entspringen, im Reichstage enorme Summen fordert, drängt man zu einer nothwendigen Steuererhöhung. Heute verweist der Minister auf andere Staaten; früher hat er ausgeführt, daß in England die rapide Steigerung der Staatsschuld erst aufhörte, als die feste Tilgung nicht mehr stattfand; ähnlich liegen die Verhältnisse in Frankreich. Ausgleichsfonds ist ein sehr harmloses Wort, beinahe so harmlos, wie Ergänzungsteuer für die Vermögenssteuer. Welcher Mißbrauch ist möglich mit solchen 80 Millionenfonds! Herr Miquel kann alles beweisen, was er will; er hat schon bewiesen, daß 2x2=5 ist. Aber das alles ist Kinder spiel gegenüber seiner heutigen Beweisführung, daß dies Gesetz den Verkehrsinteressen dienen werde. Auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens könnten große Erleichterungen geschaffen werden, jezt muß man sich auf geringe Ermäßigungen beschränken, weil der Ausgleichsfonds angelegt werden muß. In einer Zeit, wo wir für nöthige Kulturzwecke kein Geld haben, können wir solchen Fonds nicht anlegen. Auf eine solche Einschränkung des Staatsrechts können wir nicht eingehen, wir müssen heute mehr denn je auf das Recht der Quotisierung der Einkommensteuer bestehen, um unser Staatsrecht zu wahren. Herr Miquel, der 1869 an meiner Seite stand, rief damals dem Herrn Camphausen zu: Alte Liebe rostet nicht! (Weiterkeit.) Das möchte ich ihm heute auch zurufen, aber ich fürchte, seine Liebe zu uns ist schon so sehr verrostet, daß er nicht darauf hört. (Weiterkeit.)

Minister Miquel: Die Quotisierung der Einkommensteuer hat heute wenig Bedeutung. (Abg. Richter ruft: Dann machen Sie sie doch!) Was will die Quotisierung bedeuten gegenüber den Schwankungen in unseren direkten Einnahmen. Es wäre doch unter Umständen eine bedenkliche Sache, wenn wir, wie Herr Richter es zu wünschen scheint, die Ueberschüsse ganz in den Etat einstellen oder ganz zur Schuldentilgung verwenden. Wir haben diesmal 80 Millionen Ueberschuss; können wir die ganz entbehren? Die Rede, die ich 1869 als Abgeordneter gehalten habe, würde ich heute nach meinen Erfahrungen, namentlich in den Kommunalverwaltungen, nicht mehr halten.

Abg. Graf Limburg Stirum (L.): Für uns ist die finanzielle Seite der Vorlage das wichtigste, die politische Bedeutung erscheint uns weniger wichtig. Unser Staatsrecht erscheint uns

nicht gefährdet; wir können auch nichts „Automatisches“ an der Vorlage finden, wenigstens nicht mehr als an jedem anderen Gesetz. Dieser Automat ist jedenfalls weniger schädlich als die Finanzwirtschaft im Reich, die den Einzelstaaten Lasten aufbürdet. Die Vorlage ist nur die Kodifikation dessen, was bisher praktisch geübt wurde; besser als durch die Vorlage können wir für die Zukunft unserer Finanzen nicht sorgen. Eine Erweiterung unseres Bundesrechts erstreben wir nicht. Wir haben das Budgetrecht niemals politisch aufgefah. Parlamente sind nicht für eine sparsame Wirtschaft geeignet. Die Vorlage werden wir unterstützen. (Bravo! rechts.)

Abg. Vachem (B.): Der Vorwurf der mangelnden Sparsamkeit gegen die Parlamente ist unbegründet. Wer wirkt denn im Reich für Sparsamkeit anders, als der Reichstag? (Sehr richtig!) Preußen ist das reichste Staatswesen Europas, wir vermehren seinen Reichtum durch Schuldentilgung. Das Reich ist nicht so wohlhabend, es bedarf immenser Summen zu seiner Erhaltung. Die Vorlage geht auf eine Ausparierung des Reiches zu Gunsten Preußens. Es wäre sehr hübsch, wenn Herr Miquel seine Rede über die Schädlichkeit des Schuldentilgungsgesetzes und über die Nothwendigkeit der Tilgung bei der Beratung des Marine-Gesetzes im Reichstage halten wollte. Der Gedanke der Schuldentilgung ist uns sehr sympathisch; aber die zwangsweise Tilgung erscheint uns als Selbsttäuschung, ja sie ist schädlich, wenn man zu diesem Zweck Steuern erhöhen oder gar neue Anleihen aufnehmen muß. Will man einen Ausgleichsfonds schaffen, dann muß man ihn aus der Hand des Ministers herausnehmen und ihn der Staatsschulden-Verwaltung überweisen. Die schematisch-mechanische Regelung einer so bedeutsamen Materie, wie die Vorlage sie vorschlägt, ist jedenfalls bedenklich und bedarf der Kommissionsberatung.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Mit dem, was in der Vorlage steht, bin ich einverstanden und wünsche nur einige Ergänzungen. Die Vorlage bringt dem bisherigen Zustande gegenüber unzweifelhaft Vorzüge. Im Reich werden meine Freunde gern bereit sein, dahin zu wirken, daß durch die Reichspolitik nicht die Einzelstaaten belastet werden. Für die Gesundheit der preussischen Finanzen ist die Zwangs-Schuldentilgung ein wichtiges Mittel. Es kann sich nur fragen, ob bei den bedeutenden Einnahme-Schwankungen der Eisenbahn der Fonds von 80 Millionen genügt, um der Bahnverwaltung bei einer Tarifreform ein starkes Rückgrat zu verleihen. Mit dem Ausgleichsfonds werden die Ursachen der Staatsschwankungen wenigstens zum Theil beseitigt. Jedemfalls geht es nicht so wie bisher weiter, die Ueberschüsse der Staatsbahnen zu allgemeinen Staatsausgaben zu benutzen, oder gar dauernde Ausgaben auf diesen schwankenden Ueberschüssen zu gründen. Andererseits liegt die Tarifberabsetzung im Interesse der Landwirtschaft wie der Industrie und es ist dringend nöthig, nach dieser Richtung hin weitere Forderungen zu stellen. Und nach dieser Richtung mehr zu erklangen werden wir als unsere Aufgabe betrachten. (Beifall.)

Abg. Gothein (fr. Sp.): findet in der Vorlage den Ausdruck des Wohlwollens in die Charakterfestigkeit und in die Vernunft des Landtages und der Regierung; zu dieser Festlegung der Schuldentilgung liegt kein Grund vor. Die angebotene Tarifreform wäre längst durchführbar gewesen und würde eine Einnahmevermehrung nicht zur Folge gehabt haben. Die Tarifierung der Vorlage ist bisher noch garnicht erschöpfend gewürdigt, denn die Schuldentilgung übersteigt weit den Betrag, der zu dem 80 Millionen-Fonds abzuführen ist. So nämlich die Tilgung sein mag, so kann es doch vorkommen, daß einmal die Ueberschüsse zu anderen Zwecken viel besser und nöthiger verwendet werden können. Die Schuldentilgung an sich ist zu billigen; auch ein Ausgleichsfonds zur gleichmäßigen Gestaltung der Betriebs-Ausgaben würde zu billigen sein. In der vorliegenden Form ist das Gesetz unannehmbar und ich zweifle, daß die Kommission es annehmbar wird gestalten können. Hierauf verlegt sich das Haus. — Morgen 11 Uhr: Fortsetzung der soeben abgebrochenen Debatte und Lehrerbefolgungsgesetz.

Schluß 4 Uhr.

## Versammlungen.

Der Berliner Korbmacherverband beschäftigte sich am 16. d. M. mit einer interessanten Vorlesung aus der „Holzarbeiter-Zeitung“, die in einigen Artikeln die Korbmacher in Oberfranken und Thüringen eingehend geschildert hatte. Daraus entspann sich eine Debatte über die Stellungnahme zum Kongress sozialorganisierter Gewerkschaften. Sämtliche Redner sprachen gegen eine Beschickung und wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung sieht von einer Beschickung des Kongresses lokal organisierter Gewerkschaften ab, da sie nicht erkennen kann, daß der Kongress einen praktischen, allgemeinen Werth habe; die Versammlung ist vielmehr der Meinung, daß die Gewerkschafts-Organisationen auf längere Zeit mit Formfreiheiten verschont bleiben müssen, um ihre ganzen Kräfte entfallen und für die Mitglieder wirkliche Vortheile schaffen zu können. — Zum Schluß berichtet Brückner über die bevorstehende Lohnbewegung unter den Kollegen der Grundbranche und fordert lebhaft zum Anschluß an den Verband auf.

Die Bureau-Angestellten hielten am 17. d. M. in den Raminhallen eine von ca. 500 Personen besuchte öffentliche Versammlung ab, um zu den Verhandlungen und Vereinbarungen mit der Anwaltskommission Stellung zu nehmen. Nach einem ausführlichen Referat Bauer's und längerer lebhafter Diskussion, an der sich auch ein Mitglied der Anwaltskommission, Rechtsanwalt Margoninsky, betheiligte, gelangte folgende Resolution mit allen gegen drei Stimmen zur Annahme:

Die Versammlung der Bureau-Angestellten der Berliner Rechtsanwaltschaft ist seitens der Vereinten Anwälte mit der Anwaltskommission getroffenen, die Arbeits- und Lohnverhältnisse regelnden Vereinbarungen, sie fordert aber ferner: a) Regelung des Beschäftigungswesens nach den im Regulativ gemachten Vorschlägen, b) Ausgehend von dem Grundsatze für gleiche Arbeit, gleichen Lohn, dieselbe Bezahlung der weiblichen, wie die der männlichen Arbeitskraft, c) Die Nichtbeschäftigung von Beamten und Unteroffizieren, d) Zahlung des Gehalts am 1. und 15. jeden Monats. Die Versammelten erwarten von der Berliner Rechtsanwaltschaft, daß dieselbe die Beschäftigten, selbst von der Anwaltskommission als berechtigt und nothwendig anerkannten Forderungen bewilligt und zur Durchführung bringt.

Die Versammlung erkennt ferner an, daß nur durch eine einheitliche, geschlossene Organisation aller Berufsangehörigen eine Verbesserung ihrer Lage erzielt und die Durchführung der gestellten Forderungen erzwungen werden kann. Die Anwesenden verpflichten sich deshalb, Mann für Mann der bestehenden Organisation, dem Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands beizutreten.

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung, nachdem er bekannt

gegeben, daß 58 Kollegen ihren Beitritt zur Organisation erklärt hätten.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer hatte am 18. November eine Versammlung einberufen. Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Genossen Dr. Weyl. Redner sprach unter reger Aufmerksamkeit über die Berufskrankheiten. Nach einer kurzen Diskussion theilte der Vorsitzende unter Vereinsthatsangelegenheiten mit, daß am 6. Dezember eine öffentliche Versammlung stattfindet, der sich ein gemütliches Beisammensein anschließen wird. Billets à 25 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.

In einer Versammlung der Ledergalanterie-Arbeiter hielt am 21. d. M. Heindicke einen beifällig aufgenommenen Vortrag. Zu einer eingehenden Besprechung führten die Verhältnisse, die in einigen Werkstätten nach der Lohnbewegung Eingang gefunden haben. Vieles bemerkte man, daß die Arbeiter, die während des Streiks sich besonders hervorgethan, von den Fabrikanten beim Vergeben der Arbeit zurückgesetzt werden und oft längere Zeit die Arbeit aussetzen müssen. Nicht selten giebt die davon betroffenen vor, die Arbeit aufzugeben und der Fabrikant ist dann von dem Vorwurf befreit, eine Maßregelung dieser Arbeiter herbeigeführt zu haben. Hervorgehoben wurde und in der Versammlung verurtheilt, daß bei der Firma Ad. A. in der vor längerer Zeit auf Drängen der Arbeiter und unter Zustimmung des Fabrikanten entlassene Werkführer Göhrig wieder eingestellt ist. — Zum Schluß wies Brückner auf die Bedeutung der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation hin, die sich gegen die Erschwerung der Einfuhr deutscher Lederwaren nach Rußland wendet.

Das Personal der Böllmer'schen Schriftgießerei beschäftigte sich in einer Versammlung, die am Montag im Lokal von Jubel stattfand, mit der Notiz aus bürgerlichen Blättern, in welcher einem Theil der Arbeiter, die der sozialdemokratischen Partei angehören, der Vorwurf gemacht wurde, daß sie die durch vierprozentige eingegangenen Gelder wohl für ihre Partei und ihre Befestigung verwenden, dagegen hätten sie einer kranken Kollegin die Unterstützung durch diese Gelder verweigert. Soweit hiermit der Vorwurf einer Pflichtvernachlässigung verbunden wurde, protestirten die Redner sehr entschieden gegen diese Unterstellung. Das gesammelte Personal hat sich an der freiwilligen Sammlung für ihre erkrankte Kollegin betheiligte und alle gehörten einer Organisation an, in der gleichfalls die Unterstützung hilfsbedürftiger Mitglieder erfolgt. Durch die Anwendung von Geldern für die sozialdemokratische Partei unterstützen die Arbeiter jene Bestrebungen, die eine Besserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen und jensei trestaurigen Erscheinungen, wie sie in der von der bürgerlichen Presse geschändeten Familie bestehen, beseitigen werden. Zustände, wie sie hier zu Tage traten, wo der Arbeiter wegen Krankheit nur wenig verdient, die Frau durch Anwartsstellen zum Unterhalt der Familie beitragen muß und schließlich die kranke Tochter mit dem Reime der Schwindsucht in einem der gesundheitsgefährlichen Betriebe Beschäftigung suchen muß, sind eine schwere Last gegen die Sünden der heutigen Gesellschaft. Nur gewissenlose Leute, die Verichte zusammenlagern, um sie für die bürgerliche Presse, weil gegen die Sozialdemokratie geschimpft wird, aufnahmefähig zu machen, können zu solchen Mittel greifen und Arbeiter vordrängen, die sich bewußt sind, ihre Schuldigkeit gethan zu haben. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur Annahme: Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Böllmer'schen Schriftgießerei sind sich bewußt, ihre Schuldigkeit für die erkrankte Arbeiterin gethan zu haben und protestiren gegen die verunglimpfenden Zeitungsaufsätze einer Anzahl bürgerlicher Blätter.

Die gegenwärtige Lage der Metallarbeiter und die neuesten Maßnahmen der Metallindustriellen behandelte Paul Litsin in einer Versammlung von Metallarbeitern, die am 24. November im Lokale des Herrn Zährle, Demmerwitzerstraße, tagte. Redner kennzeichnete das neuerdings hervorgeratene Betreiben der Unternehmer, trotz ihrer im letzten Jahr erzielten kolossalen Profite den ungeduldeten Arbeiterkräften Lohnabsätze anzubieten, obwohl die Arbeiter in ihrem Lohn an den glänzenden Verdiensten ihrer Auswanderer nicht im geringsten betheiligt worden sind. Insbesondere aber zeigte er an dem bestimmten trivialen Vorgehen des Unternehmerringes anlässlich des Streiks bei Hugo Hartung, daß die verbündeten Kapitalisten mit heftigem Bemühen daran sind, die Metallarbeiter in einen Generalstreik zu treiben. Das werde ihnen indess nicht gelingen; die Arbeiter würden streiken, wenn es ihnen passe, und nicht wenn die Herren Unternehmer es wünschten. (Zustimmung.) Auch gedachte Redner der laut gewordenen Absicht der verschmornen Eisenhammer, vom 1. Januar 1897 ab die von ihren Arbeitsbedienten errungene Arbeitszeitverlängerung wieder rückgängig zu machen. Die Zeit zu nützen, sich möglichst zu rüsten, um einen aufzubringenden Kampf siegreich bestehen zu können, wäre jezt die Aufgabe aller Metallarbeiter. Damit schloß Redner unter dem Beifall der Versammelten. Nachdem mehrere Kollegen im gleichen Sinne gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen, welche am Tage vorher die Zustimmung einer großen Metallarbeiter-Versammlung in Sanssouci gefunden hatte.

Arbeiterbildungsschule. Donnerstag Abend 9 Uhr bis 10 Uhr: 8. d. s. Schule, Hohenstraße 14. Rede-Vortrag (Die wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens. Besondere Aufsätze eines Vortragenden). Herr Heinrich Schulz. — 9. d. s. Schule, Brunnenstraße 20. Gedächtnisrede über die Geschichte der Arbeiterbewegung. Herr Dr. G. G. G.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 9 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Vorsitzender Ab. Neumann, Finkenstraße 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Hornum, Waisenstraße 19, v. 2. 2.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Schulz, Hohenstraße 14.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Arbeiter-Vereine Berlin und Umgebung. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

Donnerstag, 28. November: Opernhaus. Das Heimchen am Herd. Schauspielhaus. Maria Stuart. Deutsches Theater. Hannele's Himmelfahrt. Vorher: Ohne Liebe. Berliner Theater. König Lear. Festung-Theater. Der Abend. Theater des Westens. Irene. Neues Theater. La Signora dalle Camelie. Residenz-Theater. Verschwunden. Schiller-Theater. Demetrius. Thalia-Theater. Das Wetterhäuschen. Zwei Schwiegeröhne. Belle-Alliance-Theater. Schwarze Diamanten. Ostend-Theater. Der deutsche Michel. Volks-Theater. Der arme Poet. Das vierte Gebot. Don Juan von rückwärts. Theater Unter den Linden. Der Chemann vor der Thür. Unter den Linden. Zentral-Theater. Eine wilde Sache. Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Vor Sonnenaufgang. Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.** (Wallner-Theater.) Donnerstag, abends 8 Uhr: Demetrius. Freitag, abends 8 Uhr: Der Sohn der Wildnis.

**Friedrich Wilhelmstadt. Theater** Schauspieler. 25/26. Dir. Max Samst.

**Vor Sonnenaufgang.** Soziales Drama in 5 Akten von Gerhart Hauptmann. Anfang 8 Uhr. Freitag: Vor Sonnenaufgang. Sonnabend, Montag und Dienstag: Gastspiel

des großen italien. Opern-Ensemble's vom Scala-Theater in Mailand unter Leitung ihres Impresario G. Briauna.

**Der Troubadour.** Oper in 4 Akten von G. Verdi.

Billetts zu den angekündigten Vorstellungen sind ohne Vorbestellungsgebühr zu haben: an der Theaterkasse, außerdem im „Invalidentank“, Unter den Linden 24, und im Cigarrengeschäft von Paul Romeid, Leipzigerstr. 6. Sonnabend 28. Nov., Nachm.: Kinder-Vorstellung: Schnawittchen und die 7 Zwerge. Von Georg Zimmermann. Sonntag, 29. Novbr., nachm. 3 Uhr: Klaffler-Vorstellung: Wilhelm Tell. Von Fr. von Schiller.

**Ostend-Theater.** Große Frankfurterstr. 132. Direktion: Carl Weiß.

Heute und folgende Tage: **Der deutsche Michel.** Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Lorbeerbaum und Bettelstab.**

**Central-Theater.** Alte Jakobstr. 30. Direktion: Richard Schultz. Emil Thomas a. G. Zum 67. Male:

**Eine wilde Sache.** Große burleske Anstaltungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von S. Gindshofer. Anfang 1/8 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: **Eine wilde Sache.**

**Thalia-Theater** (vormals: Adolph Ernst-Theater) Dresdenerstr. 72/73. **Das Wetterhäuschen.** (Weather or no.) Musikal. Genrebild von Adrian Rof. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von Bertram Ewald Selby. Darauf: **Zwei Schwiegeröhne.** Schwank in 4 Akten von M. Boucheron. Deutsch von Max Schönan. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

**W. Noack's Theater** Brunnen-Strasse 16. Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.** Käthe Riand, Siedersängerin. Gustav Wehling, Tanzhumorist. Gesehw. Stronow, Gesangsduettisten. Elli Hertzog, Kostüm-Soubrette. Richard Wagner, Opernsänger. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

### Alexanderplatz-Theater.

**Ohne sittlichen Halt.** Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Wilhelm Friedbold. Anfang 8 Uhr. Bonus, auch die zu Nansen's Reise nach dem Nordpol ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit. Morgen und die folgenden Tage: **Ohne sittlichen Halt.** Sonntag, nachm. 4 Uhr, zum letzten Male: **Der Rattenfänger von Hameln.**

**Ganz Berlin** verbinden die elektrischen und Pferdebahnen zum Kottbusser Thor mit dem

### Volks-Theater

34 Reichenbergerstr. 34. Heute: **Der arme Poet.** Schauspiel in 1 Akt von Kozebue. **Das vierte Gebot.** Zeitbild von Max Bauermeister. **Don Juan von rückwärts.** Operparodie von R. Thiele. Um 9 1/2 Uhr: **Künstler ersten Ranges.** Anf. 8 Uhr. Entree 50 Pf. bis 3 M. Sonnabend, den 28. November: **Eröffnung der Festsäle im Weihnachtschmuck.** Von 6 Uhr ab: **Konzert u. Gesangsvorträge.** Entree frei. Um 8 Uhr zum ersten Male: **Robert und Bertram.** Große Posse mit Gesängen und Tänzen in 4 Akten von G. Häder unter Mitwirkung des **Berolina-Quintetts** (Fräul. Elise Bondix, Martha Wolff, Gertha Sonden, Wally Marion und Anna Müller), des Drahtseils- u. Kunstfahrrader-Ensembles Dorington, des Salzburger Damen-Terzett's **Kuttlinger**, der Hunde-Akademie v. Mih Adelo und des Gesangshumoristen Reuter.

### Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glök. **Mlle. Fougère** **The Troubadours** **Kaufmann** **Signor Bernardi** **Fleury-Trio** und 30 Kunstkräfte erst-n Ranges. Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

### Vogler's Casino

früher Welt-Restaurant, Dresdenerstr. 97. Variété- u. Spezialitäten-Vorstellung. Auftreten von Kunstkräften nur 1. Ranges. Im vorderen Saal täglich: **Großes Konzert** der **unübertrefflichen italienischen National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft** **Dominico Conti.** Entree vollständig frei. Im großen Theateraal: **Im Vorzimmer Fr. Excellenz.** Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Billards. 4 neue Kegelbahnen. Sorgfältig gepflegte Biere, anerkannt gute Küche.

### Electrical Edison Scientific Theater

Kinetograph und Grapho-Phonograph **Manerstr. 66**, nahe Leipzigerstraße. 4-10 Uhr nachmittags täglich: **Ein Tag in der Schweiz.** — Eintritt 50 Pf. Kinder und Militär die Hälfte.

### Circus Busch.

(Bahnhof Börse.) **Donnerstag, den 26. November, Abends 7 1/2 Uhr:**

**Gr. außerordentl. Vorstellung.** Nur noch einige Male: **Die Jagd nach dem Glüd.**

Außerdem: Dir. Busch mit seinen bestref. Freizeitspferden. Alligator, ostr. Hengst, dreifüßig und geritten von Herrn Poottit-Burghardt, Kanjar, russ. Hengst, geritten von Herrn Salamonski. 4 ungarische Amazonen. Der phänomenale Sprung über einen Bandenauer mit Jassen. Tounertritt. 4 gezähmte Zebbras, ein Wunder der Dressurkunst. Lepicq-Trio, unübertreffliche Hochturnkünstler. Clown Bogdanowsky als Ritzdorfer. Auftreten des Wigel-Clovn's Hr. Al. Daniels. Morgen: **Die Jagd nach dem Glüd.** 4 Zebbras. Lepicq-Trio. Sonntag, nachm. 4 Uhr: **Millennium.** 4 Zebbras.

### Urania.

Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49. **Naturkundliche Ausstellung** täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab. **Eintritt 50 Pf.** **Wissenschaftl. Theater** abends 8 Uhr. **Sternwarte** Invalidenstr. 57-62. Lebrt. Stadtbahnhof täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab. **Eintritt 50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschlüge.

### Castan's Panopticum

**Neu! Die wunderbaren indischen Pygmäen** **Neu! Ur-Australier** (Kannibalen).

### Passage-Panopticum.

**Neu! Ein Jahrhundert der Mode.** Im Theateraal: **Tranmbilder.** Eine Weihnachtsphantasie in 13 lebenden Bildern u. Musik u. Gesang. Vorher: **Théâtre varié.** Ohne Extra-Entree.

### Konzerthaus Sanssouci

Kottbusserstrasse 4a. Heute, sowie jeden **Donnerstag u. Sonntag:** **Stettiner Sänger** (Moysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader. Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate) **Neues Programm.** Freitag: **Viktoria-Bräuerei.**

**Bereinszimmer** für Gesang- u. Vereine, zu 50 Pers., nach einige Tage frei. **Reinhold Streit, Mannstr. 86.**

### Kinetographisch-Phonographische Vorführungen

**Lebende Photographien.** 21. Unter den Linden 21. Vorstellung v. 10-11 1/2 Uhr vorm. und 8-10 Uhr abends. **Eintrittspreis 50 Pfennig.** Sonntags v. 1/2-10 Uhr abends. **Vorzugsbilletts à 25 Pf.** für Arbeitervereine und deren Mitglieder sind vom Kassier der Arbeiter-Bildungsschule, D. Königs, Berlin S., Diefenbachstr. 30, und in den Schulkafeten zu haben.

**Hälfte der natürlichen Größe.** Auf Wunsch 8 Tage zur Probe.

### Kräftiges Messer

sendet die **Stahlwaren-Fabrik von Paul Hartkopf in Solingen**

dem Einsender dieser Annonce. Ein hochfeines Taschenmesser mit 2 Rlingen und Rorkzieher, echte Hirschhorn-Schalen, feine Neusilber-Beschläge Nr. 203 zu Mark 1,60. Besteller verpflichtet sich, den Betrag hierfür binnen 8 Tagen einzusenden, oder das Messer unbeschädigt zurück zu senden. **Preis- und Musterbuch gratis und frei.**

Prima frischer **Zander** . . . . . pro Pfund 40 Pfennig. **Schellfisch** . . . . . " 15 " **Lebende Hechte** . . . . . " 60 " **Karpfen** . . . . . " 75 " **Alle anderen Fischarten zu niedrigst. Tagespreisen.** **16 Dragonerstraße 16** 1595b **Otto Gundermann, Fischgrosshandlung.**

### Wein-Auktion.

**Freitag, d. 27., vormittags von 11 Uhr** ab, werden wir im Speicher der Herren Montag & Schaeffer, Oranienstraße 56 am Morchplatz, die dort für fremde Rechnung lagernden: **5000 Flaschen garantiert reine Sordranweine, Rhein-, Mosel- u. Portweine, ferner 69 Kisten Rum u. Cognac etc.** in div. Marken in beliebigen Posten öffentlich meistbietend versteigern. 1594b **Leop. Wolff & Co., Großbeerstr. 39.**

### Feen-Palast

Burgstrasse 22. Direktion: **Winkler & Fröbel.** Sonntag, den 29. November: **Gr. Abschieds-Vorstellung** des gesammten so erfolgreichen **Künstler-Personals** in seinen besten Glanznummern. Montag, den 30. November: Zum letzten Male das sensationelle brillante **November-Programm.** Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirt 50 Pf. Dienstag, den 1. Dezember: **Neues Spezialitäten-Programm.** Hochinteressantes Programm.

### Alcazar.

Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges. Dresdenerstr. 52 53 (City-Passage) Annonstrasse 42 43. **Bestmöglicher Familienaufenthalt.** **Neu! Förster's Wilhelm.** Charaktergemälde in 1 Akt von Studenbrock. Musik von J. Tauwih. Auftreten sämtl. Spezialitäten. **Grand Konzert der Elite-Kapelle** unter Leitung des Kapellmeisters Martin. **Anfang:** Sonntags 6 Uhr. Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf. R. Winkler.

### Schippanowsky's Internationale Konzerte

**Im Frühlingsglanze!** Neue phänomen. Ausstattung. Heute konzertieren: **Im Pflödenhals:** Wiener Damen-Kapelle „Wiener Herzen.“ **Rosenlaube:** Elite-Orchester „Alte Welt.“ **Obstgarten:** Ital. Sänger-Gesellschaft „Sacco.“ **Kopfenlaube:** Instrument „Laczo.“ **Weinberg:** Tiroler Sänger- und Tänzer-Gesellschaft „Eder.“ **Theater Abtheilung:** **Abendlich** Auftreten von **Humoristen, Komikern, Duettisten u. s. w.** **Anfang** Wochent. 6 Uhr Nachm. **Entree frei.** **Vorzügliche und billige Küche.** **Table d'hôte à Couvert 75 Pf.**

**Achtung!** Künstl. Zähne v. 8 M. an, Teilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigung, Nervödiden bei Bestellung unsonst. **Gudel, Bauherplatz 2, Elsäckerstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.**

Empfehle allen Freunden und Bekannten mein **Weiß-, Baisisch Bier** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhalt. Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. 5892L. **H. Stramm, Restaurat., Ritterstr. 123.**

### Ehren-Erklärung.

Hiermit erklären wir, daß Herr **Paul Neßl Frau, Deutsch-Wilmersdorf, Becklerstr. 32,** nur als eheliche und reelle Leute anzusehen sind. **Gottlieb Hundertmark** und Frau. 1595b

### Erklärung.

Die am 18. Oktober d. J. von dem Tischler **Hyren, Kottbusserstraße 6a,** in der Verammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Gast- und Schankwirth Berlin's vorgebrachte Anklage, der Schankwirth **Schöning, Köpckestraße 88,** habe den Schankwirth **Kamprecht** denunziert, erklären wir für unwahr. 1588b **Die Schiedsgerichts-Kommission.** J. A.: Gärtner, Schankwirth.

### Möbel-Verkauf, Schönen.

**Passendste Gelegenheit für Brautleute.** Verkauft ganze Wohnungs-Einrichtungen v. 100 bis 600 M., hochfeine bis 5000 M. **Speziell verkaufe ich gebrauchte, durch Gelegenheit angekaufte herrschaftl. Möbel u. Polsterwaren zu ganz billigen Preisen, auch gebe ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Abzahlung.** Kleider-Spind, Sopha, Bettstelle mit Matratze 18 M., Küchenspind, Kommode 12 M., Waschtiselle 16, Ruch. u. Mahagoni-Kleider- und Wäschespinden 36 M., Muschelspinden 45 M., Schlafsofa mit Auszug 36, echt Ruch. Truhen 60 M., Salon-garnituren v. 75 M. an, Paneele sofa m. Plüschbezug v. 75 M. an, Koulissen-tische, Buffets, Salon-schränke, Herren-Schreibtische 50, Damen-Schreibtische 40 M., Ankleideschränke, engl. Garderoben, Frisirtisellen, Garderobenspinden, Chaiselongues, Küchenmöbel, Stühle, Spiegel, alles ganz billig. Niemand sollte verkümmern, mein allseitig bekannt großes Lager zu beschichtigen. **Ohne Kaufzwang.** Verkaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht u. aufgestellt. 14618\*

### Die Damen-Mäntel-Fabrik

**Neue Grünstr. 2, 1 Et.,** verkauft zu **bedeutend herabgesetzten Engrospreisen:** **Jaquets** 5-6-7-8 **9-10-12-14 M.** **Frägen** 6-7-8-9 **10-11-12-16 M.** **Abend-Mäntel** 6,50 **7,50-8-9-10-11** **12-13-14-24 M.** **Regen-Mäntel und** **Cotures** 8-7-8 **9-10-11-12-20 M.** **Neueste Modelle** bedeutend unter Preis.

### Frische Würst.

Heute **Donnerstag Nachm. 4 Uhr** **berühmte Grützwarst, H. Lohr u. Prens.** bei **G. Tempel, Gr. Frankfurterstr. 16.** **Ganstellen, Borori, Cur. Ruche** von 5 M., erste Hand, verk. **Toepfer, Andreasstr. 77 (Baden).** 1588b

**Zwei gebrauchte Schuppenpelze** sind billig abzugeben. **G. Formide, Alte Jakobstraße 18/19.** 1592b

**Gr. Vereinszimmer (30-40 Pers.)** mit Piano ist zu vergeben. **Putzstr. 22.** 1590b

**Sorauerstr. 31 v. 8 Tr. d. Fr. Wehnelt** freundl. Schlafst. f. D. 1593b

**Saub. Schlafst. Dresdenerstraße 57** bei **Renzel.** 1591b

**Möbl. Stube f. D. od. D. (6 M.)** bei **Reyer, Reichenbergerstr. 115.** 1600b

**Schlafst., gut möbl., z. verm.** bei **Lange, Wdtherrstr. 49 Hof 4 Tr.** 1599b

**Zwei anst. Herren** sind Schlafst. bei **Schiffner, Forststr. 2, vorn 4 Trepp.**

### Arbeitsmarkt.

**Achtung, Holzarbeiter!** Die Kollegen der Werkstätt von **Neumann, Große Hamburgerstraße 4,** haben wegen Differenzen und die Kollegen der Werkstätt von **Opfner, Seydelstraße 29,** wegen Lohndisse, einzeln die Arbeit niedergelegt. 79/2

**Jung fernhalten!** **Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes.**

**Papierfortirerinnen** verlangt, **Ante, geliebte Leute** bevorzugt. 1594b **Schmed, Fruchtstr. 74.**

**Karton-Arbeiterinnen,** geübte, verk. **M. Wolff, Neue Friedrichstr. 48** 1575b

### Gütige Vertreter

werden von einer leistungs-fähigen **Zigaretten-Fabrik Norddeutschlands** für sofort an allen Orten gesucht. **Gef. Offert.** mit Angabe des ungefähren Umsatzes u. A. A. an die **Exp. d. Zeitung** erbeten. 4482\*